

d'Lëtzebuerger **Land**

PRO

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#49 65. Jahrgang 7. Dezember 2018



5 453000 174663



18049

4,00€

Mehr Mindestlohn, mehr Akzisen, weniger Körperschaftsteuer

Die Steuerpläne von Blau/Rot/Grün II

Konzentrierte Aktion

In kaum einem Bereich wird die gute Zusammenarbeit innerhalb der Koalition so wichtig sein wie im Wohnungsbau

Saison 2

Entre *Hurra, wir leben noch* et *Petits meurtres entre amis*, la reconduction de la majorité DP/LSAP/Verts semble avoir perdu en enthousiasme réformateur

Photo: Sven Becker

DP

Grüne

Nicht mehr gezögert



Auch die Demokratische Partei hatte nicht mehr mit einer Fortsetzung der liberalen Koalition gerechnet, damit, dass sie erstmals in der Geschichte den Premierminister länger als eine Legislaturperiode lang stellen kann. Xavier Bettel hatte sich schon vor den Wahlen in einem Interview der CSV als Außenminister angedient.

Deshalb brauchte das Direktorium der DP am Dienstagabend kaum mehr als eine Stunde, um sowohl das Koalitionsabkommen wie auch die Regierungsmannschaft gutzuheißen. In der traditionellen Notabelnpartei, wo Kongresse Unterhaltungsshows und Kongressdelegierte unbekannt sind, werden solche Fragen im engeren Kreis hinter verschlossenen Türen geklärt.

Parteipräsidentin Corinne Cahen meinte anschließend, dass das Direktorium das Koalitionsabkommen für „ehrgeizig“ gehalten, sich aber gefreut habe, dass viele Vorschläge der DP und der Jungdemokraten darin Eingang gefunden hätten.

Bei der ersten Koalition mit LSAP und Grünen 2013 hatte es noch zwei Enthaltungen im Direktorium gegeben. Charles Goerens war damals der Sitzung sogar ferngeblieben, weil er und einige andere rechte Liberale eine Koalition mit der CSV vorgezogen hätten. Diesmal hatten sie keinen Grund mehr gesehen, „mit der CSV zu reden“. Charles Goerens bedauerte lediglich, dass die Partei das Landwirtschaftsministerium abgegeben habe. rh.

Die glücklichste Armee der Welt

Peter Feist

217 Delegierte der Grünen füllen am Dienstagabend den kleinen Saal Nic Klecker im Kulturzentrum Neumünster, wo die Partei schon 2013 ihren Einzug in die erste Regierungskoalition mit DP und LSAP gefeiert hat. Wenngleich diesmal die berauschende Wirkung einer Premiere fehlt, ist die Partystimmung kaum geringer. Parteipräsident Christian Kmiotek ruft allen noch mal in Erinnerung, wie das war am 14. Oktober: von zehn auf 15 Stimmenprozent zugelegt und von sechs auf neun Kammersitze. So gesehen, Wahlsieger. Und jetzt wieder in der Regierung, sofern der Kongress nichts dagegen hat. „Ich bin der glücklichste Parteipräsident Luxemburgs!“, berichtet Kmiotek, was wahrscheinlich gar nicht so übertrieben ist. Dass der Kongress begeistert applaudiert, deutet schon an, dass der Parteipräsident die Veranstaltung am Ende nicht unglücklicher verlassen dürfte.

Die grüne Parteispitze reklamiert für sich, dass „jede“ der 230 Seiten des Koalitionsabkommens „unser grünes Wasserzeichen trägt“, so Kmiotek.

Doch dass Félix Braz, der grüne Verhandlungsführer in den Koalitionsgesprächen und Vizepremier in spe, jedes Kapitel des Vertrags erläutern muss, ist gar nicht nötig. Was die Delegierten elektrisiert, sind vor allem Öko-Themen. Die Nachricht, die Fuchsjagd bleibe verboten, ruft Applaus und „Yeah!“-Rufe hervor. Das Versprechen, die neu-alte Regierung werde im Rahmen von Euratom für den „definitiven Stopp“ von jeglicher öffentlicher Subventionierung der Atomenergie eintreten, lässt den Kongress jubeln. Als Félix Braz den „integralen Ausstieg“ aus der Nutzung des Herbizids Glyphosat in Luxemburg bis 2020 ankündigt und zwanzig Prozent Biolandbau bis dahin in Aussicht stellt, scheint die Begeisterung sogar noch größer.

Wer Wahlen gewonnen hat und gestärkt in eine Regierungskoalition geht, hat natürlich wenig Grund, sich infrage zu stellen. Doch kontrovers diskutiert wird auf Parteikongressen der Grünen schon lange nicht mehr. Debatten finden im Exekutivkomitee

„Ich wünschte, jede Armee auf dieser Welt hätte einen grünen Minister, aber den Fränz behalten wir lieber für uns!“

tee der Partei statt, auf den Kongressen trifft man sich vor allem und zelebriert den Zusammenhalt der grünen Familie. In den sozialen Netzwerken war debattiert worden, ob es eine gute Idee sei, dass François Bausch neben dem Transport- und dem Bauten-Ressort auch die für Verteidigung und Innere Sicherheit übernimmt. Hat es das überhaupt schon mal gegeben: einen grünen Verteidigungsminister, irgendwo sonst auf der Welt?

Doch die Sorge der Parteiführung, Friedensbewegte und Nato-Gegner unter den Delegierten könnten das zum Thema machen, erweist sich als unbegründet. Die Familie hält zusammen. Félix Braz spinnt die Erzählung von der Partei, die sich neuen Herausforderungen stellt und sich auch für Ressorts kompetent fühlt, „in denen die Menschen uns nicht spontan sehen“. Und sagt: „Ich wünschte, jede Armee auf dieser Welt hätte einen grünen Minister, aber den Fränz behalten wir lieber für uns!“ Das gefällt der Familie.



Kongress als Party: Diesmal gewonnen und wieder dabei



Sven Becker

LSAP

Es gibt keine Alternative

Romain Hilgert

Die Sozialdemokratie kann es sich nicht leisten, politisch zu rasonieren, selbst wenn sie dazu imstande wäre. Deshalb haben ihre entscheidenden Kongresse eine therapeutische Funktion. Am Dienstagabend saßen 348 Delegierte und 31 Ersatzdelegierte in Strassen zusammen und hatten wieder das von 2009 und 2013 bekannte ungute Gefühl, dass sie erneut die Wahlen verloren hatten, aber froh waren, noch einmal dabei zu sein.

Also durften anderthalb Dutzend Delegierte im Fünfundminutentakt alle Verantwortung auf die Parteiführung schieben, die das geduldig über sich ergehen ließ und zur Belohnung dann mit 95 Prozent der Stimmen wieder in die Regierung gewählt wurde. Um keine Risiken einzugehen, war Jean Asselborn zufällig wieder der letzte eingeschriebene Redner, der vor der Abstimmung noch einmal auf die Gefühlsdrüsen drückte, und Präsident Claude Haagen versprach für nächsten Monat zeitgleich mit dem Erneuerungskongress der CSV einen LSAP-Kongress, um wenigstens die Parteispitze zu erneuern.

Weil sie sich der Unhaltbarkeit ihrer Positionen bewusst waren, störten sich die Delegierten an der Form. Der ehemalige Gewerkschafter Mario Castegnaro kündigte an, sich bei der Abstimmung zu enthalten, weil der Kongress so kurzfristig einberufen worden sei, dass die Zeit gefehlt habe, das Koalitionsabkommen in den Sektionen zu diskutieren.

Andere beanstandeten die Ressortverteilung. Max Lehnens von den Jungsozialisten bedauerte, dass die LSAP-Minister für keine der im Wahl-

„Wir haben die verdamnte historische Pflicht, die Pfaffen wieder in die Opposition zu schicken“

kampf dominierenden Schlüsselthemen Wohnen, Bildung und Mobilität zuständig seien. Einige warnten, man dürfe Modethemen wie Nachhaltigkeit und Klimawandel nicht den Grünen überlassen. Der Rümelingen Bürgermeister Henri Haine bedauerte, dass der Wirtschaftsminister das Energieressort abgegeben habe.

Nach der erneuten Wahlniederlage forderte wieder jeder eine Erneuerung. Gemeint war, dass die Jungsozialisten endlich mit Schärpen und Dienstwagen Alsozialisten werden dürfen. Pascal Hansen beschwerte sich über jene, die „seit 35 Jahren in der ersten Reihe“ seien, gemeint waren die Di Bartolomeo, Bodry, Asselborn, und forderte, nach der Wahlniederlage, „personelle Konsequenzen zu ziehen“. Amir Vesali hielt es für nötig, dass „neue, junge Leute“ in die Regierung kämen. Dass Vizepremier Etienne Schneider noch während der Koalitionsverhandlungen abspringen und EU-Kommissar werden wollte, war verziehen.

Auch die wortgewaltigsten Kritiker wussten nicht politisch, sondern bloß taktisch zu argumentieren: Wie gewinnt die Partei nächstes Mal wieder ein Mandat hinzu? Gibt es etwas wie eine „Oppositionskur“, oder ist das eine Erfindung ahnungsloser Leitartikler? Georges Sold, Juso-Vorsitzender nach dem Rücktritt von Jimmy Skenderovic, stellte „Etienness Glaubwürdigkeit“ in Frage, weil der Spitzenkandidat vor den Wahlen den Jungsozialisten „bei einer Pizza“ erklärt hatte, dass die Partei beim Verlust eines weiteren Mandats in die

Opposition gehe. Auch Fraktionssprecher Alex Bodry habe sich ähnlich geäußert.

Aber „die Oppositionsbänke haben keine magische Aura“, die eine Partei erneuere, meinte Patrick Weymerskirch. Der ehemalige Wirtschaftsminister Robert Goebbels wies auf das abschreckende Beispiel der CSV hin, der es in der Opposition nicht gelungen sei, sich zu erneuern. Deshalb gebe es zum Regierungseintritt wieder „keine Alternative“.

Das sahen auch die Delegierten so, in der antiklerikalen Version des kleineren Übels. Danielle Kies aus Contern rechnete es der liberalen Koalition hoch an, dass sie „die CSV auf den Platz gesetzt hat, wo sie hingehört“. Der zum linken Gewerkschaftsflügel zählende Nando Pasqualoni fühlte sich zwar vom Kongresstermin überrumpelt, er wollte aber nicht zusehen, dass ohne LSAP eine CSV/DP-Koalition „den Sozialstaat durchlöchert“. Der Escher Stadtrat Mike Hansen erinnerte daran, dass



Kongress als Trübsal: Wieder verloren und noch immer dabei



Steuerpläne

Mehr Mindestlohn, mehr Akzisen, weniger Körperschaftsteuer

Doch sie will auch nicht wissen, inwieweit das Programm von Gambia 2.0 dazu beitragen werde, das Land aus der „Abhängigkeit von der Wachstums-spirale“ zu befreien – was immerhin die Kernaussage der Grünen im Wahlkampf war. Zurück in der Regierung, ist wieder Wachstumsmanagement angesagt, was auch eine Herausforderung ist, aber war es nicht François Bausch, der Landesplanungsminister und Wachstumsmanager, der zu gegebenem Zeitpunkt plötzlich fand, man müsse die Wachstumslogik grundsätzlich infrage stellen?

Egal. Heute ist Party, aber nicht Politik. Die Spritakzisen würden erhöht, schon ab nächstem Jahr und danach weiter. Der Kongress nimmt es von Félix Braz zur Kenntnis, der Klimaschutz erfordert das ja. Aber es stört auch keinen, dass Braz nur anfügt, „wir machen das natürlich nicht mit der Axt, das geht allmählich“. Der Aufstand der *Gilets jaunes* in Frankreich gegen die Akziserhöhungen dort hätte natürlich Gelegenheit sein können, etwas Sozialpolitisches zu äußern. Das Profil der Grünen dort zu schärfen, wo es schwer zu erkennen ist. Doch wenn das schon Félix Braz nicht einfällt, fällt es dem Kongress auch nicht ein. Ökologie reimt sich auf Technokratie.

Die einzige Wortmeldung des Abends kommt von Meris Sehovic, Ko-Vorsitzender der Jonk Gréng. Über seinem Lob für die Partei, die sich neuen Herausforderungen stellt, vergisst er um ein Haar, die Zustimmung der Jugendorganisation zu Koalitionsprogramm und Postenbesetzung mitzuteilen. Die jungen Grünen seien halt nicht wie die Jugendorganisationen „anderer Parteien“, ruft Christian Kmiotek in den Saal. Das Koalitionsabkommen nimmt der Kongress einstimmig an, die Postenbesetzung bei zwei Enthaltungen und zwei ungültigen Stimmen. Die Bettemburger Abgeordnete Josée Lorsché wird im selben Zug zur neuen Präsidentin der grünen Kammerfraktion gewählt. Damit herrscht auf den Spitzenposten, die der Kongress zu vergeben hatte, Geschlechterparität. Nun kann die Arbeit beginnen. Wenn alles klappt, wird das Bataillon auf dem *Härebiërg* sogar zur glücklichsten Armee der Welt.

auch Gründervater Michel Welter seinerzeit in einer antiklerikalen Koalition mit den Liberalen Fortschrittliches bewirkt habe. Deshalb sei es „die verdamnte historische Pflicht, die Pfäfen wieder in die Opposition zu schicken“.

Außenminister Jean Asselborn fragte die Jungsozialisten, ob die Partei vielleicht irgendeines ihrer Wahlversprechen besser durchsetzen könne, wenn sie in die Opposition sei. Dann konnte abgestimmt werden.



Romain Hilgert

Haushalte Die vielleicht kühnste Ankündigung der Koalition ist die geplante Einkommenssteuerreform, durch die nach einer während der vorigen Legislaturperiode eingeführten eher symbolischen und optionalen Individualisierung nun sämtliche Steuerklassen abgeschafft werden sollen. Steuerklassen nach Familienstand mit Doppelveranlagung und Ehegattensplittung haftet heute der Ruch einer katholisch konservativen bis völkischen Familienpolitik an. Es gibt sie in dieser Form außer in Luxemburg europaweit nur noch in Deutschland, Irland und Portugal; in Frankreich wird ein Familienquotient angerechnet.

Insbesondere die Linksparteien oder zumindest ihre Frauenorganisationen hatten sich lange für die Individualbesteuerung stark gemacht, weil dadurch Frauen nicht mehr länger als „Zuverdienerinnen“ angesehen würden. Doch während es bisher auf der Linken recht still um die angekündigte Steuerreform ist, hat sich die DP zur Vorreiterin der Individualbesteuerung gemacht, die die Frauenerwerbstätigkeit fördern soll.

Nach der bereits 1990 erfolgten Abschaffung der Steuerklasse 3 soll die im DP-Wahlprogramm versprochene und nun im Koalitionsabkommen angekündigte Abschaffung der Steuerklasse 2 für Ehepaare folgen. Dadurch würde auch die 1990 eingeführte Klasse 1a abgeschafft, die Verwitwete, Alleinerziehende und Rentner immer wieder als ungerecht empfinden. Die Besteuerung soll unabhängig vom Familienstand werden, nur die Kinderzahl soll noch bei der Einkommensbesteuerung berücksichtigt werden, wie einst durch die Steuerklassen 3.1, 3.2, 3.3...

Allerdings bedeutete die Abschaffung der Steuerklasse 2 Einkommenseinbußen von Tausenden Euro jährlich für die von der DP hofierten Mittelschichtenfamilien, wenn der Ehemann Brot verdienen geht und die Ehefrau zu Hause die Kinder hütet. Deshalb sieht das Koalitionsabkommen vor, dass die Individualisierung nur schrittweise und mittelfristig eingeführt werden soll. Es verspricht zudem einen angemessenen Ausgleich und Übergangsphasen, schweigt sich aber über die Einzelheiten und den Kostenpunkt aus.

In den Koalitionsverhandlungen hatte es geheiß, dass die derzeit Steuerpflichtigen während der Übergangszeit wählen dürften, ob sie einzeln veranlagt oder ihr altes System beibehalten wollen. Dadurch soll eine Protestkampagne wie 1990 vermieden und rechten Familienpolitikern weniger Munition geliefert werden.

Das Koalitionsabkommen verspricht sogar, dass am Ende die Steuerlast der natürlichen Personen gesenkt werde (S. 118). DP-Präsidentin Corinne Cahen hatte vergangene Woche versichert: „Niemand wird etwas verlieren!“ Wirtschaftsminister Etienne Schneider meinte am Dienstag, dass das Finanzministerium und die EU-Kommission der Koalition bescheinigt hätten, dass „unsere Standardeinnahmen in den nächsten Jahren im Jahresdurchschnitt um rund 400 Millionen steigen“ werden, so dass der Koalition politischer „Spielraum“ bleibe.

Zu den Einzelheiten der Reform kündigte Corinne Cahen lediglich an, dass das Finanzministerium „in den nächsten Monaten“ einen entsprechenden Entwurf ausarbeiten soll. Premier Xavier Bettel betonte, dass die Regierung schließlich fünf Jahre Zeit für all ihre Reformen habe.

Das Koalitionsabkommen sieht auch vor, dass die Besteuerung von Sachleistungen vereinfacht werden soll, indem steuerfreie Pauschalen eingeführt würden. Insbesondere die erst vergangenes Jahr geänderte Besteuerung der *Chêques-repas* soll „modernisiert“ werden (S. 118).

Das Abkommen macht keine Angaben dazu, ob bei der Einführung des kostenlosen öffentlichen Transports die Kilometerpauschale im Jahr 2020 nur gesenkt oder bis auf Ausnahmen abgeschafft wird. Solche Ausnahmen werden jedenfalls Erwerbstätigen versprochen, die wegen ihrer Arbeitszeit oder ihrem Arbeitsort nicht auf den öffentlichen Transport zurückgreifen können (S. 42).



Erste Kabinettsitzung der neuen Regierung

Um hochbezahlte Fachkräfte aus dem Ausland anzulocken, sollen ihre Gehälter verstärkt steuerlich begünstigt werden, womit die Einkommensschere nicht unbedingt geschlossen wird. Die viel kritisierten *Stock options*, mit denen das Führungspersonal von Unternehmen steuerbegünstigt in Wertpapieren entlohnt wird, sollen schrittweise abgeschafft und durch eine allgemeinere Begünstigung des alten christlichsozialen Traums von der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ ersetzt werden (S. 120). Die Besteuerung der *Carried interest*, der Gewinnbeteiligung für Verwalter von Investitionsfonds, soll gesenkt werden, um nicht nur das Fondskapital, sondern auch dessen Verwalter ins Land zu locken.

Zur Öffnung der Einkommensschere soll die Erbschaftsteuer in indirekter Linie angepasst werden, „um der Entwicklung der Immobilienpreise Rechnung zu tragen“ (S. 118). Das verspricht das DP-Wahlprogramm, nämlich dass sie an die „Inflationsentwicklung in der Vergangenheit nach unten“ angepasst werden sollen (S. 16).

Zur Eindämmung der Spekulation soll die Grundsteuer im Rahmen einer Vereinfachung der Gemeindesteuern und einer Reform der Allgemeinen Bebauungspläne reformiert beziehungsweise erhöht werden. Wobei Freibeträge für den zu eigenen Wohnzwecken genutzten Grund und Boden vorgesehen sind.

Firmen Entgegen den Wahlkampfankündigungen der LSAP und der Grünen setzte die DP eine weitere Senkung der Betriebsbesteuerung durch, um im internationalen Steuerwettbewerb die von der Europäischen Union und der OECD verlangte Erweiterung der Bemessungsgrundlage auszugleichen (*d'Land*, 30.11.2018). Nach einer Senkung des Körperschaftsteuersatzes im Januar 2017 und im Januar 2018 sollen im Januar 2019 die Körperschaftsteuer und die kommunale Gewerbesteuer insgesamt um einen weiteren Prozentpunkt gesenkt werden. Der reduzierte Körperschaftsteuersatz von 15 Prozent soll nicht mehr bloß Unternehmen bis zu einem besteuerbaren Jahreseinkommen von 25 000 Euro, sondern von 175 000 Euro zugutekommen. Weitere Steuer-senkungen schließt das Abkommen nicht aus, je nachdem, wie sich der internationale Steuerwettbewerb entwickelt (S. 120).

Die Regierung will auch den „Missbrauch“ mittels der 2007 für ausländische Spekulanten geschaffe-

„Niemand soll etwas verlieren“: Die Abschaffung der Steuerklassen durch die Einführung der Individualbesteuerung soll nur schrittweise und mittelfristig erfolgen, mit einem Ausgleich, Übergangsphasen und Wahlmöglichkeiten

nen *Fonds d'investissement spécialisés* (Sicav-Fis) eindämmen (S. 120), in die heimische Promotoren Hunderte Millionen an Immobilienvermögen einbringen können, dann bloß einige Tausend Euro Abonnementtaxe und am Ende gar keine Steuern auf dem Mehrwert zahlen müssen, wenn ihre Beteiligung zehn Prozent nicht übersteigt (*d'Land*, 20.4.2018). Wie der Unterschied zwischen gutem ausländischen und bösem inländischen Kapital rechtlich gemacht wird, bleibt aber ungeklärt.

LSAP und Grüne bescheinigten auch der DP schriftlich, dass sie aus Rücksicht auf die Finanzbranche gegen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Einführung einer Finanztransaktionssteuer sind, die sie im Elan von *Occupy Wallstreet* wiederholt befürwortet hatten.

Ab nächstem Jahr sollen die Akzisen auf Treibstoffe und Heizöl verteuert werden, um den bei der Klimakonferenz in Paris abgemachten Anteil der Umweltsteuern zu erhöhen (S. 121). Ein Betrag wird aber noch nicht genannt. Ein Ausschuss von vier Ministern soll dann die weitere Entwick-

lung des Tanktourismus „überwachen“. Die eben erst eingeführten Zuschüsse für Elektroautos und -fahräder sollen wieder abgeschafft und durch „gezieltere“ ersetzt werden.

Mindestlohn Der gesetzliche Mindestlohn soll ab 1. Januar um 100 Euro netto erhöht werden. Die Idee der LSAP, die dieses Versprechen zu einer „roten Linie“ erklärt hatte, war von Anfang an, dass die Mindestlohnerhöhung die Unternehmen nicht oder nicht vollständig belasten soll. Deshalb geht von einer Netto-Erhöhung, das heißt nach Steuern, die Rede. Bezeichnenderweise listet das Koalitionsabkommen die Mindestlohnerhöhung auch nicht unter dem Arbeitsrecht, sondern unter dem Kapital „Fiscalité des personnes physiques“ auf (S. 117).

Entgegen den ursprünglichen Behauptungen soll die am 1. Januar fällige gesetzliche Anpassung des Mindestlohns an die allgemeine Lohnentwicklung Teil der versprochenen 100 Euro sein. Zu dieser Erhöhung um 1,1 Prozent oder 22,53 Euro monatlich, die noch vor dem Jahresende durch das Parlament gehen soll, soll laut Koalitionsabkommen noch eine Erhöhung um 0,9 Prozent kommen, was noch einmal 18,64 Euro ausmachte und möglicherweise auf Kosten der Unternehmen gehen soll. Dadurch würde der Bruttomindestlohn insgesamt um 40,97 oder 41,17 Euro brutto steigen, der Rest müsste dann netto aus der Staatskasse zugeschossen werden.

Derzeit erhalten rund 60 000 Beschäftigte den sozialen Mindestlohn, etwa 10 000 von ihnen arbeiten Teilzeit. Die meisten von ihnen sind im Handel, im Hotel- und Gaststättengewerbe beschäftigt und wohnen im Kanton Esch-Alzette. Um eine Netto-Erhöhung auf 100 Euro zu erreichen, müsste der Eingangsteuersatz heraufgesetzt und die Steuertabelle entsprechend geändert werden. Wobei viele Mindestlohnbezieher, insbesondere mit Familien, keine oder kaum Steuern bezahlen, so dass sie die entsprechende Differenz als Negativsteuer erhalten müssten.

Weil das Finanzministerium nicht in der Lage ist, eine entsprechende Gesetzesänderung noch dieses Monat durch das Parlament zu bringen, soll sie so schnell wie möglich Anfang nächsten Jahres vorgenommen und rückwirkend auf den 1. Januar ausbezahlt werden. Daneben sollen auch die an die Einkommenshöhe gebundenen Sozialleistungen angepasst werden.



josée hansen

Vert Lorsque Luc Frieden (CSV) chapeauta à la fois le ministère de la Justice et celui de la Défense, au gouvernement Juncker/Asselborn I à partir de 2004, il lança une campagne agressive contre les consommateurs de drogues douces, notamment de cannabis et de marihuana. On n'a pas oublié cette mise en scène emblématique d'une visite ministérielle « sur le terrain », où les policiers trouvèrent – oh, hasard ! – un sachet de *beuh* dans un buisson devant lequel passa le cortège. Quatorze ans plus tard, les ressorts de la Justice et de la Sécurité intérieure ont plusieurs fois passé de mains politiques et seront désormais entre celles des écolos. L'accord de coalition promet non seulement la dépénalisation de l'usage récréatif du cannabis, mais même carrément une chaîne de production et de vente, une sorte de « marque nationale » pour fumeurs d'herbe. Le ministre de la Justice Félix Braz (Déi Gréng) aura à en assurer la mise en musique, avec le nouveau ministre de la Santé Etienne Schneider (LSAP). François Bausch, qui se voit attribuer le portefeuille de la Défense et de la Sécurité intérieure, surveillera les conséquences de cette petite révolution sociétale sur le marché noir et le trafic de substances illicites.

Que les Verts aient accepté la responsabilité de l'Armée et de la Police peut étonner, car le parti a ses racines dans le mouvement pacifiste. Mais ce n'est peut-être qu'une conséquence logique de l'évolution du parti au pouvoir, de moins en moins *Fundi*, de plus en plus *Realo*. D'ailleurs, la tradition pacifiste était déjà bien loin quand Robert Garcia, alors député écolo, affirma haut et fort ne pas être pacifiste à la Chambre des députés, lors des débats sur les interventions militaires dans les Balkans, en 1993 et en 1998. En 2002 toutefois, François Bausch, alors lui aussi député, s'opposa à une intervention militaire en Irak et condamna, au nom de son parti, toutes les armes chimiques, biologiques et bactériologiques utilisées à l'époque par Saddam Hussein contre son propre peuple. Le programme électoral des Verts parle toujours d'une « politique de la paix et de la sécurité » qui « vise à prévenir les conflits, à protéger les droits de l'homme, à renforcer la justice internationale et la solidarité, la durabilité, la non-violence et le droit international ». Pour mieux prévenir, ils envisagent une meilleure formation des soldats et des investissements en matériel. En tant que ministre du Développement durable et des infrastructures, François Bausch a déjà encaissé le grogne des chauffards qui se sont vus taxer pour leurs excès de vitesse par les radars introduits lors de la législature écoulée, il sait donc que la répression est un terrain délicat. Etienne Schneider lui aurait laissé le ressort de bon cœur, tellement la sécurité intérieure et extérieure sont difficiles, entre le marteau des citoyens demandant qu'on protège à la fois leur sécurité et leurs droits personnels et l'enclume des accords internationaux que le Luxembourg a signés, notamment sa participation à l'Otan, qui lui demandent un certain nombre d'engagements financiers et humains incompressibles. Néanmoins, avoir à surveiller le monopole de la violence de l'État n'est pas une mince reconnaissance pour un parti que beaucoup prenaient pour des « alternatifs » il y a trente ans encore. Josée Lorsché assurera la présidence du groupe parlementaire des Verts, en remplacement de Viviane Loschetter, qui ne s'est plus présentée aux élections.

Par rapport au gouvernement Bettel/Schneider/Braz I de 2013, les Verts sont les grands gagnants de ce gouvernement, pouvant monnayer leurs trois mandats parlementaires supplémentaires en ressorts au gouvernement : ils en assurent dix en tout, dont trois furent assurés par le LSAP jusqu'ici (Défense, Sécurité intérieure et Énergie) et deux par le DP (Logement et Culture). Ces dix ressorts sont chapeautés par cinq (au lieu de quatre précédemment) membres écolos au gouvernement, dont trois dans la tour du MDDI : François Bausch, qui garde aussi la Mobilité et les Travaux publics, Carole Dieschbourg pour l'Environnement, le Climat et le Développement durable et Claude Turmes, qui passe de secrétaire d'État à ministre pour l'Aménagement du territoire et – son domaine de prédilection au Parlement européen – l'Énergie. Alors que Félix Braz reste ministre de la Justice et se voit attribuer le titre de vice-Premier ministre, la nouvelle ministre des Verts, l'énergique Sam Tanson, aura à assurer le difficile ressort du Logement (voir page 6) et celui, plus gratifiant si elle s'y prend bien, de la Culture (voir page 14).

Gouvernement Bettel/Schneider/Braz II

Saison 2

En 2013, le gouvernement tripartite inattendu avait eu comme conséquence une équipe élargie, des quinze ministres des deux gouvernements Juncker/Asselborn I et II à 18 personnes, soit quinze ministres et trois secrétaires d'État, un pour chaque parti. Cette fois, le nombre de mandataires descend à 17, mais ils sont tous ministres – avec salaire plus conséquent, chauffeur, droit de vote au Conseil et siège réservé à la Chambre. Le DP et le LSAP perdent chacun un membre du gouvernement, à six ministres par parti.

Bleu Des deux grands, le DP, un mandat parlementaire en moins, sort le plus indemne de ce qui ressemble plus à un remaniement ministériel qu'à un véritable nouveau gouvernement. Il remporte quatorze ressorts, dont quatre du LSAP et un nouveau, pour six ministres. Si les quatre mandataires du peloton de tête Xavier Bettel (Premier ministre, Médias et communication, Cultes), Corinne Cahen (Famille et Intégration, Grande région), Pierre Gramegna (Finances) et Claude Meisch (Éducation nationale, Jeunesse, Enseignement supérieur, Recherche, malgré son mauvais score, moins 7 000 voix) gardent leurs ressorts (la Culture en moins pour Xavier Bettel), le parti libéral présidé par Cahen a dû chipoter pour repêcher Marc Hansen, non réélu au Nord. Le très populaire Fernand Etgen, ministre sortant de l'Agriculture et de la Protection des consommateurs, est envoyé à la présidence du Parlement, où il remplacera Mars Di Bartolomeo (LSAP, 66 ans), qui passera la mandature sur les bancs de la majorité parlementaire. Le deuxième élu du Nord, André Bauler, dépassé, avait quitté le dernier gouvernement de son plein gré. Ainsi, Marc Hansen a pu revenir au gouvernement, mais change de ressorts : il reprend les Relations avec le Parlement de Etgen, la Fonction publique des socialistes (Dan Kersch) et assistera Xavier Bettel en tant que ministre délégué à la Réforme administrative et dans le nouveau ministère à la Digitalisation.

Le jeune Lex Delles (*1984), député-maire de Mondorf, qui succéda en 2013 à Maggy Nagel et fut cette année le premier élu du DP à l'Est, entre au gouvernement. Après avoir rejoint la Chambre des députés en 2013 et y avoir présidé la commission de l'Éducation (où il s'est fait très peu remarquer), il hérite de ressorts typiques pour les élus de l'Est (Fernand Boden et Françoise Hetto, CSV, y œuvrèrent) que sont le Tourisme et les Classes moyennes. En son temps comme super-ministre, le socialiste Etienne Schneider les avait intégrés à l'Économie et rêva que cela reste ainsi. Mais il semble qu'avec de tels ressorts maîtrisables, le DP voulait surtout laisser le temps à cet ancien enseignant du fondamental de se faire les dents en politique. Même principe à la fraction : Eugène Berger continuera à en assurer la présidence jusqu'à fin 2020, avant de laisser sa place à Gilles Baum, qui était tombé en disgrâce.

Rouge Les socialistes sont sans conteste le grand perdant, aussi bien des élections législatives (moins trois sièges) que de la formation du gouvernement (treize ressorts, dont deux venant du DP ; six ministres) – et même dans la perception publique, où les querelles internes sont débattues avec passion. L'homme fort de 2013 et Premier ministre de l'ombre Etienne Schneider y a laissé beaucoup de plumes : ayant perdu un mandat à deux au centre et fait lui-même un piètre score comme tête de liste (moins 3 000 voix, à 16 872, moins que le septième du CSV, Paul Galles), il voit son influence dans ce gouvernement massacrée. S'il reste vice-Premier ministre (poste honorifique qu'il se partage désormais avec Félix Braz), le ministère de l'Économie, qu'il garde, certes, est amputé des volets Tourisme et Classes moyennes (qui vont donc au DP) et de l'Énergie (qui va aux Verts). En outre, il échange les deux ressorts de la Force publique et de l'Armée contre celui de la Santé, pour lequel rien ne le qualifie. Mais sa prédécesseure à la Villa Louvigny, Lydia Mutsch, n'a pas été réélue. Que ce soit au congrès ou à la télévision, on voit Schneider lassé, il semble pressé de quitter cette charge ministérielle qui visiblement lui pèse, après sept ans au pouvoir. Son bras de fer avec Nicolas Schmit pour le poste de commissaire européen l'a certainement affaibli davantage. Schneider avait plaidé haut et fort pour une limitation du nombre de mandats ministériels à dix ans, idée rejetée au référendum de 2015 par les électeurs.

Et si le nouvel homme fort du LSAP était Dan Kersch ? L'ancien maire de Mondernange, qui consti-

tua alors, avec quelques syndicalistes, l'aile gauche du parti socialiste, s'est fait une renommée de négociateur impitoyable à partir du ministère de l'Intérieur, avec la fusion des services de secours, la réforme des finances communales ou la séparation de l'Église et de l'État. En plus, il a pacifié les fonctionnaires, classe électorale vitale, en revoyant à la hausse les salaires des stagiaires. Il hérite du ministère du Travail, ressort fondamental pour le LSAP, de Nicolas Schmit, qui a fini par remporter la course au poste de commissaire européen. En guise de bonbon, il a en plus récupéré le ministère très gratifiant des Sports (ah, assister au Tour de France et inaugurer le nouveau stade...) de Romain Schneider, qui garde la Sécurité sociale et reprend l'Agriculture, la Viticulture et le Développement rural du DP. Ce domaine est essentiel dans une région rurale comme l'est la circonscription Nord, dont Schneider est l'élu. Champion toutes catégories aux urnes en octobre (plus de 40 000 voix), le doyen du gouvernement Jean Asselborn (*1949) reste ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, mais on le dit fatigué de voyager sans cesse. Il est ministre depuis 2004, c'est son quatrième mandat.

Œil au beurre noir Alors que le LSAP a dû se laisser reprocher son masculinisme durant la campagne électorale et qu'aucune de ses candidates s'est faite directement élire en octobre, il était bien forcé de faire entrer des femmes au gouvernement et de remplacer les deux sortantes Lydia Mutsch et Francine Closener au moins par des femmes. Pour ce qui est de Taina Bofferdig, les choses furent encore assez évidentes. S'étant classée septième au Sud, derrière Asselborn, Di Bartolomeo, Kersch, Dan Biancalana, Alex Bodry et Georges Engel, elle serait de toutes façons retournée au Parlement. À 36 ans, elle a un *background* à la fois syndical (elle était fonctionnaire de l'OGBL) et communal (LSAP Esch) et semblait donc prédestinée à venir rajeunir l'équipe des dinosaures du LSAP. Elle hérite le ressort de l'Intérieur de Dan Kersch et celui de l'Égalité des chances de Lydia Mutsch. La nomination d'une deuxième femme fut plus difficile. Le poste aurait dû aller à une femme de l'Est, en remplacement de Nico Schmit, et Tess Burton, députée sortante, semblait prédestinée. De la même génération que Taina Bofferdig (elle est née en 1985), elle semblait intéressée par un mandat, mais les ressorts qu'on lui proposa – d'abord la Santé et la Sécurité sociale, puis la Coopération et la Protection des consommateurs – ne lui auraient pas convenu, expliqua le négociateur en chef des socialistes Etienne Schneider ce mercredi à nos confrères de RTL. Burton, elle, avait avoué au *Wort* que Dan Kersch avait fait pression sur elle pour lui faire comprendre qu'elle ne serait pas à sa place au gouvernement. Cette notice personnelle a engendré bien des remous au LSAP en amont de son congrès mardi soir, le comité des Jeunesses socialistes de l'Est ayant démissionné en bloc pour protester contre cette éviction d'une des leurs (voir pages 2-3). C'est donc finalement une non-élue, proche conseillère de Dan Kersch au ministère de la Fonction publique et de la Réforme administrative, dont elle assura la coordination générale, qui devient ministre. À cinquante ans, Paulette Lenert, qui a un CV en béton, diplôme de juriste, ancienne avocate et ancienne première juge au Tribunal administratif, aura un portefeuille maîtrisable, la Coopération et la Protection des consommateurs, qui furent tous les deux aux mains du DP.

Rien qu'à voir toujours les mêmes visages depuis des décennies, on se rend compte que le LSAP est sans conteste le parti qui a le plus besoin d'une cure de jouvence dans ses structures décisionnelles ; ce renouveau est promis pour janvier dans les organes internes. À la fraction, Alex Bodry introduira le député-maire de Sassenheim Georges Engel dans les arcanes de la présidence, ce dernier en reprendra la responsabilité en janvier 2020. Car si Alex Bodry (*1958, entré en politique comme ministre en 1989) avait déclaré en juin vis-à-vis de *Reporter.lu* que le gouvernement Gambia I n'avait plus de grand projet sociétal commun, on cherche en vain les grandes mesures qui le feraient se démarquer d'un gouvernement avec participation du CSV par exemple. La légalisation du cannabis ou la baisse du taux de TVA sur les produits hygiéniques, l'introduction de deux jours de congés supplémentaires ou l'augmentation du salaire social minimum de cent euros par mois font plutôt penser à une politique de symboles plutôt qu'à une vision d'une société plus moderne.



Les nouveaux ministres Lex Delles (DP) et Paulette Lenert (LSAP) attendant leurs collègues pour la photo de famille ; Dan Kersch, le nouvel homme fort des socialistes lors de son assermentation ; la nouvelle ministre socialiste Taina Bofferdig prêtant serment, ce mercredi (de haut en bas)

Entre Hurra, wir leben noch et Petits meurtres entre amis, la reconduction de la majorité DP/LSAP/Verts à 31 députés et 17 ministres semble avoir perdu en enthousiasme réformateur

Mobilmachung

In Erziehung und Bildung setzt die Dreierkoalition auf Weiter so. Einkommensschwache Familien sollen stärker unterstützt werden – wodurch ihre Abhängigkeit vom Staat zunehmen könnte

Ines Kurschat

Konsolidierung lautet das Motto der Bildungspolitik für die nächste Legislaturperiode. Das kann kaum erstaunen, denn das hatten alle großen Parteien in ihre Wahlprogramme geschrieben: Von DP bis zur Opposition CSV wurde das Versprechen an die von Reformen und Personalnot zermürbte Lehrerschaft gegeben, keine weiteren Umwälzungen im Schulwesen zu planen, sondern erst die vielen Initiativen, die unter dem alten und neuen Erziehungsminister Claude Meisch (DP) gestartet wurden, umzusetzen, wirken zu lassen und gegebenenfalls nachzujustieren.

Dass Meisch mit den Ressorts Schule, Hochschule, Forschung, Kindheit und Jugend das erziehungspolitische Zepter in der Hand behält, ist auch keine Überraschung: Der liberale Politiker hatte im Wahlkampf gesagt, dass er weitere fünf Jahre als Erziehungsminister anhängen würde, sollten die Wählerinnen und Wähler ihn bestätigen. Die Zustimmung ist lang nicht so hoch ausgefallen wie vor fünf Jahren, Meisch verlor deutlich an Stimmen (fast 7 000) und wurde im Süden Zweiter hinter Pierre Gramegna, was die Gewerkschaft SEW hämisch veranlasste, einen schulpolitischen Kurswechsel zu fordern.

Parteiintern und in der Dreierkoalition ficht das schlechte Wahlergebnis seine Position aber nicht an: Meisch gehört zum inneren Zirkel der DP, neben Xavier Bettel, Corinne Cahen und Marc Hansen. Zudem ist das Bildungsressort ein politischer Schleudersitz, Sympathiepunkte gibt es kaum zu gewinnen. Das überlassen ihm die KollegInnen gerne, zumal Meisch fünf Jahre Erfahrung hat und die vielen Projekte und Baustellen aus dem FF kennt. Das erziehungspolitische Kapitel trägt denn auch vor allem seine, die liberale Handschrift – allerdings dieses Mal mit sichtbaren roten und grünen Einsprengseln.

Messlatte für die Bildungs- und Betreuungspolitik ist die Chancengleichheit, die dem Kapitel im Koalitionsvertrag als Leitmotiv vorangestellt ist. Ob Meisch dieses Versprechen mit mehr Schul- und Sprachangeboten, Gratis-Betreuung und mehr erzieherischer Unterstützung (auch in den Lyzeen) für Schüler mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten einlöst, wird sich zeigen. Eine erste Einschätzung, in welche Richtung seine Reformen wirken,

Die Ressorts Erziehung und Familie bleiben bei der DP. Der Koalitionsvertrag verspricht gleiche Bildungschancen und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

wird vielleicht ab nächste Woche möglich sein, wenn der mit Spannung erwartete *Bildungsbericht 2018* der Universität Luxemburg vorgestellt wird. Am Grundsatz der Differenzierung der öffentlichen Schule hält die Dreierkoalition fest, sie soll in den nächsten Jahren ausgebaut werden. So ist eine öffentliche Europaschule für die Hauptstadt geplant.

Mehr Ganztagschulen hatten DP, LSAP und Grüne in ihren Wahlprogrammen außerdem gefordert; sie sollen ein Rahmengesetz bekommen, damit es in Zukunft einfacher wird, derlei Angebote auf die Beine zu stellen. Von den Grünen, die als einzige Koalitionspartei Stimmen hinzu gewannen, stammt der thematische Fokus der Nachhaltigkeit: Lehrpläne sollen im Sinne der Nachhaltigkeit überarbeitet, Schüler für die „komplexen Herausforderungen unserer Gesellschaft“ sensibilisiert und dazu angehalten werden, ihr Verhalten im Sinne der Nachhaltigkeit zu ändern. Was das konkret meint, wie nachhaltiger Unterricht aussehen kann und ob die Verhaltensänderung für die Erwachsenen auch gilt, bleibt unklar.

Vage Formulierungen gibt es im Erziehungskapitel häufig, etwa wenn es um die Verbesserung der Lehreraus- und -weiterbildung geht, die geplante Stärkung der Medienerziehung oder die Professi-

onalisierung der Erwachsenenbildung. Das Weiterbildungsinstitut Ifen erhält eine Zweigstelle in Esch-Alzette. Es soll Fortbildungen im Umgang mit digitalen Medien geben, Programmieren, Naturwissenschaften, die Gleichheit zwischen den Geschlechtern sowie der Musikunterricht sollen gefördert werden, ebenso die politische Bildung und die Finanzkompetenzen, ohne dass den Lippenbekenntnissen konkrete Vorschläge zur Umsetzung folgen würden. Die PräsidentInnen der Grundschulkomitees sollen, wieder mal, mehr Weisungskompetenz erhalten; ein Zugeständnis an die Grünen, die seit Jahren starke Direktionen fordern; anders als die LSAP, die aus Rücksicht auf die Gewerkschaft SEW da stets auf der Bremse stand. Ein Beleg für das neue Kräfteverhältnis in der Dreierkoalition, in dem die Grünen auf Kosten der LSAP gestärkt wurden.

Vielleicht gelingt Meisch ja das kleine Wunder und seine Politik trifft in der zweiten Amtszeit auf mehr Verständnis. Dabei helfen könnte der Bildungstisch, den er sich aus dem Ausland abgeschaut und in seinem Buch *Stark Kanner* vorgestellt hat. Lehrer, Erzieher, Schüler, Eltern, Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und die Sozialpartner sollen sich an einen Tisch setzen und gemeinsam bildungspolitische Schwerpunkte setzen. Solch eine Plattform wäre nicht im Sinne der Gewerkschaften, deren Einfluss unter Meisch gestutzt wurde. Aber bei Eltern und Öffentlichkeit könnte der partizipative breite Ansatz gut ankommen. Der Tisch wäre der Ort, wo diskutiert, wo Erkenntnisse aus Bildungsberichten, von Beobachtungsstellen und MediatorInnen sowie Praxiserfahrungen zusammengeführt würden. Dafür müsste sich Meisch jedoch in einer Tugend üben, die ihn bisher nicht übermäßig auszeichnete: loszulassen. Damit das Gremium gesellschaftliche Akzeptanz findet, darf die Zusammensetzung nicht etwa parteipolitischen Erwägungen folgen, sondern Teilnehmende müssten in ihrer Meinung frei sein. Die ExpertInnen der Beobachtungsstelle, die dem Bildungstisch zuarbeiten, wurden vom Minister berufen. Alles hängt also davon ab, wie die Teilnehmenden ausgewählt und was die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte sein werden. Zwei Themen gibt das Abkommen dem Gremium mit auf den Weg, die Lehrerausbildung und die Rekrutierung.

Außer mit dem Bildungstisch könnte Meisch mit der Gratis-Betreuung während der Schulzeit punkten, die landesweit für Vorschul- und Grundschulkinder kommen soll. Zwar steht nirgendwo, was das Angebot kosten wird und was das für die *Cheque-service* heißt, aber das gilt für sämtliche Versprechen und Maßnahmen, die im Regierungsabkommen stehen. Die Erweiterung der staatlich finanzierten Betreuung wird Trägern und Gemeinden einiges abverlangen, der Druck bleibt hoch.

Eine Garantie, dass diese Charmeoﬀensive aufgeht, gibt es nicht: Auch wenn große Reformen fehlen, Kleinvieh macht auch Mist, und da Meisch und die Dreierkoalition ihre Politik in den Hauptzügen fortsetzen, könnte noch einiger Ärger ins Haus stehen, wenn nicht durch die Lehrer, dann über ihre Vertretungen – auch wenn der Minister brisante Punkte, wie die (inhaltliche) *Täche* des Lehrers an den Bildungstisch weiterreichen will. Das SEW hat sich von der „neoliberalen Ausrichtung“ distanziert und wird sicher mobilisieren; auch das mitgliederstärkere SNE mahnte auf einer Pressekonferenz, zunächst die letzten Reformen wirken zu lassen; das Syndikat hatte zuletzt große Schwierigkeiten, seiner Basis den Kompromiss bei der Rekrutierung von Seiteneinsteigern zu vermitteln, mit dem Meisch der strukturellen Personalnot in den Grundschulen beikommen will.

Noch etwas könnte den ruhigen Konsolidierungsplänen einen Strich durch die Rechnung machen: Zwar beschwört die Dreierkoalition die Chancengerechtigkeit und hat hier Hilfe versprochen, etwa durch staatlich geförderte Nachhilfeplattformen, Sommer-Lerncamps, mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen. Doch noch ist ungewiss, ob die Initiativen den gewünschten Effekt haben und wirklich helfen werden, die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Eine solide Schul- und



Claude Meisch und Corinne Cahen, beide DP, bei ihrer Vereidigung

Ausbildung als Startkapital, um in der sich immer schneller ändernden Arbeitswelt mithalten zu können, wird immer wichtiger. Eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, die die blau-rot-grüne Koalition auch die kommenden Jahre aktiv antreibt.

Der finanziell aufgewertete Elternurlaub und der verlängerte Vaterschaftsurlaub, den die Dreierkoalition in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen hat, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren, sollen durch einen erweiterten unbezahlten Elternurlaub, einen verbrieften Anspruch auf Eltern-Teilzeit mit dem Recht zurück in Vollzeit zu wechseln und mehr Telearbeit ergänzt werden. Solche Maßnahmen zielen auf die Mittelschicht ab, die es sich finanziell leisten kann, dass ein Partner eine Zeit kürzer tritt. Haushalte, wo sich beide um die Kindererziehung kümmern, sollen zusätzliche freie Tage bekommen. Das ist insofern ein Bekenntnis zu Gleichstellung, weil gleichberechtigte Familienorganisation belohnt würde. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert die Erwerbstätigkeit und finanzielle Unabhängigkeit von Frauen und wirkt so langfristig vorbeugend gegen Altersarmut. Es ist aber vor allem auch eine Maßnahme, um bei knapper werdendem und über die Landesgrenze hinaus ausgeschöpftem Arbeitskräfte-Reservoir alles zu mobilisieren, was noch da ist. Elternurlaub und Gratis-Betreuung sind zugeschnitten auf erwerbstätige Eltern, die Beruf und Familie unter einen Hut bekommen wollen – und müssen. Denn die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Kosten für die Unterkunft, machen in vielen Haushalten ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtausgaben aus. Wenn nicht mehr.

Es gibt Bevölkerungsgruppen, die vom regulären Arbeitsmarkt zunehmend abgehängt sind, wo Familien und ihre Kinder drohen, dauerhaft in Armut abzurutschen. 23,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren hierzulande sind laut Eurostat armutsgefährdet. Die alte und neue Familienministerin Corinne Cahen, wie Meisch DP, will analysieren lassen, was Kinder großzuziehen genau kostet und inwiefern Sozialleistungen beitragen, Armut von Familien mit Kindern zu mindern. Besonders alleinerziehenden Müttern soll unter die Arme gegriffen, ihre Steuerlast soll reduziert werden. Die Teuerungszulage soll ebenfalls angepasst und die Familienzulagen sollen wieder an den Index gekoppelt werden. Langzeitarbeitslose, die das soziale Mindesteinkommen, neuerdings Revis genannt, beziehen, sollen durch Aktivierungsmaßnahmen wieder fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden. Ansonsten setzt Blau-Rot-Grün auf Sachleistungen.

Die 100 Euro, die Beschäftigte am unteren Ende der Lohnskala künftig mehr erhalten sollen, sind ein Beitrag gegen Armut trotz Erwerbsarbeit, riskieren aber Folgekosten zu verursachen, die bisher nicht berücksichtigt worden sind: Was bedeutet es beispielsweise für den Mietzuschuss, der einkommensabhängig gewährt wird, auf den immer mehr einkommensschwächere Haushalte angewiesen sind? Wird er ebenfalls angehoben, und was würde das wiederum für den Mietwohnungsmarkt bedeuten, dessen Preise seit Jahren nur eine Richtung kennen: die nach oben? Vor allem aber: Dieses Koalitionsprogramm könnte dazu beitragen, dass Geringverdiener stärker noch als bisher von Sozialtransfers abhängig werden.



Der Wohnungsbau wird die Koalition ganz besonders fordern

Konzertierte Aktion

Peter Feist

Zum „Schlüsselthema Wohnungsbau“ meinten im Wahlkampf alle Parteien, der öffentliche Mietwohnungsbau gehöre angekurbelt. Die großen Parteien waren sich einig, dass er nicht mehr nur als „Sozialwohnungsbau“ verstanden werden könne, in dem für die Einkommensschwächsten die Miete für ein Apartment bei 100 bis 200 Euro liegen kann, sondern dass zwischen den freien Mietwohnungsmarkt und die Sozial-Mietwohnungen ein Segment gehöre, in dem der Mietpreis pro Quadratmeter nicht höher wäre als zehn bis zwölf Euro.

Ins Koalitionsabkommen von DP, LSAP und Grünen hat diese Idee ab Seite 31 Einzug gehalten. Zwar steht sie dort nicht so explizit, und konkrete Mietbeträge werden keine genannt. „Komplett überarbeitet“ werden soll jedoch das Gesetz über die staatlichen Wohnungsbau-Beihilfen, um „die Begriffe Sozialwohnungen und Wohnungen mit moderierten Mietkosten klarer zu definieren“. *Logements à loyer modéré* aber ist eine Kategorie, die es noch gar nicht gibt. Mit ihr ist das neue Segment gemeint. Schon DP-Wohnungsbauminister Marc Hansen hatte intern untersuchen lassen, was nötig wäre, um „zehn Euro pro Quadratmeter“ zu verwirklichen. Eine Schlussfolgerung lautete, die rechtliche Basis dafür fehle (*d'Land*, 28.09.2018).

Weil auch die CSV im Sommer für öffentliche Mietwohnungen dieser Art plädiert hatte, könnte der Reform politisch nicht viel im Weg stehen. Doch um viele solche Wohnungen zu schaffen, fehlt es Staat, Gemeinden und den öffentlichen Bauträgern Fonds du logement und SNHBM an Bauland. Um das zu ändern, stehen im Koalitionsprogramm verschiedene Maßnahmen: Ähnlich dem Comité d'acquisition beim Finanzministerium sollen Finanz- und Wohnungsbauministerium ein Ankauf-Komitee für Grundstücke bilden. Leiten soll es die neue Wohnungsbauministerin Sam Tanson (Grüne). Es soll in Eigenregie Grundstücke erwerben. Wer an das Komitee verkauft, soll den Spekulationsgewinn nicht zum Viertelsatz besteuert erhalten, wie das seit Mitte 2016 für Verkäufe an die öffentliche Hand vorübergehend gilt, sondern gar nicht. „Analysieren“ will die Regierung, ob der staatliche Fonds, der das Geld zum Ankauf bereitstellen soll, auch zur Beteiligung für Bürger bei einer gewissen Rendite geöffnet werden könnte – was im Wahlkampf eine Idee der DP war. Dass ein Teil der Rentenreserve für den öffentlichen Wohnungsbau herangezogen werden könnte, erwähnt das Koalitionsprogramm auch, aber nicht im Wohnungsbau-, sondern im Sozialversicherungs-Kapitel.

Scheinen die Steuerbefreiung bei Verkäufen an das Komitee und der Bürgerfonds die Anreizseite zu repräsentieren, wird auf der Zwangsmaßnahmen-seite eine „Wertschöpfungssteuer“ auf zu Bauland umgewidmete Flächen angekündigt – aber noch nicht erklärt, wie sie erhoben werden soll. Statt Leerstands- und Brachlandtaxen auf nationaler Ebene festzulegen und um die in acht Gemeinden bestehenden kommunalen Taxen zu ersetzen, soll eine reformierte Grundsteuer „die Grundstücksspekulation



Die zweite DP-LSAP-Grüne Regierung mit dem Großherzog nach ihrer Vereidigung am Mittwoch

konterkarieren“. Erläutert wird allerdings nicht, ob die geänderte Grundsteuer eine kommunale Steuer bliebe und den Gemeinden zu stabilen Mehreinnahmen verhelfen soll, oder ob mit sinkenden Einnahmen gerechnet werden müsste, wenn mehr Bauland mobilisiert würde. Befreit von der reformierten Steuer würden in jedem Fall Eigenheime, die die Besitzer selbst bewohnen.

Vielleicht wäre es politisch unklug, zu viele Details schon im Koalitionsprogramm preiszugeben. Vielleicht sind die Koalitionspartner sich über das Vorgehen selber noch nicht ganz im Klaren. Der parteiübergreifend gemeinsame Nenner, viel mehr für den Mietwohnungsbau zu tun, geht einerseits auf die Einsicht zurück, dass der soziale Fahrstuhl per Eigenheimbesitz nicht mehr für jeden funktioniert. Zweitens wird gefürchtet, dass die hohen Wohnpreise zum Risiko für Luxemburgs Entwicklung zum Technologiestandort werden könnten: Längst nicht alle jungen Hochqualifizierten, die es hierher zieht, verdienen gleich so viel, dass sie auf dem hochpreisigen Eigenheim-Markt mitbieten können. Drittens schließlich saugt die ungebrochene Preisentwicklung nach oben nicht nur jede staatliche Kaufbeihilfe auf, sondern auch jede Mindestloohnerhöhung und jede Index-Tranche: Der Zusammenhang von Wohn- und Lohnkosten führt die Politik seit zwei, drei Jahren zunehmend in Konflikt mit dem Unternehmerlager. Damit die

öffentliche Hand, wenn sie mehr Flächen erwirbt, nicht selber als Preistreiber auf dem Grundstücksmarkt da steht, hält das Koalitionsprogramm fest, dass öffentliche Wohnbauflächen umgehend bebaut würden.

Nicht zu Unrecht finden die Koalitionspartner, „nur eine konzertierte Aktion kann eine adäquate Antwort“ auf das Wohnungsproblem sein. Am Rande des Parteikongresses der Grünen am Dienstag hieß es, der neuen Regierung müsse ein „Erwartungsmanagement“ gelingen. Vielleicht ahnt Sam Tanson, die neue grüne Wohnungsbauministerin, was auf sie zukommt: Sie war eine der wenigen, die die Partylaune der Kongressdelegierten nicht so recht teilen mochte.

Erwartungen sollen offenbar in alle möglichen Richtungen bedient werden. Die Besitzer, immerhin das Gros der Wähler, wünschen sich sinkende Preise erst, wenn den Kindern der Eigenheimkauf schwer fällt; alles andere wäre kapitalistisch irrational. Weil „Spekulation“ deshalb nicht nur politisch, sondern auch juristisch ein heikler Begriff ist, soll „analysiert“ werden, ob brachliegendes Bauland zeitweilig an die öffentliche Hand vermietet werden könnte – was für den Besitzer nicht nur eine Grundrente abwürfe, sondern sogar steuerlich gefördert werden könnte; das ist eine DP-Idee. „Studiert“ werden sollen die Anhebung des Maximalbetrags zur Anwendung des super-reduzierten Mehrwertsteuersatzes

auf Wohnraum; die Ausweitung der Staatsgarantie beim ersten Eigenheimerwerb, die des *Béleggen Akt* je nach Anzahl der Kinder im Haushalt und die des Nullzins-Kredits der „Klimabank“, so dass jeder Besitzer sein Eigenheim vergünstigt energetisch saniert werden könnte.

Mietern auf dem freien Markt wird in Aussicht gestellt, nicht mehr „einseitig“ die Vermittlungskosten einer Immobilienagentur tragen zu müssen. Die Entwicklung der Mieten soll „besser kontrolliert“ werden; allerdings wird noch nicht erklärt, was das bedeuten soll. Rolle und Zuständigkeiten der Mietkommissionen sollen „verstärkt“ werden; weshalb und inwiefern, ist noch offen. Ausgebaut werden sollen Initiativen zur Vermietung, wie die Agence immobilière sociale sie vor neun Jahren startete. „Studiert“ werden soll, ob der Fonds du logement in diese Richtung ebenfalls aktiv werden könnte, und darüberhinaus auch „moralische Personen“, denen dann steuerliche Erleichterungen gewährt werden könnten.

Wie ernst die „konzertierte“ Aktion gemeint ist, wird sich auch an der Rolle ablesen lassen, die die Gemeinden darin spielen. Als Anfang des Jahres der DP-Wohnungsbauminister eine große parlamentarische Debatte ausgelöst hatte, ging es dort vor allem um das Verhältnis von Staat und Gemeinden im Wohnungsbau und die anstehende Neuaufgabe

„Logements à loyer modéré“ heißt das neue Segment, dass zwischen Sozialwohnungen und Mietwohnungen auf dem freien Markt eingefügt werden soll

des *Pacte logement* von 2008. Bisher schoben die Regierungen die Schuld für wohnungsbaupolitisches Scheitern gerne den Gemeinden zu. Die verlangten im Gegenzug mehr Geld für kommunalen Wohnungsbau und für Infrastrukturen, die für mehr Einwohner nötig sind. Das Koalitionsprogramm stellt in Aussicht, der Staatszuschuss zum Bau kommunaler Wohnungen könne von derzeit 75 Prozent auf bis zu hundert Prozent steigen. Kleinere Gemeinden sollen einen „Berater-Pool“ nutzen können, ähnlich den Energieberatern von My Energy für staatlich-kommunale Klimapakete. Versprochen wird den Gemeinden auch, die Verwaltungsvereinfachung für kommunale Planungen fortzusetzen. Wo im großen Stil gebaut werden soll, wird der *Plan sectoriel logement* festlegen, wenn er demnächst in Kraft tritt.

Ein schlüssiges Programm? Man wird sehen. Entgegen der Ressortbezeichnung ist der Wohnungsbauminister und nun: die Ministerin für nicht viel zuständig und angewiesen auf die Mitarbeit ihrer Kolleginnen und Kollegen im Kabinett. Zur Bereitstellung der Gelder hat der Finanzminister das letzte Wort, zur Planung von Wohnungsbauvorhaben die Innenministerin bei Mitsprache der Umweltministerin. Der vielen Akteure wegen wollte die DP im Wahlkampf Innen- und Wohnungsbauministerium zusammenlegen und die für Genehmigungen zuständigen Abteilungen des Umweltministeriums dazu. Für die Grünen kam das beinahe einer Kriegserklärung gleich. Im *Radio 100,7* sagte DP-Verhandlungsführerin Corinne Cahen gestern, „weil wir einen Sitz verloren und die Grünen drei gewonnen haben“, sei nun alles anders gekommen. Aber in der vorigen Legislaturperiode hatte nicht nur der DP-Fraktionspräsident öffentlich geklagt, Umweltvorschriften seien die große Hürde für den Wohnungsbau. Innerhalb der Regierung waren LSAP-Innenminister Dan Kersch und die grüne Umweltministerin Carole Dieschbourg deshalb immer wieder aneinandergeraten. Wie die konzertierte Aktion vorankommt, wird auch Aufschluss geben über den innerbetrieblichen Zustand der neu-alten Koalition. Und ob es womöglich hilft, dass für Wohnungsbau, Inneres und Umwelt mit Sam Tanson, Taina Bofferdin (LSAP) und Carole Dieschbourg nun drei Ministerinnen zuständig sind.

Mobilitätspolitik

Viel zu bauen und trotzdem gratis

Peter Feist

In zwei Anhängen listet der Koalitionsvertrag wichtige Infrastrukturprojekte auf. Zum einen neue Schulen, zum anderen Transportinfrastrukturen: Verschiedene Bahn-, Tram- und Straßenprojekte haben höhere Priorität als bisher. Weil sie erst nach 2020 fertig werden, haben sie nicht unmittelbar etwas mit der Einführung des Gratistransports zu tun. Dass er den Druck erhöht, das Angebot auszubauen, damit der öffentliche Transport mehr genutzt wird, liegt aber auf der Hand. Weshalb François Bausch, der alt-neue Transport- und Bautenminister, und seine grüne Partei das Gratisprinzip auf keinen Fall schnell wollten. Doch es stand im Gute-Laune-Wahlprogramm der DP, und auf Betreiben der Jusos und des Parteilinken Dan Kersch versprach es

Der Gratistransport wird mit der Refom der Kilometerpauschale verbunden

am Ende auch die LSAP. Nun ist seine Einführung im ersten Quartal 2020 eine der wenigen großen Neuigkeiten unter „Mobilität“ im Koalitionsprogramm.

Denn Verkehrsplanungen dauern lange genug und ihre Realisierung auch, dass es erstaunlich wäre, wenn DP, LSAP und Grüne viele ganz neue planerische Ideen hätten. „Geprüft“ werden soll, ob eine Express-Tram über Junglinster nach Echternach sinnvoll wäre – ein Zugeständnis an die DP, die das versprochen hatte. Bei näherem Hinschauen schließt der Koalitionsvertrag aber nicht aus, dass eine solche Tram mangels Bedarf nicht in Frage kommt: Wie alle anderen neuen Verkehrsprojekte soll sie auf ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis überprüft werden. Dazu hatte François Bausch sich im Sommer von einer Schweizer Firma ein Software-Tool erarbeiten lassen. Mit seiner Hilfe sollen nach und nach optimale Verkehrslösungen für das ganze Land ermittelt werden. Ein „Plan national de mobilité“ soll sie zusammenfassen.

Neben Bauvorhaben, die schon bekannt sind, und dem schon beinahe obligatorischen Bekenntnis zur „sanften Mobilität“ soll die RGTR-Reform beschleunigt, die

Park-and-Ride-Kapazität „langfristig verdoppelt“, das Radar-Netz zur Geschwindigkeitskontrolle „weiterentwickelt“ und die Taxi-Branche noch ein Stück weiter reformiert werden. Widersprüchlich ist, dass im Mobilitäts-Kapitel angekündigt wird, die Elektromobilität werde durch noch „substanziellere“ Anreize gefördert (S. 40), das Finanz-Kapitel dagegen festhält, „das aktuelle Modell steuerlicher Anreize wird durch ein neues Modell gezielter Subventionen ersetzt“ (S. 121). Dagegen wird unter „Mobilität“ ein Steuervorteil für Arbeitnehmer in Aussicht gestellt, „die sich mit anderen Mitteln als dem Auto fortbewegen“. Ob damit ein genereller Bonus für Leute ohne Auto gemeint ist, lässt das Koalitionsprogramm aber offen.

Erwähnt wird, der Gratistransport werde „parallel“ mit einer Reform der steuerlich absetzbaren Kilometerpauschale eingeführt, damit „zwischen den Transportanbietern keine Einnahmehausfälle“ entstehen. Das dürfte noch für Diskussionen sorgen. Félix Braz, Verhandlungsführer der Grünen in den Koalitionsgesprächen, erklärte dem Kongress seiner Partei am Dienstag, die Kilometerpauschalen-Reform solle nicht etwa den Gratistransport gegenfinanzieren, „das sind zwei paar Dinge“.

Leitartikel

Köpfe statt Inhalte

Ines Kurschat

Martine Hansen, CSV-Abgeordnete aus dem Norden, wird künftig die CSV-Fraktion anführen. Nachdem Claude Wiseler als Fraktionsvorsitzender wegen der verlorenen Wahlen auf eine Kandidatur verzichtete und auch Marc Spautz nicht mehr als Parteipräsident antreten will, redet manch einer jetzt die Erneuerung der CSV herbei.

Das ist unrealistisch und allenfalls Wunschdenken. Neu an Martine Hansen ist, dass sie die erste Frau in der CSV-Geschichte ist, die den Fraktionsvorsitz übernimmt. In Oppositionszeiten wohlgemerkt, wenn die Karre im Dreck steckt. Sie ist in ihrem Wahlbezirk populär, das hat sie mit ihrem deutlichen Stimmenzuwachs bei den Wahlen bewiesen. Als ehemalige Direktorin der Ackerbauschule weiß sie, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen und sich in einer Männerdomäne durchzusetzen. Zudem gilt die Politikerin als loyal, sie genießt Vertrauen in der Partei. Aber nicht bei allen, wie die Gegenstimmen beim Votum in der Fraktion am Mittwoch zeigten.

Vor allem aber zeigte die Abstimmung: Die Partei ist sich nach wie vor nicht darüber einig, wie es weitergehen soll. Nachdem überdeutlich geworden ist, dass ein Aussitzen auf der Oppositionsbank und ein uninspirierter Plan als Wahlprogramm, der

dazu viele Ideen des politischen Gegners aufgriffen hatte, nicht ausreichen, um die Wähler zu überzeugen und zurück an die Macht zu gelangen, herrscht Rätselraten, wie es weitergeht. Wie wird sich die Partei wieder fangen? Kann sie das überhaupt? Die Funkstille nach der Wahlniederlage, das Zögern, sogleich einen echten Schnitt zu wagen und stattdessen lieber abzuwarten, ob die Dreierkoalition nicht vielleicht doch vor der Regierungsbildung auseinanderbricht, ist Ausdruck des desolaten Seelenzustands der CSV. Noch immer wollen viele in der Parteiführung offenbar nicht einsehen, dass es nach einer goldenen Juncker-Ära, die mit einem Geheimdienstskandal und einer handfesten Führungskrise endete, echtes Umdenken braucht.

Dass mit Hansen keine inhaltliche Erneuerung kommen wird, dafür spricht nicht nur, dass sie zur Generation vom *Breede Wee* gehört, die gehofft, ja damit gerechnet hat, nach fünf Jahren Opposition zurück ans Ruder zu gelangen, als sei dies ein Erbrecht. In den Diskussionen nach der Wahlniederlage 2013 hat sich Hansen wenig aus der Deckung gewagt, sondern wie andere ihrer Generation darauf gesetzt, mit etwas Ausdauer die Durststrecke bald zu überstehen. Statt Kante mit eigenen Ideen zu zeigen, blieben sie und ihre FraktionskollegInnen blass. Auch die nächste Chance, die

Arbeiten zum Wahlprogramm, nutzte sie nicht: Das von ihr verantwortete Bildungskapitel war, aller kenntnisreichen parlamentarischen Interventionen zum Trotz, wie der Rest des christlich-sozialen Masterplans ohne Inspiration.

Dass es mehr um Machtzuwachs einzelner Köpfe denn um eine Rundumerneuerung geht, zeigt sich auch daran, dass sich mit Frank Engel und Luc Frieden zwei Männer für den Parteivorsitz in Position bringen, die zur ausrangierten Garde der Partei gehören – Engel ist Europaabgeordneter, fällt gelegentlich mit markigen Sprüchen auf und war Gründer des rechten Thinktank Cercle Joseph Bech. Der ehemalige Justiz- und Finanzminister Luc Frieden galt schon einmal als Anwärter auf den Premierposten, bis er sich durch berufliche Entscheidungen selbst ins Aus schoss. Früher kamen wichtige Denkanstöße aus den Reihen der Christlich-Sozialen Jugend. Von dort startete Jean-Claude Juncker seine politische Karriere, und es war die CSJ, die nach Junckers Weggang vehement ein Umdenken forderte. Doch die Denker von einst sind älter oder müde geworden. Serge Wilmes, nach Claude Wiseler Zweitgewählter im Zentrum, hat ebenfalls Interesse am Posten als Parteichef angemeldet, zählt aber als Erster Hauptstadt-Schöffe inzwischen selbst zum Establishment.

Zehn Jahre nach Inbetriebnahme des Mietfahrradnetzes in der Hauptstadt weihte die Stadtverwaltung am vergangenen Freitag als eine der ersten Hauptstädte Europas dessen vollständige Umstellung auf Elektrofahräder ein. Dazu richtete die französische Werbegruppe Decaux 1 900 Ladestationen mit 900 Fahrrädern an rund 100 Stationen in der Stadt ein, die bis Mitte des Monats alle betriebsbereit sein sollen. Das Abonnement kostet ein Euro für einen Tag, fünf Euro für drei Tage und 18 Euro für ein Jahr, die Miete beträgt nach einer halben Stunde Fahrzeit ein Euro je Stunde, die einmalige Kautions kostet 150 Euro. rh.

VdL



blog

Personalie

Personalie

Politik

Politik

Gesellschaft

Gesundheit

Martine Hansen,

CSV-Abgeordnete, wurde am Mittwoch ohne Gegenkandidaten aber bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung von ihren Fraktionskollegen zur neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Nach der Wahlniederlage am 14. Oktober verzichtete Claude Wiseler auf eine Kandidatur. Die ehemalige Direktorin der Ackerbauschule, die 2013 ein halbes Jahr lang Ministerin war, hatte mit Abstand die meisten Stimmen aller Kandidaten und Parteien im Nordbezirk erhalten. Martine Hansens Ernennung ist die erste einer Reihe von Personalentscheidungen, mit denen die CSV sich eine neue Führung gibt, um bis 2023 die Rückkehr an die Macht zu organisieren. Auf dem Parteitag am 26. Januar sollen auch ein neuer Vorsitzender und ein neuer Generalsekretär gewählt werden, damit sich die neue starke Frau oder der neue starke Mann herausschält, der in fünf Jahren Spitzenkandidat werden soll. rh.



Marc Spautz,

CSV-Parteipräsident, will auf dem Nationalkongress seiner Partei am 26. Januar 2019 nicht mehr für das Präsidentenamt kandidieren, das teilte er am Donnerstag in einem Interview mit *RTL Radio* mit. Den Posten hatte der ehemalige Generalsekretär des LCGB und spätere Familienminister seit 2014 von Michel Wolter übernommen. Die Entscheidung sei ihm nicht leicht gefallen, so Spautz, aber er wolle „Platz machen für andere Leute“. Wer die Kandidaten sind und wer sein persönlicher Favorit sei, wollte Spautz nicht sagen. Interesse angemeldet haben bisher der Europaabgeordnete Frank Engel, der für die Christlich-Sozialen in Brüssel, beziehungsweise Straßburg sitzt, der frühere Minister und Verwaltungsratspräsident der Bil und des Verlags Saint-Paul, Luc Frieden, sowie Serge Wilmes, Erster Schöffe in Luxemburg-Stadt. Für seine Partei bei den Europawahlen am 26. Mai 2019 will Marc Spautz ebenfalls nicht kandidieren. Die Frist, um sich für den CSV-Parteivorsitz zu bewerben, läuft bis 9. Januar 2019. ik

Europawahlen

Der Regierungsrat legte am vergangenen Freitag das Datum für die nächsten Europawahlen auf Sonntag, den 26. Mai 2019 fest. Die neunten Direktwahlen zum EU-Parlament können in sämtlichen Mitgliedstaaten zwischen dem Donnerstag 23. und Sonntag, dem 26. Mai stattfinden. Am selben Tag wie die sechs Luxemburger Europaabgeordneten werden in den drei Nachbarländern auch 21 belgische, 79 französische und 96 deutsche Europaabgeordnete gewählt. Luxemburg gehört zu jenen Staaten, deren Abgeordnetenzahl nach dem Austritt Großbritanniens nicht erhöht wird. Die Kandidatenlisten für den landesweit einzigen Wahlbezirk müssen bis Ende März hinterlegt werden. Die Listen können laut Artikel 291 des Wahlgesetzes sechs Kandidaten haben, von denen eine Mehrheit die Luxemburger Staatsbürgerschaft haben muss. Erstmals bei Europawahlen hängt die Höhe der staatlichen Parteienfinanzierung davon ab, ob zwei Frauen auf einer Liste kandidieren. rh.

Europakongress

Die Piraten sind erneut die erste Partei, die die nächsten Wahlen kaum abwarten kann und ihre Kandidaten für die Europawahlen nominiert. Dazu halten sie am 15. Dezember in Luxemburg-Neudorf einen Kongress ab, der die Kandidatenliste gutheißen soll. Die Bewerbungen mussten bis vergangenen Freitag eingehen. Weil die Meinungsverschiedenheiten zwischen Hurraeuropäern und Nationalbewegten unüberbrückbar schienen, hatte ein Kongress im Mai eine Europadebatte rasch vertagt. rh.

Renten-Ungerechtigkeiten

Wäre das Renteneintrittsalter vom Arbeitseinkommen abhängig, könnte das Ungerechtigkeiten bei der Rente mildern, schreibt die OECD in ihrem diese Woche erschienenen *Pension Outlook 2018*. Da Einkommensschwache im statistischen Schnitt früher sterben als Einkommensstarke, bleibt ihnen weniger Zeit, ihre Rente zu genießen. In sechs untersuchten OECD-Ländern differierte die Lebenserwartung bei der Pensionierung von Niedrig- (halber nationaler Durchschnittslohn) und Hochverdienern (dreifacher Durchschnittslohn) bei Männern um bis zu 4,1 Jahre (Chile und Südkorea), bei Frauen um bis zu 3,3 Jahre (Großbritannien). Was sich ausglich, wenn etwa eine britische Hochverdienerin erst mit 68 in Rente ginge statt mit 65, die Geringverdienerin dagegen schon mit 64. Großbritannien ist das einzige europäische Land in der Untersuchung, dem die OECD ein eigenes Kapitel widmete. Generell betrachtete sie Länder, in denen das Rentensystem entweder komplett kapitalgedeckt und fondsgebunden ist, oder zu einem hohen Anteil. Da kapitalgedeckte Systeme sich jedoch auch in ihren Beiträgen und Leistungen nach der Sterblichkeit der Bevölkerung richten, entstehe sozial Schwachen ein zusätzlicher Nachteil, so die OECD. Luxemburg kommt in diesem Kapitel des *Outlook* nicht vor. Dabei ist hierzulande der Renteneintritt je nach Dauer und Vollständigkeit der Beitragskarriere schon mit 60 beziehungsweise 57 möglich. Und die OECD hält fest, bei realitätsnäherer Betrachtung, die berücksichtigt, dass Niedrigverdiener oft schon ab 18 in eine Rentenversicherung einzahlen, Hochverdiener erst ab 24, würden die Ungerechtigkeiten sich noch verschärfen. pf

Körper und Seele

Um den Jahreswechsel wird es Neues zur Kassen-Pschotherapie geben. Nachdem die CNS und der Therapeutenverband Fapsylux sich über eine Konventionierung des neu geschaffenen Psychotherapeutenberufs nicht einig geworden waren, läuft bis Ende Dezember eine Schlichtung. Laut Gesetz ist sie auf drei Monate begrenzt. Schlägt sie fehl, könnte anschließend der Sozialminister die Regeln per Verordnung setzen. pf

Luxemburger Blut

Bei der 2009 in Kraft getretenen Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes hatte CSV-Justizminister Biltgen einen abstrusen Rückfall ins *lus sanguinis* erlitten. Denn seither können Ausländer unabhängig von ihrem Wohnsitz die Luxemburger Staatsbürgerschaft erhalten, wenn einer ihrer Vorfahren vor dem Jahr 1900 Luxemburger war. Am Rand einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage rechnete der grüne Justizminister Félix Braz am Montag vor, dass zwischen dem 1. Januar 2009 und dem 31. Oktober 2018 auf diese Weise 19 782 Personen Luxemburger Blut in ihren Adern spürten und die Luxemburger Staatsbürgerschaft erhielten. Nach Schätzungen des Ministeriums lebten davon gerade fünf Prozent im Großherzogtum. Sie alle erhielten auch das Wahlrecht – ohne Referendum. rh.

Mensch und Bakterien



Ein Kaiserschnitt beeinflusst offenbar das Immunsystem Neugeborener. Forscher des Luxembourg Centre for Systems Biomedicine (LCSB) der Universität haben mit Kollegen aus Schweden ermittelt, dass bei einer natürlichen, vaginalen Geburt Darmbakterien der Mutter auf das Kind weitergegeben werden und dessen Immunsystem stimulieren. Bei durch Kaiserschnitt Geborenen „fällt die Stimulierung schwächer aus, weil die Einflüsse der Bakterien entweder geringer sind oder andere bakterielle Substanzen die ersten Immunreaktionen verhindern“, so der Leiter der Studie, Paul Wilmes vom LCSB. Womöglich erkläre das, „warum per Kaiserschnitt entbundene Kinder epidemiologisch gesehen häufiger an chronischen, mit dem Immunsystem verbundenen Krankheiten leiden als vaginal entbundene Babys“. Ihre Resultate haben die Forscher in *Nature Communications* veröffentlicht. pf

Nachtrag

Andrée Birnbaum ist Direktorin von Femmes en détresse Asbl. Präsidentin des Verwaltungsrats ist Karin Manderscheid (*d'Land* vom 30.11.18). ik

France

Un soulèvement français



Des barricades au cœur de Paris, 249 départs de feux et 112 voitures brûlées

Emmanuel Defoulouy, Paris

Des barricades au cœur de Paris, faites de mobilier urbain et de barrières de chantier. 249 départs de feux et 112 voitures brûlées. Des dégâts en pagaille, y compris au pied de l'Arc de Triomphe. Des graffitis révolutionnaires à foison sur les façades des quartiers huppés. Des affrontements violents du petit matin en soirée. Des dizaines de blessés chez les manifestants et les policiers. Près de 10 000 grenades diverses utilisées par les forces de l'ordre. Et un sentiment de perte de contrôle peu habituel dans la capitale. Mais aussi des milliers de manifestants pacifiques, des drapeaux tricolores, la *Marseillaise* moult fois entonnée... Sans compter les centaines de rassemblements en province, certains violents, beaucoup d'autres plus calmes. Ces « émeutes » pour certains, cette « insurrection citoyenne » pour d'autres, qui ont marqué la journée de mobilisation des « gilets jaunes » du samedi 1^{er} décembre, après celle du 24 novembre, ont, au regard de l'Histoire, tout d'un soulèvement français.

Ce double refus de l'injustice fiscale et de l'arbitraire du pouvoir rappelle 1789 et le déclenchement de la Révolution française, quand il s'est agi de conquérir la souveraineté du peuple et l'égalité des droits. Quant aux barricades, elles font écho aux évé-

On en est donc là. À une crise de régime. Ni plus ni moins

ments de 1830, 1848, 1871 ou 1968... « La France, où la tentation révolutionnaire n'est jamais loin et fait partie de l'identité au même titre que le drapeau et l'hymne, flirte avec la crise », écrit *El Pais* de Madrid. C'est un « soulèvement des invisibles », titre le *Tageszeitung* de Berlin. Et « inédit depuis mai 68 », juge la maire de Paris, Anne Hidalgo. « C'est le retour d'un conflit de classes » et « s'ajoute désormais à cet ensemble explosif un élément majeur, le sentiment national », résume au *Figaro* le politologue et sondeur Jérôme Sainte-Marie.

« Emmanuel Macron, c'est Louis XVI au moment des États généraux, qui reçoit les cahiers de doléances mais qui n'y comprend rien », affirme même l'historien Stéphane Sirota au *Parisien*. Et ce spécia-

liste des mouvements sociaux d'ajouter : « dans une société démocratique, il existe toujours des tensions entre les institutions élues – le pouvoir légal – et le peuple – le pouvoir légitime. Normalement, entre les deux, il doit y avoir les partis politiques et surtout les syndicats. Malheureusement, ceux-ci se sont énormément affaiblis ces dernières décennies. Conséquence, quand vous avez une interaction directe entre le pouvoir légal et le pouvoir légitime, un compromis est difficile, voire impossible ».

C'est exactement ce qui vient de se passer dans l'Hexagone. Face à un mouvement spontané, apolitique, protéiforme et désidéologisé, le pouvoir macronien n'a su ni trouver les bons mots ni prendre les bonnes décisions. Avant le premier acte du 17 novembre, le Premier ministre Edouard Philippe a annoncé le déblocage de 500 millions d'euros pour notamment changer de voiture ou de mode de chauffage. Ce n'était pas vraiment le sujet. Après le deuxième acte du 24, Emmanuel Macron a installé un Haut conseil pour le climat, présenté une nébuleuse taxation flottante sur les carburants et promis trois mois de concertations en régions. Ce n'était ni à la hauteur, ni assez rapide. Les « gilets jaunes » réclamaient au moins un moratoire sur les hausses

de taxes de 2019, ils n'ont pas été entendus. Résultat, une radicalisation du mouvement lors de l'acte III le 1^{er} décembre, mais aussi désormais des revendications plus amples et plus structurées. Pour les plus posés des manifestants : baisses des taxes, hausses des petits salaires et des petites pensions, restauration des services publics dans les territoires délaissés, réforme des institutions pour démocratiser la vie publique. Pour certains radicaux : une tentative de pouvoir autoritaire. Et pour un grand nombre de « gilets jaunes », on ne peut que le constater dans les slogans : la démission d'Emmanuel Macron.

Il faut dire qu'aux politiques inégalitaires, le président de la République n'a cessé depuis 18 mois d'ajouter provocations et stigmatisations langagières : « les gens qui ne sont rien », le « pognon de dingue » mis dans la protection sociale, il faut « traverser la rue » pour trouver un emploi, « ne pas se plaindre » des maigres pensions, et encore récemment ces « Gaulois réfractaires » aux réformes... Le 29 novembre, juste avant le G20 en Argentine, à 11 000 kilomètres de l'Hexagone, Emmanuel Macron a même balayé toute idée de « recul » et n'a pas trouvé mieux que de louer les réformes libérales et « impopulaires » du président Mauricio

Macri... Quand on connaît la profonde crise que traverse ce pays, après celle du début des années 2000, on reste perplexe.

Pourtant, il y a bien une explication centrale : les « gilets jaunes », c'est le grand retour des classes populaires sur le devant de la scène, après des décennies d'invisibilité, et ceci est un impensé du président. C'est ce qu'a conclu Gérard Noiriel en analysant dans son dernier livre l'ouvrage-programme publié par le candidat Macron en 2016, *Révolution* (éditions XO) : « J'ai été frappé de constater que les classes populaires n'y avaient quasi aucune place. Dans son panthéon, il n'y a ni Jaurès ni Blum. Qu'un président chargé de représenter tout le peuple français puisse oublier à ce point les classes populaires en dit long sur une forme d'éthnocentrisme qui se retourne violemment contre lui. Ce n'est pas vraiment du mépris, c'est un aveuglement de classe ». Et l'historien de poursuivre, dans *Libération* : « Il est le représentant des CSP+, passé directement de la banque Rothschild à Bercy puis à l'Élysée, avec la conviction que le pays va s'en sortir grâce aux *start-up*, aux managers et aux nouvelles technologies. Le fossé avec les classes populaires a été aggravé par le fait qu'il n'avait aucune expérience d' élu politique avant son élection, comme nombre de députés LREM (la République en marche). Voilà pourquoi, de la taxe carburant, on est passé à une explosion de colère avec une personnalisation des choses ».

On en est donc là. À une crise de régime. Ni plus ni moins. S'il veut sauver son pouvoir, le président doit maintenant faire des concessions. De retour de Buenos Aires dimanche 2 décembre, il a chargé le chef du gouvernement de chercher une sortie de crise, en recevant à Matignon les représentants des partis politiques et des « gilets jaunes ». Edouard Philippe a annoncé ensuite qu'à ce « moment central du quinquennat », il acceptait une « suspension pour six mois » de la hausse des taxes sur le carburant ainsi qu'un gel des prix de l'électricité et du gaz.

Ces mesures suffiront-elles à désamorcer une colère symbolisée par « l'Acte IV, Macron dégage », auquel appellent des « gilets jaunes » via Facebook pour demain, samedi 8 décembre ? Rien n'est moins sûr car comme on l'a vu, aux revendications sociales et fiscales s'ajoute désormais une profonde crise de représentativité. Alors quelle porte de sortie ? Les plus constructifs des manifestants disent travailler actuellement à présenter une liste de « gilets jaunes » au scrutin européen de mai prochain.

¹ Gérard Noiriel, *Une histoire populaire de la France. De la guerre de Cent ans à nos jours*, Agone, automne 2018

Weltklima

Just transition

Martin Theobald, Berlin

Mzuzu ist eine Großstadt in Malawi, im südlichen Afrika. Im Ausbau des Öko-Tourismus spielt die Kommune eine große Rolle in der Entwicklungspolitik Malawis. Rund 130 000 Einwohner hat das Verwaltungszentrum im Norden des Landes. Etwa die gleiche Größe wie Luxemburg-Stadt. Ansonsten haben die beiden Städte kaum etwas gemein. Noch nicht. Wenn jedoch der Klimawandel ungebremst fortschreitet und die globale Erderwärmung im prognostizierten Umfang eintritt, dann wird Luxemburg-Stadt vor allem in einem Punkt zu Mzuzu aufschließen: Modellrechnungen zufolge könnte es in der Hauptstadt des Großherzogtums in gut 60 Jahren so warm werden wie derzeit in Mzuzu. Verlorenkost läge dann in Nordmalawi. Zumindest klimatisch.

Welche Auswirkungen der Klimawechsel schon heute auf die Großregion hat, zeigen die Daten für Rheinland-Pfalz. Die Jahresdurchschnittstemperatur ist seit 1881, dem Beginn der Wetteraufzeichnungen, um 1,5 Grad angestiegen – im übrigen Deutschland um 1,4 Grad. In konkreten Zahlen: 1881 lag die durchschnittliche Tagestemperatur bei 8,0 Grad Celsius. Mehr als ein Jahrhundert lang blieb der Wert im einstelligen Bereich. Zweistellig wurde er zum ersten Mal im Jahr 1994. Ab dem Jahr 2000 stieg sie dann auf 10,7 Grad. Sichtbar werden die Folgen des Klimawandels bei Waldschäden – die in diesem Jahr schlagartig schlimmer wurden – oder bei Starkregen-Ereignissen. Zudem treten Hitzewellen in Rheinland-Pfalz zunehmend häufiger auf und sind oftmals auch intensiver als in der Vergangenheit.

Gefordert ist – wieder einmal – die Politik, die in diesem Jahr zur Klimagipfel-Routine im polnischen Katowice zusammengekommen ist. Delegationen aus fast 200 Staaten versuchen bis zum Freitag nächster Woche sich darüber einig zu werden, durch welche Regeln das Pariser Klimaabkommen von 2015 in praktische Politik umgesetzt werden kann und soll. Dies sind vor allen Dingen technische Fragen: Wie werden Emissionen gemessen? Wie transparent muss die Buchführung der Staaten sein? Gelten dabei gleich-

che Maßstäbe für alle Staaten dieser Erde? Es sind knifflige Detailfragen, mit denen die juristischen und diplomatischen Gipfelteilnehmer sich auseinandersetzen werden. Sich über sie zu einigen, ist unerlässlich, um die internationale Klimapolitik messbar und vergleichbar zu machen. Aber große Fortschritte im konkreten Klimaschutz sind vom offiziellen Programm in Katowice nicht zu erwarten. Zumal bereits zu Beginn der polnische Gastgeber nationale Interessen über globales Gemeinwohl stellte.

In Wahrheit geht es gerade auf diesem Klimagipfel jedoch um das große Ganze. Denn die Warnungen der Wissenschaftler und Klimaforscher sind in den vergangenen Wochen immer drängender geworden. In Paris hatte man sich 2015 in einem historischen Abkommen darauf geeinigt, die Erwärmung der Erde möglichst bei einem Wert unter plus zwei Grad Celsius – auf Basis der vorindustriellen Zeit – zu begrenzen – und meinte damit plus 1,5 Grad. Doch ändert sich die Menschheit in ihrem Verhalten nicht, so erwärmt sich der Planet eher um drei bis vier Grad, wenn nicht sogar um 4,6 Grad – binnen zweier Generationen. Um überhaupt noch eine Chance auf das 1,5-Grad-Ziel zu haben, fordert etwa der Weltklimarat IPCC in diesem Herbst „schnelle, weitreichende und beispiellose Änderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen“. Konkret: Es geht um die Art und Weise, wie wir leben. Eine wirkungsvolle Änderung bedingt, dass das herrschende Wirtschaftssystem sich von Grund auf ändern müsste, um den Klimawandel zu begrenzen. Wir bräuchten nicht nur grünes Wachstum, sondern eine Wirtschaft, die gerade mit weniger Wachstum gut funktioniert – und vor allem Ideen, wie Produktion und Verteilung dann so organisiert werden können, dass möglichst alle gut vom erwirtschafteten Wohlstand leben können.

Der gesellschaftliche Diskurs darüber, wie dieses Ziel erreicht werden kann, hat längst begonnen und wird mehr oder weniger kontrovers geführt. Trotzdem kommen viele Regierungen, auch die europäischen, in der Klimapolitik nicht voran. Die Emissionen er-

Viele Regierungen, auch die europäischen, kommen in der Klimapolitik nicht voran. Die Emissionen erreichen weltweit neue Rekordwerte

reichen weltweit neue Rekordwerte. Die ökonomische Sphäre fordert mehr „Verschmutzung“, um Wachstum und damit Wohlstand zu versprechen. Der Widerstand gegen eine konsequente Klimapolitik wächst, weil wirtschaftliche Interessen dagegen stehen, und auch immer mehr Menschen begreifen, wie tief die Veränderungen gehen müssen, und dass das Ziel ohne Verzicht kaum erreichbar sein wird – und weil der Wandel hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft eben auch Existenzen bedroht, etwa die der Kohlearbeiter in den Revieren. Der Konferenzort Katowice als Symbol für die Herausforderungen einer zukunftsweisenden, gerechten und globalen Klimapolitik.

So gesehen geht es auf dem diesjährigen Gipfel um alles. Und das unter äußerst ungünstigen Vorzeichen. Der Multilateralismus wird in Frage gestellt. Die Vereinigten Staaten bestehen darauf, sich aus dem Pariser Klima-Abkommen zurückzuziehen. Jüngst hat auch Brasilien Widerstand signalisiert und möchte den Regenwald stärker zur Abholzung freigeben. Hinsichtlich der Gerechtigkeit der Klimapolitik gab die polnische Regierung Leitplanken vor: „Just transition“, lautet ihr Motto. Gerecht könne ein Übergang nur sein, wenn er die Interessen künftiger Generationen und jener Menschen, die heute schon vom Klimawandel betroffen sind, berücksichtigt.

.....

45

ticker

.....

Weniger, aber noch viel Wachstum

Wie bereits im Oktober angekündigt, hat das Stateg seine Wachstumsprognosen für das laufende Jahr und das kommende Jahr im Vergleich zu seiner Frühjahrsprognose um jeweils einen Prozentpunkt gesenkt. Demnach erwartet das statistische Amt für 2018 und 2019 ein BIP-Wachstum von drei Prozent. Vergangenen Monat hatte das Stateg bereits die Wachstumsangaben für die vergangenen zwei Jahre drastisch nach unten korrigiert und dafür unerwartete Finanzbewegungen zwischen Filialen multinationaler Konzerne in Luxemburg verantwortlich gemacht, wodurch den Unternehmen deutlich höhere Kosten als veranschlagt entstanden waren. Daher, und weil die Konjunktur-Indikatoren trotz vermehrter Risiken auf internationaler Ebene in Luxemburg auf grün stehen, sprach Stateg-Direktor Serge Allegrezza bei der Vorstellung der *Note de Conjoncture* am Dienstag am Dienstag von einer „statistisch-technischen Verlangsamung“ der Konjunktur. Diese Wortwahl ist nicht ganz unwichtig, weil bedingt durch die weiterhin dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die Entwicklungskurven von BIP und Beschäftigung weiter voneinander abweichen (Grafik: Stateg) und, so Stateg-Mitarbeiter Bastien Larue: „Die logische Folge davon ist selbstverständlich ein Rückgang der sichtbaren

Arbeitsproduktivität.“ Eben deshalb verspricht die rezente BIP-Korrektur die Diskussion zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern über die Entwicklung der Produktivität zu befeuern. Auf die Arbeitslosenrate wirkt sich indes positiv aus, dass die Unternehmen weiterhin neue Mitarbeiter einstellen. Die Arbeitslosenrate soll von 5,9 Prozent der arbeitenden Bevölkerung vergangenes Jahr auf 5,5 Prozent 2018 und 5,2 Prozent 2019 zurückgehen.

Für das laufende Jahr rechnet das Stateg trotz Index-Tranche und Ölpreishausses mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 1,6 Prozent. Für 2019 erwartet das Stateg seinem zentralen Szenario zufolge einen Anstieg der Inflationsrate auf 1,9 Prozent, was eine Indextranche im vierten Quartal 2019 nach sich ziehen würde. Dieses Szenario basiert auf einem Ölpreis von 77 Dollar pro Barrel und trägt den ganz rezenten Rückgängen der Rohölpreise nicht Rechnung. Würden die Preise sich auf dem aktuellen Niveau stabilisieren, so Allegrezza am Dienstag, würde sich die Index-Tranche wahrscheinlich um ein Quartal verschieben.

Das Stateg untersucht in seiner Konjunkturnote außerdem, warum die Investitionen in der Luxemburger Privatwirtschaft im Vergleich mit den Nachbarländern hinterherhinken. Zwischen 1995 und 2000 war das

Investitionsniveau (Verhältnis zwischen Investitionen und geschaffenen Mehrwert in Euro) der Luxemburger Unternehmen von ungefähr 23,4 Prozent vergleichbar mit dem von deutschen, französischen und belgischen Firmen. Danach aber sank das Investitionsniveau in Luxemburg und das besonders nach der großen Wirtschaftskrise auf 20,5 Prozent. Zurückzuführen ist das – Millenium Bug lässt grüßen – vor allem darauf, dass die Finanz- und Versicherungsbranche vor der Jahrtausendwende informatisch aufrüstete, danach aber die Investitionen zurückschraubte, um 6,1 Prozent zwischen 2012 und 2016. Weil die Finanzbranche aber weiterhin an Bedeutung innerhalb der Luxemburger Wirtschaft insgesamt gewonnen hat, wirkt sich der Investitionsstillstand in der Finanz- und Versicherungsbranche mit einem Minus von 2,9 Prozent auf die Investitionsquote der Privatwirtschaft insgesamt aus, obwohl in anderen Branchen wie der Landwirtschaft (+109 Prozent), in der Energieproduktion und -verteilung (+36,5 Prozent) und sogar in der Industrie (+2,5 Prozent) zwischen 2012 und 2016 mehr investiert wurde als zwischen 1995 und 2000. Drastischer als in der Bankenbranche ist der Investitionsrückgang nur in der Kultur- und Freizeitbranche: -30,9 Prozent. ms

RIP

Der belgische Milliardär Albert Frère wurde 92 Jahre alt. Frère, einer der Hauptaktionäre von Groupe Bruxelles Lambert (GBL), hat seine Karriere der Legende nach als Schrotthändler in Charleroi begonnen, baute sein Familienunternehmen aber zum größten Vermögen Belgiens aus. Der Geschäftsmann prägte auch die Luxemburger Wirtschaftsgeschichte durch Beteiligungen an der Arbed und der Bil, beziehungsweise seine Rolle im Aufbau von CLT-UFA und schließlich vor allem, indem er 2001 seine RTL-Aktien gegen Bertelsmann-Papiere für eine kräftige Prämie tauschte, die es Bertelmann erlaubte, fast die absolute Mehrheit der Mediengruppe zu übernehmen. Mangels Squeeze-Out-Gesetzgebung war Bertelsmann nicht gezwungen, den Luxemburger Aktionären – gut betuchte Geschäftsleute und Industrielle – ein gleichwertiges Angebot zu machen. Letztere führten

deshalb jahrelang Prozesse und setzten sich 2006 sogar für eine Rückwirkung des im Rahmen der Arcelor-Übernahme hastig vorgelegten OPA-Gesetzes ein. Anlässlich einer außerordentlichen Generalversammlung der Luxemburger GBL-Filiale GBL Verwaltung vor zwei Wochen wurde das Kapital der in Strassen ansässigen Firma um 422 Millionen auf 3,3 Milliarden Euro angehoben. Albert Frère starb am Montag. ms

Exit from Brexit?

Am Dienstagmorgen, noch bevor im britischen Parlament die Debatten vor der Abstimmung über das Abkommen zum Rückzug des Vereinigten Königreichs aus der EU begannen, teilte Generalanwalt Manuel Campos Sánchez-Bordona am Europäischen Gerichtshof Ohrfeigen für die britische Regierung, die EU-Kommission und den EU-Rat aus. In seiner Empfehlung an die Richter in der Rechtssache C-621/18 Wightman und Others v Secretary of State of Exiting the European Union befand er, eine Regierung habe durchaus das Recht, die Aktivierung von Artikel 50 des EU-Vertrags unilateral rückgängig zu machen, solange das Rückzugsabkommen nicht formal umgesetzt ist. Damit mischte Campos Sánchez-Bordona die Brexit-Karten neu und garantierte Spannung bis zum Ende. Denn sollte der EuGh seiner Empfehlung folgen – das Urteil wird am Montag verlesen –, könnte die britische Regierung entscheiden, in der EU zu bleiben, ohne dass die anderen EU-Staaten ihre Zustimmung geben müssten. Zwar will Theresa Mays Regierung genauso aus der EU raus, wie die Opposition versprochen hat, das Ergebnis des Referendums zu respektieren. Doch im Parlament gibt es wenig Unterstützung für das von May ausgehandelte Austrittsabkommen. Und ein Urteil in die Richtung der Empfehlung des Generalanwalts könnte weitere Zweifler dazu bewegen, dagegen zu stimmen. Denn als alternatives Szenario zu einem uniderrufflichen, ungeordneten Brexit Ende März 2019 eröffnet es Großbritannien die Möglichkeit, mangels akzeptablen Brexit-Deals einfach EU-Mitglied zu bleiben. Sogar ohne dass die anderen Mitgliedstaaten mitreden oder bei einem Verbleib Großbritanniens in der EU über die

Seiten lang ist die *Note au formateur* des Comité économique et financier national, des ehemaligen Comité de prévision, die wie andere Notes diese Woche neben dem Koalitionsabkommen auf der Webseite der Regierung veröffentlicht wurde. So hatte das Formateur und Alt- und Neu-Premier Xavier Bettel (DP) zu Beginn der Koalitionsverhandlungen versprochen: Alle *Notes* würden veröffentlicht und seien integraler Bestandteil des Koalitionsabkommens. In der besagten *Note* gibt es zwei Kästen, in denen das Komitee auf künftige Risiken für die Entwicklung der Staatsfinanzen hinweist und einschätzt, ob die sie als „hoch“, „mittel“ oder „niedrig“ zu bewerten sind. Dabei geht es beispielweise darum, wie viel Druck durch die dynamische Bevölkerungsentwicklung auf die Infrastrukturen entsteht und wie sich das auf den Investitionsbedarf auswirkt. Oder darum, wie sich die Umsetzung der Beps-Steuermaßnahmen auf die Entwicklung des Steueraufkommens auswirkt und wie das mittelfristige Haushaltsziel nächstes Jahr angehoben werden könnte. Daneben wurde in der Plenarsitzung der Verhandlungsdelegationen am 14. November, ein zweites Dokument ausgeteilt, in dem diese Risiken beziffert waren. Dieses Dokument wurde nicht veröffentlicht und im Sitzungsprotokoll wird es nicht erwähnt. Absichtlich, wie das Staatsministerium bestätigt, da die Regierung eine Verantwortung habe für die Position Luxemburgs als Mitglied der Eurozone und „auf den internationalen Finanzmärkten“. Die darin ausgemalten „ungefestigten“ Szenarien würden so nicht in die Öffentlichkeit gehören, so das Staatsministerium. Was eigentlich nur heißen kann, dass die Szenarien so katastrophal sind, dass sie riskieren, Verwerfungen auf den Finanzmärkten auszulösen... ms

vielen Extra-Würste verhandeln könnten, die den Briten in der Vergangenheit gebraten wurden (*Rebate*, Schengen, Währungsunion, ...). Die Parlamentsdebatten können unter *parliamentlive.tv* in Echtzeit im Internet verfolgt werden. Ein erstes Highlight gab es am Dienstag, als der Konservative Sir Roger Gale dem ehemaligen Außenminister, Brexit-Galionsfigur Boris Johnson, der gerade Mays Austrittsabkommen als „paint and plaster pseudo Brexit“ betitelt hatte, von der Hinterbank aus, den Parlamentsgepflogenheiten entsprechend höflich bloß stellte: „I’m very grateful to the Rt Hon gentleman for giving way. He appears to be one of those who prefers grievance to a solution. My Rt Hon friend the Prime Minister has come up with a solution. What’s his big idea?“ Worauf Zustimmungsrufe durchs Haus schallten und Johnson meinte: „I was just coming to that, Mr Speaker. And you anticipate...“ Darauf gab es empörte Buhrufe und Spott, da sich wahrscheinlich nicht nur die Abgeordneten im Parlament fragten, warum er und seine Brexit-Clique zweieinhalb Jahren nach dem Referendum immer noch keine Idee parat haben, wie ein Austritt tatsächlich zu bewerkstelligen wäre... ms

Magere Ergebnisse

Die EU-Finanzminister hatten nach ihren Marathonsitzungen zum Wochenbeginn in Brüssel magere Ergebnisse aufzuweisen. Nicht nur, dass sie sich nicht auf eine Digitalsteuer von drei Prozent auf den Umsätzen von Internetriesen einigen konnten, stattdessen nur eine Steuer auf den Einnahmen aus Online-Werbung ab 2021 bewilligten. Und das, obwohl Luxemburg keine Opposition mehr macht, unter der Bedingung, dass eine EU-Steuer durch eine weltweit geltende Regelung ersetzt wird, sobald die OECD diese ausgearbeitet hat. Die Minister machten auch kaum Fortschritte bei der Reform der Eurozone. Der vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron – ebenfalls geistiger Vater der abgespeckten Digitalsteuer – geforderte separate Haushalt für die Eurozone wurde ebenso vertagt wie die Europäische Einlagensicherung, der dritte Teil der Europäischen Bankenunion, die nach der Finanzkrise gegründet wurde um ähnliche Turbulenzen in Zukunft zu

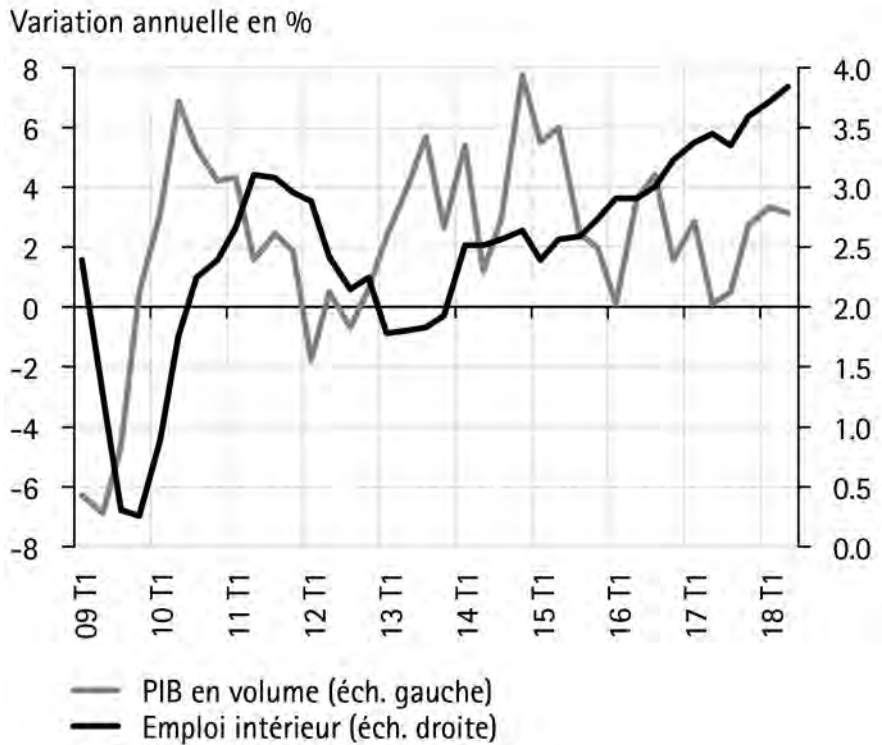
vermeiden. Immerhin einigten sie sich darauf, dass der Europäische Rettungsschirm ESM künftig dem Europäischen Resolutionsfonds (der Fonds, der Banken stützt, deren Rettung im öffentlichen Interesse ist), Kredit geben darf, falls diesem das Geld ausgeht. Dem ESM ist es bisher vor allem aufgrund der deutschen Opposition nur erlaubt, über seine Hilfsprogramme Staaten Geld zu leihen und keinesfalls Banken, weshalb sich während der Schuldenkrise die Länder verschulden mussten, um ihre Banken zu retten. Im Gegenzug einigten sich die Minister aber darauf, die Kapitalregeln für die Banken weiter zu verschärfen. ms

Berlin, Berlin

Viele Luxemburger Berlin-Fans wird es freuen, die Luxair weniger: Ab kommenden März fliegt Ryanair viermal wöchentlich von Findel nach Berlin-Tegel und zurück. Die frohe Botschaft will die Gesellschaft zudem mit einem Sonderverkauf im Dezember und Januar mit Tarifen ab 9,90 Euro feiern. ms

Künftig öffentlich

Die 1964 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründete und für das Transportministerium tätige Société nationale de circulation automobile (SNCA) soll in eine öffentliche Einrichtung umgewandelt werden, hält die neu-alte Regierung auf Seite 43 ihres Koalitionsvertrags fest. Anscheinend betrifft das nicht den Technischen Kontrolldienst, der 2012 ausgelagert wurde, aber die SNCA als Zulassungsbehörde und ihre Filiale SNCH, die Fahrzeuge homologiert. Ein „Audit im Rahmen von ‚Dieselgate‘“ habe ergeben, dass „das aktuelle System verbesserungsfähig“ sei, schreiben die Koalitionspartner. Und ein juristisches Gutachten habe empfohlen, SNCA und SNCH „in derselben öffentlichen Einrichtung zusammenzuführen“. pf



La faillite d’une plate-forme de *crowdfunding* illustre la fragilité des *fintechs*

Forêt de bonsaïs

Georges Canto

En France, le monde de la *fintech* est en émoi depuis la faillite, en octobre, d’un des leaders du prêt participatif. Une inquiétude qui s’est propagée aux autres segments du *crowdfunding* et qui a franchi les frontières. Le 17 octobre, Unilend, une *start-up* active depuis novembre 2013 dans le domaine du *crowdlending*, a été mise en liquidation. Depuis son lancement, 427 projets, portés par de très petites entreprises pour l’essentiel, avaient été financés sur sa plate-forme pour près de 33 millions d’euros, avancés par 15 000 prêteurs actifs.

Parmi les raisons évoquées de cet échec très médiatisé, certaines sont spécifiquement françaises, comme la disparition d’un dispositif fiscal qui encourageait les prêteurs : du coup, le volume des prêts accordés par Unilend avait baissé d’un tiers depuis le début de l’année. D’autres tiennent à la conjoncture : dans une période de taux bas, les entreprises et les particuliers trouvent aisément des ressources auprès des banques, ce qui réduit leur intérêt pour des financements alternatifs. Les plates-formes de prêts (58 pour cent de la collecte en 2017) ont du mal à réaliser les volumes nécessaires pour garantir leur pérennité, sauf à accepter des dossiers plus risqués. « Aucune d’entre elles n’est rentable aujourd’hui. Selon moi, sans remontée des taux, le marché est mort », a même déclaré Nicolas Lesur, le fondateur d’Unilend. Dont la défaillance n’est pas le premier cas enregistré en France : en avril 2016 la plate-forme Finsquare avait été rachetée par son concurrent Lendix au moment où elle allait mettre la clé sous la porte.

Mais c’est aussi le modèle d’affaires lui-même qui est remis en cause. En février 2017, l’association de consommateurs « UFC-Que Choisir » avait dénoncé un « modèle économique pervers ». Pour elle, la rémunération à la commission sur les montants prêtés pousserait à faire du volume sans analyser correctement la solvabilité des entreprises. Les taux d’intérêt, attrayants pour les prêteurs, fragiliseraient les sociétés emprunteuses, qui sont de taille modeste, ce qui accentuerait leur risque de défaillance. Les projets à financer seraient présentés aux prêteurs potentiels de manière partielle et inexacte.

En octobre 2018 l’association est revenue à la charge en relevant, sur sept sites de *crowdlending*, que près d’un projet sur dix (9,5 pour cent) connaissait à cette date un retard de paiement depuis plus de deux mois, contre 4,3 pour cent en février 2017. Pour l’association, les plates-formes dissimuleraient ces chiffres : soucieuses de séduire les investisseurs, elles ne comptabiliseraient en effet que « certains défauts connus, sans prendre en compte les incidents prévisibles à venir », gonflant ainsi artificiellement les rendements potentiels.

Les chiffres de UFC-Que Choisir ont été contestés, notamment par le magazine *Le Revenu*, qui a calculé que seulement 5,7 pour cent du montant global des prêts octroyés depuis le lancement de ces sept sites Internet affichent un tel retard. Il reste que la révélation de mauvaises pratiques (relayées par des remontrances régulières des autorités de tutelle du secteur financier) et la multiplication des défaillances risquent de compromettre le développement du prêt participatif, car si le besoin existe toujours du côté des emprunteurs, les prêteurs pourraient être sérieusement échaudés.

Un autre segment de l’activité, le financement en capital, est aussi à la peine en France pour cause de disparition d’incitations fiscales : au premier semestre 2018, il ne pesait plus que 7,8 pour cent de la collecte contre 17,2 pour cent en 2017 et près de trente pour cent en 2016, au point que le leader SmartAngels a annoncé son repositionnement vers les services aux institutionnels. Finalement, seuls les dons, qui correspondent au concept d’origine du *crowdfunding*, se tiennent encore honorablement.



Shima/Wikipedia

On compte près de 500 *fintechs* en France. Mais plus de la moitié de ces *start-ups* de la finance enregistrent moins de 300 000 euros de revenus annuels

Pour plusieurs experts, la vraie raison des problèmes connus par certaines plates-formes est plutôt à rechercher dans la faible pénétration de la formule de « financement par la foule ».

En apparence, c’est un succès : en France en 2017, ce sont au total 1,65 million de personnes qui ont contribué à financer un ou plusieurs projets, par des dons, des prêts ou des apports en capital. En un an, le nombre de projets a augmenté de près de treize pour cent et la collecte de fonds de 43,8 pour cent. Mais les montants restent très modestes : au total 336,2 millions d’euros, une goutte d’eau par rapport aux sommes empruntées aux établissements de crédit ou levées auprès des actionnaires. Entre 2013 et mi-2018, le total récolté atteint à peine 1,2 milliard d’euros. La taille du gâteau augmente régulièrement et à bon rythme, mais sa taille reste insuffisante pour faire vivre la quelque centaine de *start-ups* qui se sont lancées depuis 2014 dans le financement participatif.

Le cas du *crowdfunding* immobilier est révélateur : ce segment est devenu le plus important du financement participatif en France, avec un tiers du total général et 42 pour cent des prêts. Les plates-formes spécialisées, apparues dès 2011, permettent à un promoteur de collecter des fonds pour l’aider à financer un programme immobilier, généralement la construction de logements (78 pour cent des projets financés, selon le baromètre publié par la plateforme spécialisée Fundimmo). Elles n’ont cessé de se développer, pour atteindre une vingtaine d’unités, les prêteurs-investisseurs étant attirés par la promesse d’un rendement élevé, proche de dix pour cent brut par an, tandis que le taux d’échec est resté jusqu’à présent très faible (moins de 1,5 pour cent depuis 2012).

En 2017, le nombre de projets financés a augmenté de 64 pour cent et les montants collectés de 83 pour cent ! Mais cette forte progression ne doit pas cacher que seulement 220 projets ont été financés en un an avec un montant moyen de 458 000 euros (500 000 euros au premier semestre 2018), un montant dérisoire pour une opération de promotion. Et les 101 millions d’euros que les particuliers ont prêté aux promoteurs immobiliers en 2017 doivent

La taille du gâteau augmente régulièrement et à bon rythme, mais elle reste insuffisante pour faire vivre la centaine de *start-ups* qui se sont lancées depuis 2014 dans le financement participatif

être comparés aux douze milliards d’euros d’augmentation des encours de crédits bancaires aux sociétés actives dans l’investissement immobilier la même année.

Le problème ne se limite pas au *crowdfunding*. Le jour même de la faillite d’Unilend paraissait une étude du cabinet Exton Consulting montrant que « l’écosystème français des jeunes pousses de la finance est dynamique, mais caractérisé par une multitude d’acteurs fragiles, générant très peu de revenus ». On compte au total près de 500 *fintechs* dans le pays voisin, avec une cinquantaine de nouvelles recrues chaque année. Mais plus de la moitié de ces *start-ups* de la finance enregistrent moins de 300 000 euros de revenus annuels et près de soixante pour cent de celles créées il y a plus de cinq ans n’atteignent pas encore le million d’euros. C’est une « forêt de bonsaïs », dont les arbres ne représentent qu’environ un pour cent de l’activité du secteur financier en France.

Mais si beaucoup de *fintechs* vivent, peinant à dégager des résultats significatifs, ce n’est pas seulement à cause de leur jeunesse. À l’image d’autres domaines, comme celui des « proptechs » (*d’Land* du 12 octobre), les concepts développés, bien qu’innovateurs et séduisants, ne concernent souvent que étroites niches de marché et la concurrence est féroce.

On pourra objecter que le cas français n’est pas forcément représentatif. La dynamique du *crowdfunding* y est très affectée par les changements fréquents de la fiscalité. De plus, cette activité y a démarré plus tardivement que dans d’autres pays, surtout du nord de l’Europe où elle a convaincu davantage de monde. À titre de comparaison, au Royaume-Uni, le « peer to peer business lending » a permis de récolter 2,25 milliards d’euros en 2017, presque sept fois plus qu’en France, avec une hausse de 65 pour cent en un an. Dans ce pays, les nouveaux entrants de la banque et du paiement représenteraient 13,7 pour cent du marché selon une étude publiée récemment par Accenture.

Mais la question de la « taille critique » des *fintechs* est une problématique que l’on rencontre partout dans le monde. Un grand nombre d’entre elles, faute de pouvoir atteindre un niveau suffisant de chiffre d’affaires et de marge, semblent condamnées, sauf à disparaître purement et simplement ou à végéter, à se vendre à des grands groupes du « vieux monde » de la finance ou à s’adosser à de puissants investisseurs. Un mouvement déjà largement amorcé. Tandis qu’Unilend faisait faillite, son concurrent Lendix, rebaptisé October, appuyé entre autres par Allianz et Groupama et désormais actif dans quatre pays, devenait la première plate-forme européenne de prêts aux entreprises.

Chronique Internet

Nick Clegg va au casse-pipe chez Facebook

Jean Lasar

Enfoncé dans un bournier réputationnel qui s’épaissit ces derniers temps avec une régularité qui déconcerte même ses plus ardents défenseurs, Facebook a procédé en octobre dernier à un recrutement surprenant : le réseau social de Mark Zuckerberg a fait appel à Nick Clegg, l’ancien vice-premier ministre britannique, pour diriger son département de relations publiques et de communication à l’échelle mondiale. Autrement dit pour être son lobbyiste en chef. Bien que sa

Force est de se demander ce que Clegg va faire dans cette galère et comment Facebook peut espérer profiter de ses services

prise de fonction ne soit prévue qu’en janvier, la nomination de Clegg a aussitôt été accueillie par un concert d’incrédulité et de moquerie.

Certes, vu de loin, qu’un géant du Net se paie les services de l’ancien dirigeant d’un membre permanent du Conseil de sécurité peut être interprété comme l’ultime consécration de Facebook en tant que puissance mondiale. Mais devant le champ de ruine que sont sa réputation et son in-

capacité notoire à se réformer, avec la perspective d’un débat acharné sur le Brexit et des élections générales prévues au plus tard à l’automne 2019 au Royaume-Uni, force est de se demander ce que Clegg va faire dans cette galère et comment Facebook peut espérer profiter de ses services.

La nomination de Clegg a été annoncée en premier par le *Financial Times* et a coïncidé à quelques jours près avec la révélation par le *New York Times* de la commande par Facebook, auprès d’une officine républicaine, d’une campagne contre George Soros aux relents antisémites. C’est le *Guardian* qui a décoché les flèches les plus acérées contre cette embauche, sous la plume d’un ancien militant du parti libéral-démocrate, Alan Riley. Dans un brûlot intitulé « Personne ne peut sauver Facebook – et surtout pas Nick Clegg », Riley s’en donne à cœur joie. Clegg « est l’homme qui a détruit pratiquement à lui seul le parti libéral-démocrate », écrit-il, ce qui lui a valu le sobriquet « Calamity Clegg ». Quant à Facebook, « son problème est son modèle d’affaires, et c’est quelque chose qu’aucun responsable des relations publiques ne peut résoudre », assène-t-il.

Sous la férule de Clegg, « dont l’incompétence n’est pas passée inaperçue », note férocelement Riley, le parti centriste est passé de 57 sièges en 2010 à huit en 2015, après que, allié aux Tories, il eut notamment commis l’erreur de trahir sa promesse de ne pas augmenter les frais d’inscription pour les études supérieures. En 2017, il perdit lui-même son siège au Parlement.

À présent, alors que l’embrouillamini du Brexit menace de déboucher sur une crise politique majeure, des élections anticipées ou un nouveau référendum – ou les trois à la fois –, Alan Riley se demande comment Clegg peut espérer se positionner dans son nouveau rôle sans s’empêtrer dans un conflit d’intérêts majeur. On sait qu’en se laissant utiliser abusivement par des agences ultra-spécialisées et peu scrupuleuses ayant bénéficié de données qu’il leur avait négligemment abandonnées, Facebook a joué un rôle majeur en faveur du Brexit lors de la campagne du référendum. Comment Clegg, qui était lui-même en faveur du *Remain*, pourra-t-il, en 2019, à la fois défendre le modèle d’affaires de Facebook et contribuer de manière crédible à ce que les débats politiques britanniques échappent à des prises d’influence occultes comparables à celle du Brexit ? Et ce alors qu’en 2010, rappelle Alan Riley, Clegg défendait avec force l’idée d’une réforme des relations entre le gouvernement britannique et les géants du Net. Il s’agissait d’une part d’appliquer la réglementation sur les monopoles et de l’autre de les contraindre à enfin payer leurs impôts là où ils génèrent leurs profits. Rien de tel n’a été fait. La position dominante de Facebook est restée intacte. En 2017, Facebook a payé 7,4 millions de livres d’impôts au trésor britannique, à mettre en regard d’un chiffre d’affaires de 1,3 milliard de livres réalisé au Royaume-Uni et ce alors qu’au plan mondial, l’entreprise transforme à peu près la moitié de son chiffre d’affaires en bénéfice.



52 cadeaux
+ accès iPad
pour 140 euros

Offrez un abonnement
au Lëtzebuerger Land

www.land.lu
land@land.lu
485757-1

L'alimentation colonisée par les marchés financiers

Les moissons du capital

Jean-Sébastien Zippert

Les émeutes de la faim qui avaient éclaté en 2008 dans plusieurs pays en voie de développement ont mis en exergue le rôle néfaste que joue la spéculation sur les matières premières alimentaires. Or peu de mesures visant à limiter cette spéculation ont été mises en place. Pire encore, ces dix dernières années ont vu l'emprise des spéculateurs se renforcer de façon spectaculaire via la financiarisation de la chaîne agroalimentaire, au détriment des producteurs comme des consommateurs. C'est le constat dressé par Jennifer Clapp et Ryan Isakson, deux universitaires canadiens, dans *Speculative Harvests : Financialization, Food, and Agriculture*, un ouvrage parfaitement documenté¹ paru en avril dernier.

On y suit un récit fascinant sur la façon dont les acteurs financiers se sont intégrés aux multiples aspects des chaînes d'approvisionnements alimentaires et agricoles, du sommet à la base. L'un des aspects les plus convaincants de cette histoire est le fait que, dans une large mesure, ces processus de financiarisation restent largement sous le radar de l'économie politique mondiale car ils sont moins bien visibles que la spéculation directe sur les matières premières alimentaires. Cela est dû en partie à leur complexité, mais aussi au fait que peu de citoyens, y compris les spécialistes de l'alimentation et les ONG actives dans la promotion de souveraineté alimentaire, ont une bonne connaissance des marchés financiers, des produits dérivés et des fonds indiciels. Au-delà du fait – très préoccupant en soi – que ces activités sont motivées par le désir de créer des profits plutôt que de favoriser le bien commun, la financiarisation a un impact significatif sur la manière dont les aliments sont produits, distribués et consommés.

Les deux auteurs soutiennent que la financiarisation de l'alimentation comporte trois dimensions-clés. Premièrement, il y a le ciblage de l'agriculture en tant que nouveau domaine d'accumulation de capital. Essentiellement, plus d'acteurs que jamais investissent dans l'alimentation et l'agriculture. Comme l'affirment les auteurs, les marchés agricoles ont été fortement réglementés pendant la majeure partie du XX^e siècle pour permettre à ceux qui y participaient de se couvrir et pour empêcher la spéculation financière, c'est-à-dire les paris sur les prix. Cependant, ces marchés ont été déréglementés dans les années 1980, ce qui a permis un boom de la spéculation sur les prix des matières premières agricoles et le développement de nouveaux instruments financiers d'investissement liés à l'alimentation et à l'agriculture, tels que les fonds indiciels qui suivent des groupements de prix des matières premières agricoles.

Comme les chercheurs Fichtner, Heemskerck et Leaver l'ont récemment soutenu dans un blog pour le Sheffield political economy research institute², au cours des dix années qui ont suivi le krach de 2008, la croissance des grands fonds indiciels, dits de gestion « passive-agressive », a remodelé le fonctionnement du capitalisme moderne. Les fonds indiciels regorgent de sociétés agroalimentaires. Par exemple, la société d'investissement COW, un compartiment du méga-fonds Blackrock³, détient des parts importantes dans des sociétés comme Archer-Daniels-Midlands Co., Tyson Foods Inc. et Bunge Ltd. VanEck's MOO investit dans des sociétés comme Potash Corporation, Syngenta et Deere. L'un des principaux attraits pour les investisseurs est que l'alimentation est une marchandise inélastique – les gens auront toujours besoin de manger – donc, dans un environnement d'instabilité, investir dans l'alimentation et l'agriculture offre un boulevard garantissant une accumulation capitaliste stable.

La deuxième dimension de la financiarisation que Jennifer Clapp et Ryan Isakson mettent en évidence dans leur livre est la tendance vers la priorisation de la valeur pour les actionnaires. De plus en plus, l'un des principaux objectifs des grandes entreprises, y compris les sociétés de biotechnologie alimentaire et agricole, telles que Bayer, est de « créer de la valeur pour nos actionnaires », mantra néolibéral bien connu pour sa consécration de l'investissement à court terme, de l'innovation paralysante et de la réduction des coûts. En raison de l'augmentation du nombre de restructurations et de fusions d'entreprises (pensons à la récente acquisition de Monsanto par



Bourse de matières premières à Chicago

Bayer ou à la fusion entre Asda et Sainsbury), la propriété se concentre et la concurrence est évincée, ce qui entraîne également une réduction du choix, des pertes d'emplois et l'externalisation des coûts.

Il n'est pas rare non plus que les investisseurs financiers détiennent des actions dans un grand nombre d'entreprises du même secteur. Par exemple, nous pourrions supposer que l'investisseur A détient des actions de la société A et que l'investisseur B détient des actions de la société B. Toutefois, le paysage actuel de l'investissement signifie qu'il est probable que l'investisseur A et l'investisseur B, par le biais de fonds indiciels, détiennent tous deux des actions des sociétés A, B, C et D. Ainsi, les investisseurs qui semblent distincts entre eux peuvent en fait être très semblables en investissant dans les mêmes sociétés. Il est intéressant de noter que les détracteurs de cette pratique se trouvent à gauche comme à droite : les premiers la considèrent comme injuste, les seconds comme anticoncurrentielle.

La réalité d'aujourd'hui est que les propriétaires d'entreprises sont souvent des sociétés de gestion d'actifs. Au sommet de la chaîne d'approvisionnement, ces gestionnaires investissent dans des stocks et entreprises liés à l'agriculture. Leur travail est, encore une fois, d'enrichir les actionnaires. Cela signifie que les dividendes versés aux actionnaires à la fin de l'année deviennent le facteur dominant, plutôt que la pratique traditionnelle de réinvestir les bénéfices dans des domaines comme la recherche et le développement ou dans les ressources humaines.

Ces entreprises sont colossales. BlackRock – « le plus grand gestionnaire de fonds au monde » – possède des actifs de 6 300 milliards de dollars, suivi par Vanguard, détenant des actifs de plus de 5 100 milliards de dollars. Selon Jennifer Clapp, 17 pour cent du fonds de Vanguard sont investis dans les aliments et les repas emballés. De plus, bon nombre de caisses de retraite (dont notre Fonds de compensation alimenté par les cotisations des employés privés au Luxembourg) investissent dans des entreprises transnationales de l'agro-industrie. Ainsi, de haut en bas, la finance se positionne comme solution au risque accru ; plutôt que comme quelque chose qui, en soi, est intrinsèquement risqué.

Alors, quel est le résultat de tout cela ? Clapp et Isakson soutiennent que la financiarisation exacerbe les inégalités au sein des différents acteurs et lieux géographiques ; les plus menacés étant les petits agriculteurs partout dans le monde. Elle entraîne des changements socio-écologiques qui minent la résilience du système alimentaire :

la recherche d'un profit maximal s'accompagnant d'un modèle de production basé sur une agro-industrie ultra-concentrée. C'est ce type de production qui a permis les épizooties de grande ampleur comme la maladie de la vache folle ou la peste porcine. L'élevage industriel qui en résulte est responsable de 80 pour cent de la déforestation en Amazonie sans oublier les questions liées à la souffrance animale dans les élevages industriels dans les pays occidentaux. Enfin la financiarisation fait obstacle aux actions collectives en raison de la nature extrêmement complexe des instruments financiers et du pouvoir croissant des entreprises et des élites financières.

Zu Gast

Gefundenes Fressen

Marc Angel

Einerseits haben vor der Entwicklung der heimischen Eisenindustrie Tausende unser Land verlassen, um anderswo, oft sehr weit entfernt, eine bessere Zukunft zu finden. Andererseits haben viele Luxemburger, ich auch, Vorfahren, die ihre Heimat verließen, um in Luxemburg ihr Glück zu finden. Migration ist für uns nichts Fremdes, nichts Neues: Wir wissen, dass wir ohne Einwanderer als Land gar nicht mehr funktionieren könnten.

Auch Europa braucht Einwanderer, um in Zukunft funktionieren zu können. Der demografische Wandel in der EU kann gänzlich ohne Migration nicht aufgefangen werden. Kein Wunder demnach, dass sich die EU-Staaten 2016 bei den Vereinten Nationen für die Ausarbeitung des so genannten UN-Migrationspakts stark gemacht haben. Die legale Migration erfolgreich zu organisieren, liegt langfristig in Europas Interesse.

Für die LSAP handelt es sich bei dem „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“, wie er korrekt heißt, um einen guten und

notwendigen Text. Erstens, weil er global ist: Herkunfts-, Transit- und Zielländer sind gleichermaßen gefordert, um Migration zu steuern und irreguläre Migration zu vermeiden. Der Pakt erkennt an, dass man die Herausforderungen weltweiter Migration nur gemeinsam angehen kann.

Nous avons donc besoin d'un débat public plus large sur la financiarisation, avec la participation de la société civile aux processus étatiques

notwendigen Text. Erstens, weil er global ist: Herkunfts-, Transit- und Zielländer sind gleichermaßen gefordert, um Migration zu steuern und irreguläre Migration zu vermeiden. Der Pakt erkennt an, dass man die Herausforderungen weltweiter Migration nur gemeinsam angehen kann.

Zweitens, weil er Standards als *best practices* setzt, die in der EU in den nationalen und europäischen Migrationsgesetzgebungen längst berücksichtigt werden. Drittens, weil er die Schattenseiten der Migration (Schleuser, Menschenhandel, Ertrinken auf hoher See) thematisiert. Und viertens, weil er sich auch mit den Ursachen von Migration beschäftigt.

Natürlich ist ein solcher Text, der von Diplomaten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft ausgearbeitet wurde, ein gefundenes Fressen für rechte, nationalistische und populistische Politiker. Das Thema Migration wird weitläufig benutzt, um Ängste zu schüren und Hetzkampagnen zu orchestrieren. Dabei überrascht es nicht, dass die rechten Kräfte Migration und Asyl ganz bewusst und ungeniert vermischen. Dazu ist zu bemerken, dass die Uno-Flüchtlingsagentur UNHCR an der Aushandlung eines globalen Flüchtlingspakts arbeitet, der komplementär zum Migrationspakt ist.

Migration und Asyl haben eine große Herausforderung gemein: die Integration in den Zielländern. Im UN-Migrationspakt sind deshalb Integrationsmaßnahmen vorgesehen, wie der Zugang zu Grundleis-

Une des conséquences de la financiarisation de l'alimentation est que la distance entre la cause et l'effet s'accroît et que, à mesure que les entreprises s'agrandissent, l'espace de résistance se réduit

et réglementaires, et d'une mise à l'échelle des alternatives au système alimentaire et financier. Il existe aujourd'hui des organisations comme ChangeFinance.org qui revendiquent des réformes radicales pour remettre la finance au service de l'intérêt général. Ceci vaut surtout pour l'alimentation. On ne peut laisser un besoin de base de l'humanité sous la coupe d'une course effrénée au profit. D'autant moins que la FAO estime qu'il y a encore 815 millions de personnes malnutries et a constaté une augmentation de la malnutrition dans le monde en 2016, après quinze ans de baisse.

Jean-Sébastien Zippert est coordinateur au sein d'Etika

¹ Clapp, Jennifer et Isakson, S. Ryan, *Speculative Harvests : Financialization, Food, and Agriculture*, Black Point, Fernwood Books, 182 pages

² <http://speri.dept.shef.ac.uk/2018/09/03/if-this-is-capitalism-where-are-the-price-signals-the-glacial-effects-of-passive-investment/>

³ Cf notre article « BlackRock , un néoféodalisme mondialisé » paru dans le *Land* du 18 mai 2018

tungen und Schule. Dass diese Maßnahmen den Gegnern nicht passen, ist selbstredend. Wer solche Grundrechte nicht anerkennt, verstößt jedoch gegen die UN-Menschenrechts-charta von 1948, die das Recht auf Bildung und Wohlfahrt festschreibt.

Fälschlicherweise, aus Ignoranz oder Böswilligkeit, behaupten die Gegner des Paktes, dass er rechtlich bindend sei oder sich aus ihm ein völkerrechtliches Gewohnheitsrecht ableiten lasse. Diese Behauptungen sind allesamt falsch! Fakt ist, dass er keinen Staat rechtlich bindet und ihm das Recht aberkennt, eigene Migrationsgesetze zu verabschieden. Das wird nicht nur in der Präambel unterstrichen, sondern an mehreren Stellen im Text wiederholt. Dieser Pakt ist eine Absichtserklärung!

Ob man Migration positiv oder negativ bewertet, man muss sich mit ihrer Existenz und der Tatsache, dass sie allein aufgrund des Klimawandels noch zunehmen wird, abfinden. Es erscheint demnach logisch und sinnvoll, Migration sicher und geordnet zu organisieren. Dazu muss man sich aber an Fakten halten und all jenen, die versuchen, mit rechter Diktion diesen Pakt zu zerreden, Einhalt gebieten.

In diesem Sinne freut es mich, dass wir in Luxemburg in einem weltoffenen Land leben und dass jene, die vor den Wahlen Angst mit Ausländern, Flüchtlingen und Überfremdung schüren wollten, von den Wählerinnen und Wählern nicht belohnt wurden.

Die kleine Zeitzeugin

Die Menschen da draußen



Was sie wohl fühlen, die Menschen da draußen?

Michèle Thoma

Im „ZDF-Mittagsmagazin“ werden zwei Dokumentarfilmer interviewt, die durch Deutschland gereist sind mit dem Ziel, die Stimmungs- und Gefühlslage der Bewohner_innen zu erheben. Sie betonen, dass es ihre Absicht gewesen sei, zu den Menschen zu gehen.

Da es sich weder um einen Tierfilm handelt, noch um Botanik oder Geologisches, ist das nicht besonders erstaunlich. Aber diese betonte Hinwendung zu den Menschen hat eine missionarische Note; nach Exotik klingt sie auch. Als wären die beiden Filmemacher auf der Suche nach Aliens oder einem sterbenden Stamm gewesen. Vor allem aber hatten sie es auf eine bestimmte Menschensorte abgesehen, nämlich, wie sie öfter sagen, die da draußen und die unten. Sie wollten, wie einer der beiden erklärt, herausfinden, „wie die Menschen unten denken und fühlen“.

Brauchen Reporter wirklich eine Deutschland-Safari, um mitzukriegen, wie ihre Landsleute drauf sind? Gab es nicht mal rasende Reporter_innen, die unterwegs waren, mal hier, mal da, neugierig, wach, am Puls der Gesellschaft, die Veränderungen, die in der Luft lagen, wahrnehmend? Klar gibt es in komplexen Gesellschaften mit einem breit gefächerten Bevölkerungsspektrum Schwerpunkte, denen Medienschaffende sich widmen.

Nicht jede_r kann alles, klar. Alles ist rätselhaft, Wissenschaftlerinnen und Künstler nähern sich dem Allervertrautesten mit dem fernsten Blick. Der Blick, den die Wortwahl vom Denken und Fühlen derer da unten voraussetzt, ist aber nicht poetischer Entrücktheit geschuldet. Eher gedankenloser Distanziertheit. Es ist der Blick der Arroganz, auch wenn die beiden jungen Dokumentarfilmer engagiert, interessiert, alles andere als überheblich wirken. Arroganz, von der ist ja im Moment so viel die Rede.

Denn wieder mal liegt der Fokus auf einer Spezies Mensch, die wieder mal für großes Erstaunen sorgt – zumindest bei jenen, die sich nicht gleich in ihr wiedererkennen. Wieder einmal geht das große Wundern durch die Medienlandschaft und die Politik, sie schicken ihre Übersetzer_innen los, die ihnen Mensch übersetzt. Diese Menschen sprechen nämlich so schlecht, so schlicht; oft ist ihre Sprache etwas grob, und was sie reden, entbehrt jeder Finesse. Banalitäten. Sitzt eine/r von ihnen oder sitzen gar zwei in einer Talkshow, ist es etwas ermüdend, zuzuhören, so langweiliges Zeug, Benzin und Mini-Renten, diese ungelenken Artikulierungen. Zwischen den silberhaarigen Philosophen und den Politologinnen wirken sie so grobschlächtig, oft fehlen ihnen Zähne.

Anscheinend handelt es sich um die Menschen da draußen. Sie sind sogar von draußen, nämlich vom Land, aber dieses Land scheint nichts zu tun zu haben mit Land aus französischen Filmen, in denen Frauen mit Strohhüten und gut gereifte Männer den Rotwein ihres Lieblingswinzers entkorken. Oder sie sind aus der Peripherie, jener Gegend ohne Flair, ohne Gesicht, einer urbanen Metastase. Wer hat schon Peripherie als Identität? Da kommen die her! Die meisten. Diese Metastasierung wird gerade fieberhaft untersucht.

Denn plötzlich sind sie auf der Straße, die kleinen Männer von der Straße und die kleinen Frauen, die mit den kleinen Renten. Die Menschen da draußen sind plötzlich draußen, sie sind plötzlich unübersehbar, in ihren Westen, die in die Augen stechen. Sie zeigen es allen, sie zeigen sich. Sie legen ein Armutszeugnis ab, die Scham ist vorbei, die Scham der Armut, die Armut spricht, und was sie sagt, ist beschämend.

Und plötzlich hat die Armut, ein Wort, das schon lang verbannt war aus dem Wortschatz der Länder, die nicht müde werden, sich reich zu nennen, eine Menge Fan_innen. Eine Menge Likes, Klicks, ein Künstler wirft den kleinen Leuten Kuss-händchen zu, „je vous aime“, sagt er.

Werden die unattraktiven Menschen aus den unattraktiven Gegenden jetzt die Maskottchen der plötzlichen Armutsverstehere_innen? Die, die immer das Falsche sagten, die Falschen wählten, nicht mal richtig schreiben können. Die nur schimpfen. Die immer die Falschen waren.

Sie waren so out, diese Menschen draußen.

Plötzlich sind sie in.

Zoom op d’Sprooch

François Schanen

Heiansdo ginn an de Klassenzëmmeren an de Sproocherubrike Päckelcher vu Froen iwwer déiselwecht Elementer an Aspekter vun eiser Sprooch gestallt. Sou zum Beispill a leschter Zäit iwwer déi lexikalesch Variante vum sougenannte *Schnësse*-Programm oder am Infodesk vun der Uni iwwer de Gebrauch vum Infinitiv mat *fir ze* als „Nominalform vum Verb“. D’Definitioun „Nominalform vum Verb“ fir den Infinitiv ass jo net falsch¹, mee d’Perspektiv ass bestëmmt ënnerschiddlech, jee no der Syntax, déi an der Analys applizéiert gëtt: déi traditionell Wuertaarten-Syntax oder eng méi rezent Phrasen- oder Gruppegrammaire.

D’Infinitivform besteet aus der Perspektiv vum *Signifikant* (Bedeutungsträger) op d’mannst aus dem Marker *-en/-n/-nn* als Endung vun engem lexikaleschen Deel, deen ëmmer e Verb ass: *lies-en*, *do[e]-n*, *gi-nn*. Dëse lexikaleschen Deel kann och a senger Form a Bedeitung komplex sinn. *All Owend e puer Säfte lies-en*; *all Owend lies-en*; *e puer Säfte lies-en* sinn dräi „Predikater“, déi jeeweils eng selwecht Basis (*liesen*) als Kär hunn, an déi eventuell mat engem thematesche Sujet eng „logesch Proposition“ bilden: *de Schüler* (NG Subjekt) // *all Owend e puer Säfte lies-* (Predikat) *-en*.

Déi infinit Endung *-en* vum Infinitiv gëtt am aktualiséierte Verbalgrupp NG+Predikat duerch déi finit vun der Persoun (3.) – Numerus (Sg.) ersat: (*datt*) *de Schüler all Owend e puer Säfte lies-t*. Dës Zort vun Infinitivgrupp, deen also aus engem (einfachen oder komplexen) Predikat mat oder ouni Memberen plus enger Endung *-en/-n/-nn* besteet, huert net déiselwecht Struktur wéi zum Beispill d’Konstruktioun GN (Akkusativ)+Infinitiv: *Ech hunn hie jätzen héieren*. *Et huert mech gefreet, si ze gesinn*. Well an där ass de GN am Akkusativ och logesche Subjekt am Infinitivsatz („proposition infinitive“): *ech hunn hien héieren: e jätzt / en huert gejaunt!*

Déi éischt Zort vun Infinitivgrupp fënnt een a verschidde Funktiounen, zum Beispill als Ausso (Interrogativ): *Firwat net zesumme reesen?*; (Injunktiv): *Opstoet, w.e.g.*; als Member an engem VG (Subjekt): *Et ass net gutt mat deem Kärel Kiischen iessen*; (Predikativ): *dat Bescht ass, hei ze schlofen*; (Objekt): *D’Kënnche ka scho goen*; als Member an engem anere Grupp: NG (*d’Angscht [fir] de Leit d’Wourecht an d’Gesicht ze soen*: Inhaltssaz: complétive); PrepG (*Ech denken net drun, [fir] de Plang matzehuelen*: Inhaltssaz complétive) AdjG (*Ech war frou, [fir] hatt ze gesinn*).

Intressant sinn déi Infinitivgruppen, déi mat „ze“ als Member an en anere Grupp ageschachtelt si mat *fir ze*, *ouni ze* oder (*am*)*plaz ze*. Déi am Infodesk vun der Uni gestallte Fro betrëfft

Eiser Lidder, fir mat ze sangen a mat ze spillen... Léiwe Kleeschen, bréng äis Saachen allerhand, fir ze kucken, fir ze schmaachen aus dem schéinen Himmelsland

grad den Infinitiv mat *fir ze* a Beispiller wéi: *Ech hu keng Zäit, fir all Dag Sport ze maachen* an *Ech hu keng Zäit, all Dag Sport ze maachen*. D’Fro ass: Wéini ass „fir“ bei „fir ze“ fakultativ?

Dem Caroline Döhmer seng Äntwert mécht Sënn, dofir léien ech mir bei hir och e puer Beispiller aus: *fir* ass eng Prepositioun oder Subjunktioon; *fir all Dag Sport ze maachen* ass also an enger Gruppegrammaire e Prepositiionalgrupp mat engem Final(Zil- oder Zweck-)Komplement. *Ech ginn dir e Bic fir ze molen*: Fir dréckt den Zweck (oder och de Grond) aus; *ze* dogéint ass nëmmen e Marker vum Infinitiv-Komplement. Dat ass aus semantischer Hisiicht dann och esou bei der Basis vum Konjunktiionalgrupp *fir datt + VG*: *Ech ginn dir e Bic, fir ze molen*. Am Normalfall ass d’Konstruktioun mat *fir ze* nëmme méiglech bei selwechem Subjekt. *Ech ginn dir e Bic, fir datt s de mole kanns* (Zweck). Oder ganz allgemeng: *de Bic ass fir ze molen!* De Final-Präpositiionalgrupp *fir ze* ass da Member am NG Bic.

Bei vereenzelte Konstruktioune kann een also einfach *ze + Infinitiv(grupp)* oder *fir ze + Infinitiv(grupp)* benotzen, wéi am Beispill: *Ech hunn näischt méi (fir) z’essen am Haus, mee ech hunn och keng Zäit, (fir) akafen ze goen*. *Fir ze + Inf* ass de Final-Präpositiionalgrupp, *fir datt + VG* ass de Konjunktiionalgrupp. Meeschtens sinn déi zwou Optiounen nëmme méiglech bei Ausdréck wéi *Zäit [fir] ze*, *eppes/näischt [fir] ze* a bei Verben, Substantiver, Adjektiver mat engem Inhaltssaz (proposition complétive; cf. uewen § 3: *d’Angscht, drun denken, frou sinn; kee Mënsch krut si iwwerriet, [fir] erof an de Restaurant ze goen*). Méi einfach ass de Gebrauch vun *ouni ze + Inf* an (*am*)*plaz ze* (+ Inf), déi och eng dräifach syntaktesch Uschlossméiglechkeet zouloossen, awer keng duebel Optiou-

nen: *fir ze molen, fir datt s de mole kanns, Zäit fir Kaffi (ze drénken)*; *ouni weiderzedanken, ouni datt e géif zécken, ouni missen ze zécken; amplaz z’ënnerschreien*.

Den *ze/z’* ass eng weider Schwiregkeet beim Gebrauch vum Infinitiv(grupp). Wann den Infinitiv(grupp) Member an engem syntaktesche Grupp ass, kritt en als Marker *ze* oder *z’* (zu am Däitschen). Dësen *ze/z’* steet virum leschten Infinitiv, oder, wann et e Verb mat enger trennbarer Partikel ass, tëschen der Partikel an dem Rescht vum Infinitiv: *Et ass Zäit ze fueren*. *Et ass Zäit schlofen ze goen/fortzufueren*. *Vergies net, deng Frënn unzeruffen*.

Keen *ze/z’* steet virun den Infinitivformen, déi Konstituent vun zesummegegate Verbformen sinn: *Hatt géif/ging gär an d’Stad fueren*. *Dee Bréif géiferéischt iwwermuer fortgeschéckt ginn*.

Och keen *ze/z’* ass syntaktesch virgesi virum Infinitiv(grupp), dee vun engem Modalverb kënnen, dierfen/däerfen, missen/mussen, sollen, wëllen, wäerten ofhänkt. Ausname sinn net brauchen a weess: *‘t soll een déi aarm Matbirger net stänneg frustréieren*. *Du muss dän Zëmmer botzen, mä unzesträiche brauchst du et net*. *Du brauchst mir net ze schwieren* (Dicks). *Hie weess dat schonn ze veranstalten*.

Den Infinitiv(grupp), dee vu Verben ofhänkt wéi *gesinn, héieren, spieren, fillen* huert och keen *ze/z’*: *Héiers de de Fliger landen? Spiers de säin Häerz klappen?* Eng laang Lëscht vu lexikaleschen Ausdréck, déi aus „Aktiounsart-Hëllefesverben“ an engem Infinitiv besti, wéi *si-che fueren, hëllef kommen, schlofe goen, akafe schécken, fale loossen, stoen/sétze bleiwen, kenne léieren*, oder aner „Phrasemen“ wéi: *Si huert vill Kleeder an hirem Schaf hänken a vill Suen op der Bank leien*. *Deen huert gutt laachen*. *Dat deet ee katzen*. An net ze vergiessen *hunnt, sinn, kréie, ginn + Inf* mat *ze*: *Huet en eppes ze soen?* *Dat Haus ass ze verkafen?* *D’ganzt Duerf war do ze glotzen an sech ze wonnere*. *Et gëtt nach vill ze maachen*; a mat *fir ze + Inf*: *‘t ass nëmme fir ze schmaachen*, *‘t ass fir ze baschten*, *‘t ass fir geckeck ze ginn*.

¹ An enger Gruppegrammaire huert de Nominalgrupp véier grammatesch Kategorien (Genus, Numerus, Kasus, [In-]Definitheet), andeems den Infinitiv(grupp) där nëmmen zwou huert (Aspekt-Phas: D’Buch geschwënn drécken -> d’Buch scho gedréckt hunn; Genus Verbi: Aktiv / Passiv: d’Buch drécken -> d’Buch gedréckt gëtt -> d’Buch gedréckt kritt -> d’Buch gedréckt ass). Cf. Schanen/Zimmer: *Lëtzebuergesch Grammaire*, (Schortgen) 2012, Kapitel 16, § 218. Anerersäits kann den Infinitiv(grupp) och nominaliséiert ginn, da selbstverständlech mat véier Kategorien: Neutrum; meescht Numerus Sg; Kasus; meescht Sg. (*nomen actionis* – allgemeng Handlung – oder Plural fir zielbar Bezeichnungen: *d’lessen, d’Sendung*).



Den Opruff vun de Kanner un de Kleeschen ass e Beispill fir Infinitivformen mat *fir ze*



S'il est vrai que l'avenir de l'homme est la femme, les Iraniens en ont un radieux devant eux, pris aujourd'hui entre un président américain sans conscience historique et des religieux pour qui la liberté est un vain mot

Voyage en Iran

Un foulard, ça glisse, ça se remonte

Lucien Kayser

C'est au début du mois d'octobre, moment du voyage, qu'un nouveau train de sanctions, une nouvelle série d'embargos sont entrés en vigueur, malgré la réticence, voire le jugement négatif de la Cour internationale de justice. Mais le président américain a tenu bon, Trump ne veut rien de moins que de faire plier, non, carrément rompre l'Iran qui devrait mettre le cyprès dans son drapeau. Cela porte maintenant sur la vente de l'or noir, et seuls huit pays, choisis comment, dont l'Italie, peuvent continuer à en acheter, momentanément. Ce qui revient évidemment à mettre sous pression le marché du pétrole.

À lire les journaux iraniens, les deux qui paraissent en anglais et sont sous le contrôle de l'État et du gouvernement (avec des nuances entre les deux, attendons les prochaines élections présidentielles pour remplacer Rohani, le modéré, réélu en mai 2017), dans leurs articles saluent toute visite d'un ministre européen, dans leurs commentaires demandent toutefois que l'Europe fasse plus, notamment sur le Special Purpose Vehicle, sorte de chambre de compensation (voir d'*Land* 47/18).

Pour le moment, dans les villes, dans la vie de tous les jours de la population, les choses ne semblent guère avoir changé. Mais les voitures Peugeot, en majorité aujourd'hui, ne sont plus vendues en Iran, et Total par exemple est remplacé par un groupe chinois dans le plus grand projet gazier du monde. Autrement, il faudrait encore payer des dizaines de milliards de dollars si l'on maintenait les transactions. Au nom de la loi ou du bon vouloir américains.

Les relations entre pays ne sont évidemment pas exemptes, au-delà d'intérêts, de psychologie. Et celle-là n'a qu'à gagner de la connaissance historique, conscience qui donne du respect à un peuple au passé lointain et glorieux. Conseillons donc à tels hommes politiques, à défaut d'État, de faire un tour à Persépolis, ville incendiée qui témoigne toujours de la puissance de la Perse antique. La parade des Immortels, le cortège des représentants des peuples valent la frise des Panathénées.

1 Non, on ne va pas faire l'inventaire d'un guide touristique. Pour saisir la majesté des ruines de Per-

Impressions, bien sûr à vérifier, à étayer, de Téhéran à Shiraz, en passant par Ispahan

sépolis, il suffit de passer la porte des nations avec ce qui reste de ses sculptures gigantesques, de jeter un ample coup d'œil du haut d'un des tombeaux creusés dans la montagne : le plateau prend alors un air de chantier moderne, alors que les fouilles n'ont toujours pas livré tous les secrets. Une leçon s'impose : les rois achéménides étaient censés tenir leur pouvoir directement du dieu Ahura Mazda, rien de changé donc depuis les temps préislamiques. Le politique et le religieux vont la main dans la main, en attendant quel siècle des lumières à venir.

À la mosquée de l'imam, à Ispahan, difficile d'y échapper, au « friendly talk » avec un mollah. Très poli, trop peut-être, mielleux, après qu'un gâteau sec a été offert. On se laisse plus volontiers ensorceler par le charme chatoyant des faïences, et se tourne vers les artisans, avec leurs moyens de bord, ils réparent et restaurent. Mais pourquoi dénier à la place royale, centre symbolique de la dynastie safavide, son attrait, celui des bâtiments qui l'entourent, son allure, elle servait autrefois aux grands tournois de polo, comme le

montrent toujours des poteaux de but en pierre, comme aux exécutions capitales.

D'une quinzaine de jours, il ne restera pas seulement les souvenirs de tels hauts-lieux. Des jardins ont attaché au moins autant, de même les ruelles du village de montagne d'Abyaneh, les ruines de la citadelle de Naïn, les temples du feu, les tours du silence des Zoroastriens qui pour empêcher de souiller la terre y exposaient leurs défunts pour les faire dévorer par les vautours et livrer leur âme au vent. Jusqu'aux déserts offrent des paysages séduisants, dans le jeu des strates de sable, dans celui des lumières changeantes. Et l'on fait halte à un caravansérail nommé Zin od-Din, le nom ne vous dit rien, francisé en Zinédine...

2 Tout voyage en Iran commence par une mascarade, un déguisement ; dès que l'avion freine à l'atterrissage, voilà que les femmes à bord, sauf quelques-unes qui s'étaient pliées depuis toujours à l'accoutrement, sortent leur foulard. On en reste heureusement au hidjab, voile qui couvre la tête et les cheveux, mais pas le visage (c'est l'affaire du niqab). Plus tard, dans les allées des bazars, les femmes seront nombreuses, et ce n'est pas seulement une question d'âge, à porter le tchador ; il n'est pas obligatoire, sauf pour quelques mosquées et même les Européennes devront s'y soumettre, il a été porté avant l'avènement de l'islam, n'empêche, il fait ressembler un regroupement de femmes, leurs pas, leurs mouvements en s'en allant, à un dessin de Paul Flora et l'envol d'un essaim de ses oiseaux préférés.

Dira-t-on que les femmes iraniennes, les jeunes quand même en majorité, s'en sont accommodées, comment faire autrement, pour échapper aux pasdaran, aux gardiens de la révolution, et arrivent même à en tirer des effets de séduction. Il y a d'abord le fait de bien choisir son hidjab, un foulard plus léger, des teintes pastel ; et puis volens nolens, un foulard, ça glisse, laisse voir un court moment plus de mèches qu'il n'est permis ; enfin, il faut le remonter, et le geste de la main est loin d'être innocent, en dit long. Des jeunes femmes vont jusqu'à enlever carrément leur foulard dans une salle de prières et se font photographier tête nue. Fantasma masculin,

peut-être, je ne crois pas, les preuves existent. Et l'on verra plus loin tout ce qu'on peut rattacher à la chevelure, on n'exagérera jamais sa charge sémantique et séductrice.

Puisqu'il est question de femmes, plus encore que les Iraniens en général, elles sont ouvertes à connaître l'étranger, au dialogue. Malgré l'obstacle des langues. Et je ne vois pas où notre petit groupe, de huit personnes, aurait pu être mis à contribution de telle sorte pour prendre des photos, les uns se mêlant aux autres. On est loin, très loin de la méfiance attribuée à l'islam à l'égard des images. Décidément, Idriss, le jeune berger de Tabelbala pris en photo par une touriste, à qui Michel Tournier, dans la *Goutte d'or*, fait traverser la Méditerranée pour récupérer son identité, n'a rien en commun avec ces enseignantes croisées à plusieurs reprises, d'une halte à l'autre. Sa quête à lui ne peut être que décevante, se perdant dans la grande ville moderne ; contre l'image, il lui restera le retour à la parole et au signe abstrait.

Parole de poète, en l'occurrence Louis Aragon, dans *le Fou d'Elsa*, qui veut que l'avenir de l'homme soit la femme. À voir le comportement des femmes iraniennes, leur ouverture d'esprit, leur esprit d'initiative, il n'y a pas à craindre pour l'avenir su pays. Si tant soit peu le couvercle qui pèse laisse passer un peu de ciel bleu.

3 Il n'est pas de façon plus appropriée de quitter l'Iran que d'aller faire un tour du côté du mausolée de Hâfêz, en face du parc Melli, à Shiraz (et de s'étonner de suite que les gens doivent payer pour rendre hommage à l'auteur du Divân, qui est avec Saadi le poète le plus populaire du pays. L'un au XIII^e siècle, Hâfêz au XIV^e, les deux ont initié le ghazal, poème de l'amour, physique et mystique, dans un langage accessible, non dénué toutefois d'élégant mystère auquel on prête des fois un message ésotérique. Cela dit, Hâfêz sait être direct, et je soupçonne, si tel distique évoque comme un concours de poésie parlée, qu'on n'en soit pas restés là : « La nuit dernière en notre cercle on fit le récit de Ta chevelure/ Jusqu'au cœur de la nuit on parla de la chaîne de Tes cheveux ». Ah, les religieux savent bien ce qu'ils font, ils ont lu Hâfêz, qui ne le cède pas à Baudelaire, aux souvenirs qui

dorment dans la chevelure, où le moi poétique plongerait sa tête amoureuse d'ivresse.

L'ivresse, c'est tout ce qu'ils abhorrent, qu'ils rejettent, de quelque nature qu'elle soit. Mais soyons justes, c'était l'attitude déjà bien avant. Celle qui a renouvelé le ghazal au XX^e siècle, morte hélas à l'âge de 32 ans, en 1967, dans un accident, Forough Farrokhzad, traduite en français aux éditions des Lettres Persanes (on ne pouvait trouver mieux comme appellation), cette poétesse a dressé son lyrisme moderne contre une société répressive à qui la sexualité a toujours servi pour la domination. Farrokhzad, pour qui son commentateur Christian Jambet parle « d'un corps vivant de l'esprit de la poésie », et ce corps parle haut et fort, n'a pas hésité à s'exprimer en tant que femme : « Je viendrai, j'émergerai/ avec mes cheveux charriant leurs senteurs sédimentaires... J'ai péché, péché dans le plaisir/ dans des bras chauds et enflammés ». Et Farrokhzad ne méconnaît pas le danger auquel elle s'exposait déjà naguère, elle le défiait, et son ordre est sans appel : « Ne scelle pas mes livres au cadenas du silence ».

Fateme Ekhtesari est née une vingtaine d'années après la mort de Farrokhzad. Plus radicale donc, dans la revendication, dans son expression. Et les risques étaient devenus plus gros. Elle a été arrêtée, condamnée comme son compagnon à une centaine de coups de fouet et une dizaine d'années de prison, on sortait à peine de l'époque noire d'Ahmadinejad, et ils avaient été accusés d'avoir insulté le sacré, en plus de propagande contre le régime, et chose aggravante, ils s'étaient embrassés. Ils ont pu fuir fin 2015. Il est des choses avec lesquelles on ne plaisante pas, et tous les tartufes du monde s'accordent là-dessus.

PS qui n'a rien à voir, et pourtant : notre jeune guide, compétent, prévenant, une belle idée qu'il se fait de la France, le pousserait à y poursuivre ses études. Juste au moment où il en parle, le gouvernement français projette de faire monter les droits d'inscription des étudiants extra-communautaires, de 170 à 2 770 euros par an en licence, de 243 et 380 à 3 770 en master et en doctorat. Et Monsieur Philippe de situer ces mesures dans une stratégie d'attractivité. À pleurer un grand coup, à éclater de rire quand il sera question prochainement de francophonie.



Voilà, c’est fini ! Ce lundi, la majorité CSV/DP/Verts d’Esch-sur-Alzette a scellé le sort du cinéma Ariston, à deux pas du Théâtre, en refusant de l’acheter au propriétaire actuel, les Œuvres paroissiales Sacré-Cœur, parce que l’entreprise serait tout simplement trop chère, affirma le maire Georges Mischo (CSV) lors de la réunion du conseil communal. Alors que l’ancienne majorité de gauche avait envisagé l’acquisition de l’immeuble, qui comprend, outre la salle de cinéma (à l’arrêt depuis deux ans), aussi des salles de réunion et une piste de jeu de quilles au sous-sol (voir d’*Land* 33/18), Mischo avait fait évaluer le prix de l’immeuble et de sa restauration et juge son coût excessif : entre 8,5 et neuf millions d’euros. En vue de l’année culturelle 2022, cette infrastructure culturelle supplémentaire en plein centre-ville aurait pourtant pu arranger les organisateurs. jh

Sam Reiter

Politique

Stoppt de Bagger !

Ils ont une adresse URL (*mouvement-patrimonial.lu*, non encore fonctionnel), un logo, des statuts déposés en bonne et due forme au Registre de commerce, un comité (entièrement masculin) et un nom qui fait plutôt penser au département *private banking* d’une société financière. « La protection de notre patrimoine bâti constitue toujours et encore l’enfant pauvre de la politique culturelle au Grand-duché », affirme le communiqué annonçant le lancement de la nouvelle association sans but lucratif Mouvement patrimonial, ayant son siège à Luxembourg et présidée par Paul Ewen. Sa constitution étonne, non pas qu’il n’y ait pas urgence en la matière – sous la pression inouïe du marché immobilier, le patrimoine bâti disparaît à vue d’œil (photo de ce qui reste de maisons mitoyennes rue Glesener : TPC) –, mais parce qu’il y a déjà un certain nombre d’acteurs similaires, comme l’asbl Sauvegarde du patrimoine, dans laquelle milite l’infatigable Jochen Zenthöfer. Mouvement patrimonial demande que soient mis en place des critères scientifiques pour la protection du patrimoine, une politique d’acquisition par la main publique ou l’établissement d’un Fonds national du patrimoine bâti. jh



Cinéma

Biblique

On dirait une Cène classique sur cette image, diffusée par Samsa Film sur les réseaux sociaux. Au centre, le patriarche bien sûr, André Jung, entouré de jolies jeunes femmes, Sophie Mousel à sa droite, Fabienne Hollwege à sa gauche. Derrière eux, le maître de cérémonie : Luc Feit, et le serveur, Martin Engler. *De Buttek*, en tournage actuellement, est un expériment : toute l’équipe est enfermée ensemble durant quinze jours (comme dans un conteneur de télé-réalité) et le film se tourne sur les improvisations des acteurs et actrices sur place, autour de leurs personnages respectifs (celui d’André Jung est un commerçant qui veut céder son magasin à ses héritières), auxquels le réalisateur ajoute des événements perturbateurs imprévus. Financé à hauteur de 918 000 euros par le Film Fund, *De Buttek* est un cadeau de Feit à ses confrères et consœurs, pour l’amour du jeu d’acteur. jh

Ricky & Gretchen

Le court-métrage *The bitter and the sweet* de la photographe et réalisatrice luxembourgeoise Ann Sophie Lindström remporte un *Deutscher Kurzfilmpreis* dans la catégorie documentaire. Il raconte l’amour d’un couple frappé par la crise. jh

Politique

Casse-cou

Alors qu’aucune solution à la crise financière du secteur audiovisuel n’a été ébauchée depuis l’automne, le Film Fund émet un signal fort en soutenant 18 projets de longs-métrages ou de séries lors de sa session de fin novembre. Ainsi, il engage 7,8 euros d’aides financières directes, dont 3,1 sur cette année et déjà 4,7 millions sur le budget de 2019. Le directeur Guy Daleiden semble donc avoir l’aval de son ancien et nouveau ministre de tutelle, Xavier Bettel (DP), qu’une rallonge budgétaire sera accordée au secteur. Le programme de coalition publié lundi promet que des « réformes seront analysées et, le cas échéant, mises en oeuvre pour permettre l’amélioration de la gouvernance, des critères de sélection des productions et du fonctionnement du Film Fund ». L’audit devrait être rendu public avant la fin de l’année. Que des améliorations sont nécessaires se lit dans les décisions prises la semaine dernière. Ainsi, alors qu’une aide à l’écriture pour un long-métrage se situe normalement entre 30 000 et 60 000 euros, Fabrizio Maltese reçoit 86 295 euros pour son projet de documentaire *Three Lakes* – il est le partenaire dans la vie de Boyd Van Hoeij, désormais président du comité de sélection. Ce qui laisse un goût amer de favoritisme, bien que Guy Daleiden assure que Van Hoeij n’était pas présent pour les délibérations sur ce projet. Nicolas Steil, le producteur d’Iris et secrétaire de l’Ulpa, se voit attribuer 120 000 euros d’aides à l’écriture en tant qu’auteur et réalisateur d’une adaptation de *Drohnenland* de Tom Hillenbrand en tant que série, alors même que son adaptation de *Teufelsfrucht*, du même romancier, et pour lequel il avait également reçu une aide à l’écriture, n’en est encore qu’au développement. Mais peut-être que c’est le prix à payer pour calmer ses ardeurs militantes. jh

Politique

Une ministre rock’n roll

C’est avec un grand *ouf* ! de soulagement que la scène culturelle accueille la nomination de Sam Tanson (*1977 ; Déi Gréng, photo : sb) au ministère de la Culture. Parce qu’elle a vraiment voulu le ressort, parce qu’elle est ministre et non secrétaire d’État, et surtout parce qu’elle a déjà été vue au concert, au théâtre, au cinéma (le réalisateur Loïc Tanson est son frère), lors de vernissages ou promouvant des livres qu’elle aimait sur les réseaux sociaux. Cette juriste (Sorbonne) et politologue (IEP) a commencé sa carrière comme journaliste chez *RTL Radio Lëtzebuerg*, avant de rejoindre le barreau de Luxembourg, en parallèle à une carrière politique. Où elle a très vite grimpé tous les échelons : conseillère communale, présidence du parti, échevine, conseillère d’État, puis, cet été seulement, députée (où elle posa des questions parlementaires sur des sujets culturels, comme le Film Fund ou la Villa Louvigny). Son excellent score au Centre le 14 octobre (elle se classa deuxième des Verts, derrière Bausch) rendait son entrée au gouvernement inéluctable. Première écolo aux manettes de la Culture, elle arrive au Terres Rouges après deux ou trois mandatures de responsables politiques mal-aimés et aura la tâche délicate de pacifier un secteur qui se sent incompris. L’accord de coalition dédie neuf pages à la politique culturelle, avec, plutôt que de grandes annonces, quelques engagements clairs : *pour* le patrimoine (la réforme de la loi sur sa protection est toujours pendante), *pour* Esch 2022 capitale européenne de la culture, *pour* un nouveau bâtiment pour les Archives nationales et *pour* la finalisation du projet d’une Galerie nationale d’art moderne luxembourgeois. Le gouvernement Bettel/Schneider/Bratz II peut fonder sa politique culturelle sur l’analyse du *Plan de développement culturel* de Jo Kox et envisage la création d’un bureau Luxembourg for Culture (LAC), une sorte d’Arts Council, qui défendrait la scène comme le fait Luxembourg for Finance pour la place financière. Les projets les plus originaux sont l’engagement clair pour la création d’espaces de travail pour artistes et en faveur d’un accès élargi des publics, aussi les plus éloignés, à la culture. La juriste Tanson a également pour ambition d’« optimiser le régime fiscal des artistes et entreprises culturelles ». jh



Musiques

The head in the stars and your ass will follow

Les Rotondes frappent un grand coup en programmant ce soir le saint du saint du space-disco. Venu du Nord norvégien, Hans-Peter Lindström peaufine depuis près de quinze ans une disco cosmique qui s’écoute autant qu’elle se danse. Grand adepte d’arpèges aussi savants qu’infectieux de synthétiseurs analogiques, le guru construit ses morceaux patiemment en emplant avec un rigoureux savoir-faire les éléments pour des montées aussi sensuelles qu’hypnotiques. Ce faisant, il n’oublie jamais de rester mélodique tout en agençant tensions et relâchements avec brio et fluidité. Chose rare dans le genre, Lindström emporte l’adhésion en insufflant dans ses morceaux un énervant mélange de priapisme et de candeur. da

Le retour des fils prodigues ?

La Rockhal convie pour la quatrième fois The Prodigy ce samedi 8 décembre. La formation britannique a été un des maillons essentiels de l’explosion de la musique électronique dans les années 90 et de son exposition médiatique tant que festivalière. À l’époque, les *breakbeats* incendiaires de Liam Howlett, leur maître à penser, et l’énergie punk-rock sont d’une efficacité terrifiante et implacable asseyant ainsi la transition d’un public de *rave* vers une tranche plus rock voire grand public. Leurs brûlots 90’s n’ont certes rien perdu de leur superbe, mais le groupe est depuis quinze ans (et son quatrième album) en roue libre et se contente de caricaturer péniblement sa flamboyance passée. da

Art contemporain

Is that all there is, James ?

josée hansen

« *I had so had enough I want another.* » *Sophie Jung*

Pour entrer dans l'espace du rez-de-chaussée du Kunstmuseum Basel/Gegenwart, dans la pente vers le Rhin, Sankt-Alban-Rheinweg 60, il faut descendre quelques marches. Le pentagone ressemble à une esquisse de maison, mais est très difficile comme espace d'exposition, entre piliers portants, grandes fenêtres et néons agressifs. C'est pour cela que l'artiste helvético-luxembourgeoise Sophie Jung a eu l'idée géniale de revêtir le sol de miroirs, ce qui dissout toute notion d'espace, entre le haut et le bas, le sol et le plafond. Vendredi 30 novembre au soir, on y entre comme dans un véritable palais des glaces. Le public longe les murs, s'installe entre les œuvres, debout, assis, comme il peut. Il est nombreux, ce public, presque 400 personnes ont accouru pour assister au vernissage de l'exposition de cette jeune artiste qui a grandi à Bâle. Une voix siffle sans cesse une mélodie familière, d'abord intrigante, puis agaçante.

Entrent Sophie Jung et son partenaire Peter Burleigh. Elle porte sa combinaison couleur peau, les tétons protégés par des autocollants ; lui est en smoking élégant. Il sera James, le serveur de madame, qu'il prend soin de vite habiller d'un grand tissu blanc, entre robe et cache-misère. Sophie s'installe sur la méridienne en vieux rose placée à l'entrée de la salle, sort son téléphone portable et commence à lire : « Enter Leadeyes and Gentlment I mean mes Dames and Messies meine Damn enunciErren your dried out dripping [...] I thanked her and left I thanked you and right, I should have lingered to share the pain ta pretty picture... » Pendant ce temps-là, James travaille, monte sur l'échelle, fait des cocktails, amène des gâteaux. Parfois, elle se lève, traverse la salle, s'installe elle aussi dans une œuvre, se pâme d'ennui. Entre splendeur et décadence, rodomontades et désillusion, Sophie Jung incarne *The bigger sleep* pour l'inauguration de son exposition éponyme, organisée par le musée dans le cadre de l'attribution du Manor Kunstpreis, un des plus importants prix d'art suisses (elle a déjà reçu le Swiss Art Award et le Luxembourg Encouragement for Artists Prize en 2016).

Plus elle avance dans sa carrière, plus il devient clair que Sophie Jung est à la fois une artiste

Entre rodomontades et désillusion, splendeur et décadence, Sophie Jung expose au Kunstmuseum Basel, pour la remise du Manor Kunstpreis

plasticienne (qui voudrait que ses sculptures et installations faites de bric et de broc et de souvenirs personnels soient prises au sérieux aussi), une performeuse et une auteure. Car ses textes, elle les écrit elle-même, dans un anglais à la complexité ludique, qu'elle manie avec ce mélange de précaution et d'ambition propres aux *non-native speakers*. Durant 45 minutes ce soir, elle nous emmène dans un monde fait de grandeur passée, dans l'ennui d'une aristocrate désargentée comme tombée d'une autre époque.

Si la présentation de l'exposition renvoie expressément au roman noir *The big sleep* de Raymond Chandler (1939) et à son adaptation au cinéma par Howard Hawks (avec Humphrey Bogart et Lauren Bacall), c'est plutôt une autre référence qui nous vient à l'esprit lors de la performance : Sophie Jung, que James doit appeler « milady », rappelle plutôt Vivien Leigh en Scarlett O'Hara dans *Gone with the wind* (Victor Fleming/Margaret Mitchell, 1939), cette grande fable épique sur une riche propriétaire terrienne sudiste qui tombe dans la misère durant la guerre de Sécession américaine. D'ailleurs, la mélodie qui siffle sans cesse cette voix d'homme n'est-elle pas – *Glory glory halleluja !* – la *Battle hymn of the Republic*, l'hymne abolitionniste de cette même guerre de Sécession ?

Alors qu'à Paris, les gilets jaunes s'apprennent à démonter encore une fois les Champs Élysées dans leur colère noire contre les injustices sociales du président, Sophie Jung divague à Bâle sur le *Zeitgeist*, sur un monde dans lequel les différences sociales sont constamment exacerbées – « We need the homeless as a visual symbol » –, où des gouvernements fascistes reviennent au pouvoir et le Fonds monétaire international décide du cours du monde. Entre les injonctions à James d'amener ceci ou cela, de faire à boire ou une promenade, elle divague sur la pollution plastique des océans, la condition féminine, le réchauffement climatique, la réduction du temps de travail, les génocides ou la surveillance numérique.

The bigger sleep est un *coming-of-age* un peu tardif d'une trentenaire qui refuse de quitter trop brutalement l'innocence de son enfance – les peluches qu'elle intègre dans ses installations sont bien abîmées pourtant –, comme une prise de conscience que le monde va mal. « Is that all there is ? » demande-t-elle à la fin de son texte, qui avance par associations et ruptures, comme un « courant de conscience ». C'est la question qu'elle se posa à douze ans, après cette visite du cirque avec ses parents. *Est-ce vraiment tout ce qu'il y a à ça ?* se demanda aussi la jeune Sophie lors de sa première histoire amour. Après toutes ces désillusions, elle est, à la fin, *ready for that final disappointment*.

L'exposition *The bigger sleep* – Manor Kunstpreis de Sophie Jung dure encore jusqu'au 3 février 2019 au Kunstmuseum Basel/Gegenwart ; elle donnera sa performance encore le 16 décembre à 15h30, le 4 janvier à 18 heures, le 18 janvier à 20h30 et le 31 janvier à 18h30 ; la publication d'un catalogue est annoncée ; informations supplémentaires : kunstmuseumbasel.ch.



Souvenirs d'enfance ; Sophie Jung et Peter Burleigh en performance dans *The bigger sleep*

Danse contemporaine

Dance the way I feel

Fidèle à sa tradition de faire découvrir chaque mois au public de nouvelles expériences chorégraphiques dans le cadre de son événement *3 du Trois*, le Trois C-L présentait ce lundi trois nouvelles collaborations en plein processus de création qui seront à retrouver dans leur version finie en 2019. De belles retrouvailles avec certaines figures bien connues de la scène luxembourgeoise, le tout dans une ambiance conviviale et accompagné d'une exposition ad hoc du photographe Bohumil Kostohryz sur le corps en mouvement.

Trois nouvelles collaborations en plein processus de création

Cette dernière, articulée en deux cotés – l'un consacré à la danseuse de butoh Yuko Kominami, l'autre à divers performers dont la chevelure exulte dans le mouvement –, était mise en scène et en lumière de manière très pertinente pour l'occasion, servant astucieusement de trait d'union entre les différentes performances et phases de la soirée. Tout d'abord, le public a pu découvrir la réflexion enjouée du duo composé de la comédienne Larisa Faber et de la chorégraphe Simone Mousset sur les intersections possibles entre théâtre, littérature et danse. Toutes deux très à l'aise dans leur *Dance and plays*, les deux partenaires s'interrogent en mouvement sur l'émergence d'un discours commun entre ces différentes disciplines, jusqu'à trouver un terrain commun potentiel, sur scène à ce moment précis mais aussi et surtout de manière plus générale et pérenne...

Venait ensuite le tour de Sandy Flinto et Pierrick Grobéty qui présentaient un projet de recherche initié déjà en 2017 avec le danseur-chorégraphe Stefano Spinelli. Ce dernier, grimpé en Donald Trump étrange grâce à un masque grotesque et une tenue loufoque pour le personnage, s'adonne à une session de danse effrénée, souvent arithmétique, parfois emprunte des accents saccadés de krump de South LA ou de mouvements plus fluides ; jouant également de codes très premier degré comme la funestement célèbre veste « I don't care » de Melania et ajoutant ainsi à la thématique absurde assumée par Flinto et Groberty. La première de *Vanitas. Live fast, never digest*, dont l'extrait présenté au *3 du Trois* est inspiré mais aussi annoncé comme fondamentalement différent, aura lieu en mars prochain à la Kulturfabrik et incorporera un scénographe, un tatoueur, un acteur, des chanteurs et des musiciens. Enfin, c'est le duo très complémentaire Elisabeth Schilling-Mélanie Planchard qui proposait le projet le plus interactif de l'événement avec *TextureBodyTexture*, un travail combinant un mouvement très organique de la première à une réflexion poussée sur les matériaux de la seconde, le tout traduit sur scène en une osmose particulièrement naturelle. Ainsi, Schilling reproduisait la même séquence chorégraphique enrobée dans cinq matériaux différents – ouate, couverture de survie, papier ou encore « bête de feutre », invitant le spectateur à observer les réactions des différentes matières soumises à une même contrainte physique, la performance étant de plus complétée par une exposition jouant justement avec les sens et les matériaux. La première – à ne pas louper – de cet ambitieux *TextureBodyTexture* aura lieu le 18 avril 2019 au Cercle Cité. Fabien Rodrigues



philharmonie.lu

Festival Queer Little Lies

Selbstfindung

Ines Kurschat

Was ist queere Kunst und welche Rollen belegen Körper, Sexualität und Identität darin, so die Fragestellung des ersten queeren Festivals, das am vergangenen Wochenende im Escher Theater stattfand und vom Theaterkollektiv Independent Little Lies (ILL) ins Leben gerufen wurde.

Ob in expliziten schwarz-weißen Fetisch-Zeichnungen der französischen Trans-identitären Céline Le Gouail, in herrlich ehrlichen Interviews der queer-lesbischen Künstlerinnen des Wiener Club Burlesque Brutal im Film *Femme brutal*, beim Drag King Workshop oder während der Performance der im schweizerischen Zürich lebenden Luxemburgerin Valérie Reding: Der Körper mit seinen Grenzen und Verletzungen, seinen binären Zuschreibungen und aufregenden Energien, in seiner Macht und Ohnmacht war omnipräsent. Mal in spielerischer Pose als an Judith Butler angelehntes *Gender trouble* wie in Redings autobiografischem Stück *Wild Child*, bis das Spiel kippt und zu bitterem Ernst wird, wenn Reding eigene MeToo-Momente verarbeitet. Mal schonungslos und *in your face* im Film *Femme brutal* (2015) der Österreicherin Liesa Kovacs, in dem die Burlesque-Künstlerinnen intime Überlegungen darüber anstellen, was Nacktsein auf der Bühne für sie bedeutet, was es heißt, den eigenen Körper in den Fokus der Show und des Publikums zu stellen, als Projektionsfläche für (die Lust) andere(r) zu dienen und sich dem gleichwohl zu verweigern. Oder melancholisch bis zart in den Kollagen von Laura Pfeiffer. Schließlich explorativ, wenn Festivalbesuchende sich in Werkstätten schreibend und kleidend mit ihren Identitäten auseinandersetzen. Queere Kunst geht nicht ohne die Konfrontation mit Körper, Geschlecht und Gender, so das Motto. Und sei es als ironischer Kontrapunkt in der One (Wo)Man Show *La Nature contre-nature, tout contre* von und mit Camille Pier alias Josie, eine kabarettistische populärwissenschaftliche Annäherung an die sexuelle Vielfalt im Tierreich.

Insofern war es konsequent, dass die Fragen von Moderatorin Sandy Artuso (neben Jill Christophe und Frédérique Colling Festival-Organisatorin) an die Künstler*innen

Der Körper mit seinen Energien und Grenzen, seinen Zuschreibungen und Verletzungen, in seiner Macht und Ohnmacht war omnipräsent

Luxemburgensia

Histoire(s) de psychiatrie

Paul Rauchs

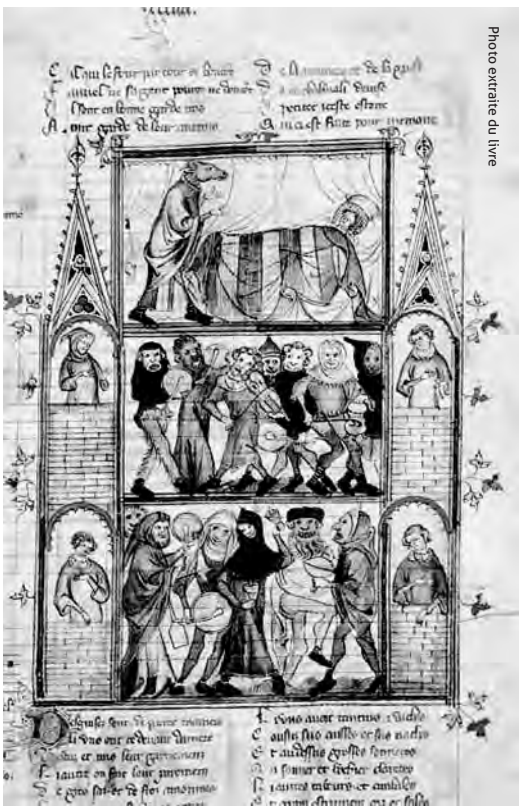
« Moi, mon colon, cell' que j'préfère,
C'est la guerr' de quatorz-dix-huit ! ».

Cette chanson de Brassens pourrait servir de credo à Benoît Majerus, historien à l'Université du Luxembourg et spécialiste justement de la Grande Guerre. L'homme a une deuxième passion, la folie, ou plutôt l'histoire de la folie. La combinaison des deux nous donne aujourd'hui un petit livre que Majerus vient de publier avec Anne Roekens, elle-même professeuse d'histoire contemporaine à l'Université de Namur. Dans *Vulnérables*, le couple peint le sort des patients psychiatriques internés ou hospitalisés en Belgique pendant la Première Guerre Mondiale. C'est un travail d'universitaires, donc à priori austère, mais qui fournit juste ce qu'il faut de graphes et de chiffres. Le lecteur apprend (mais ne le savait-il pas déjà ?) que cette population fragilisée payait un lourd tribut à l'invasion de la Belgique par les casques pointus boches. En cause, la malnutrition voire la famine, la grippe espagnole qui faisait des ravages plus encore qu'ailleurs parmi ces organismes, non pas débilés, mais débilités, et, last but not least, l'évacuation. Il fallait en effet souvent déplacer ces pensionnaires pour pouvoir accueillir dans les hôpitaux soldats et blessés du front, qui n'était qu'à quelques pas.

Pour égayer, si j'ose écrire, la lecture, les auteurs ont introduit l'histoire à demi romancée d'Elise, malade mentale dont la vie se veut, sinon exemplaire, du moins symptomatique du vécu de ses semblables. Elise donne ainsi un visage à tous ces anonymes qu'on appelle aujourd'hui les usagers de la psychiatrie. De Mons à Bruges et des Flandres à la Wallonie, nous rencontrons des « bons », comme Henry Dom, directeur général de la Bienfaisance, qui

se démenait comme un beau diable pour le bien des insensés, et des « méchants » comme le CNSA, le Comité National de Secours et d'Alimentation, fief des libéraux, qui n'accordait que parcimonieusement de la nourriture aux asiles ... aux mains souvent des religieux.

La grande histoire politique rejoint ainsi la petite histoire de la psychiatrie et les petites histoires des patients. Les auteurs se réclament des *subal-*



Enluminure du *Roman de Fauvel* (XIV^e siècle) illustrant les outrances de la « fête des fous »

terns studies qui, en s'intéressant aux humbles et aux astériques, n'en éclairent que mieux la nature et le dessein des puissants. En 14-18, l'indifférence a contribué à faire de la folie une maladie qui tue. Moins d'un quart-de-siècle après, en Allemagne, on s'est mis à tuer activement les malades mentaux. Preuve que l'histoire ne bégaye pas, mais qu'elle crie de plus en fort, et que les historiens, comme les psychiatres, doivent continuer plus que jamais leur travail de Sisyphe.

« En même temps », Majerus nous livre un autre livre, consacré cette fois-ci à *La folie à Paris*. Si le premier ouvrage respecte l'unité du temps, de l'espace et de l'action, le second fait fi de la première unité, car il évoque (plus qu'il ne nous raconte) l'histoire de la psychiatrie à Paris, du Moyen-Âge à nos jours. C'est bien vu, car Paris résume et symbolise (presque) à lui seul l'histoire de la psychiatrie. Après la Révolution Française, et ce n'est pas un hasard du calendrier, Philippe Pinel libère les fous de leurs chaînes à Bicêtre. Quelques années plus tard, le même fonde une nouvelle discipline médicale, la psychiatrie, lançant une véritable OPA hostile sur la philosophie qui occupait jusqu'alors de la folie, parallèlement à la médecine. « Le médecin doit se faire philosophe », proclamait Pinel et intitula fort logiquement son livre-manifeste, paru en 1800, *Traité médico-philosophique de l'aliénation mentale*. Enfin, dans les années 50 du dernier siècle, ce fut à Sainte-Anne qu'on développa les premiers médicaments efficaces contre la folie et la dépression. Dans cette symbolique, il n'y a que Vienne qui puisse rivaliser avec la Ville-Lumière : Sigmund Freud y signa en 1900 l'acte de naissance de la psychanalyse avec la publication de *Die Traumdeutung*, et le Viennois Wagner-Jauregg, sympathisant nazi notoire, reçut le Prix Nobel dans le domaine de la psychiatrie pour

Dans les deux derniers livres de Benoît Majerus, la grande histoire politique rejoint la petite histoire de la psychiatrie et les petites histoires des patients

avoir inventé la malaria-thérapie. En psychiatrie, le meilleur côtoie parfois le pire.

Ce livre est un beau-livre qui ne s'en donne malheureusement pas les moyens. Très didactique, il privilégie la mise en page et fournit une extraordinaire iconographie qui pâtit cependant du trop petit format de l'ouvrage. Il accumule aussi les avantages et désavantages du genre, esquissant l'histoire de la psychiatrie, n'equivant pas ses problématiques et ses ambivalences, la plaçant dans son contexte historique, politique et social, mais ne se donnant pas les moyens d'approfondir les apories qu'il a le mérite de pointer. Il est vrai que c'est la loi du genre, et les spécia-

listes comme les profanes y découvrent et/ou retrouvent maintes anecdotes symptomatiques et révélateurs, tout en regrettant des lacunes, inévitables pour ce genre d'ouvrage. Qu'en est-il par exemple de la phrénologie de Broussais et des querelles qu'elle engendra entre partisans de l'Ancien Régime et des gens qu'on n'appelait pas encore de gauche ? Et de la polémique entre tenants de l'organogénèse et de la psychogénèse, dont Cabanis, militant des premiers, professa que « le cerveau secrète la pensée comme le foie la bile ». Trop succinct et anecdotique pour être un essai, trop petit pour faire un cadeau à glisser sous le sapin, ce livre ferait une excellente « histoire de la psychiatrie pour les nuls » et l'on conviendra que ce n'est pas un mince compliment, la vulgarisation étant, pour l'homme de l'art, parmi les entreprises les plus difficiles et ingrates qui soient.

Le livre se conclut fort à propos sur un « curieux petit syndrome », comme aurait dit l'illustre aliéniste Capgras : le syndrome de Paris. Il frappe des touristes japonais dépayés, décontenancés, bousculés (*ver-rückt*, n'est-ce pas ?) par les lumières et les codes d'une ville qu'ils ne connaissent pas et qui, cependant, s'avère ne pas répondre à leurs attentes. Le rapatriement reste alors parfois le seul traitement, exactement comme dans le cas de la nostalgie qui frappait jadis à Paris les bonnes venues de Bretagne et les demoiselles du téléphone montées du Sud-Ouest. Et c'est ainsi qu'à la fin de son travail, l'historien a retrouvé de nos jours, non sans un certain sens de la poésie, une maladie d'antan.

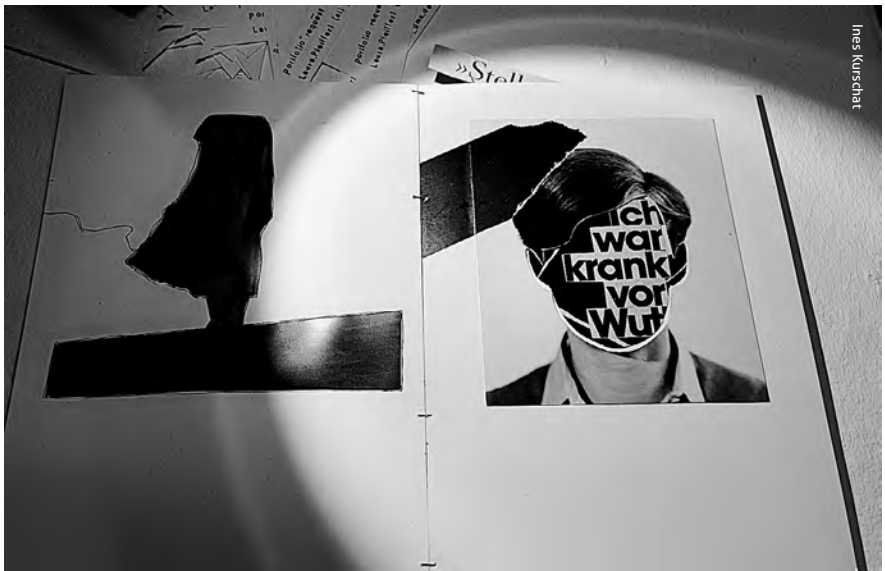
Benoît Majerus et Anne Roekens : *Vulnérables*, Presses Universitaires de Namur, 2018, 106 pages, 18 euros./Benoît Majerus : *La folie à Paris*, Parigramme, 2018, 126 pages, 19,90 euros.



Szene aus dem Dokumentarfilm *Femme brutal* (Österreich 2015, links), Kollage der deutschen Künstlerin Laura Pfeiffer

während der abschließenden Podiumsdiskussion am Sonntagnachmittag fast alle in diese Richtung zielten. Ebenso die Antworten, sofern bei der schlechten Akustik verständlich. Da wurde der Anspruch formuliert, queere Kunst dürfe nicht nur ästhetisch sein. Hinter den Ikonografien und Inszenierungen stünden Lebenserfahrungen, sagte Céline Le Gouail, deren Schnurrbart Gesagtes wie ironisch untermalte. Ein Beitrag, der gewissermaßen den Finger in die Wunde legte: Das Drag-Element, ohne das kein queerer Auftritt auskommen scheint, kommt eben doch oft eher fetischisierend, ästhetisch-oberflächlich herüber denn als politisches Statement. Mal läuft es gar Gefahr, Stereotypen zu untermauern, statt sie ironisch zu brechen. Valérie Reding betonte, das Spiel mit der Verwandlung zu genießen, sie möge es, Erwartungen zu unterlaufen. Kunst müsse berühren und könne so, ohne dass das zugrunde liegende theoretische Konzept allen einleuchte, Menschen erreichen.

Wobei die Frage erlaubt sein muss: Ist das alles? Geht es bei queer wirklich (nur) darum, wer sich wo wie verortet im Geschlechterspektrum, wer wen liebt, wie und womit – und bleibt queere Kunst nicht so gezwungenermaßen auf sich selbst zurückgeworfen und somit auf die Subkultur begrenzt? Was folgt danach, wenn alle Tiefen und Untiefen der Sexualität, des Körpers, der Lust und der Identität einmal ausgeleuchtet sind? Provokant gefragt: Gelangt die Szene mit ihren krea-



tiven Produktionen, ähnlich wie Homo-Filme im Mainstream-Kino, nie über das *Coming-out* hinaus?

Ist queer (immer) gleich feministisch, politisch links, und wie verhält es sich zu anderen Diskriminierungen, Marginalisierungen und Machtbeziehungen? Den Organisatorinnen von *Queer Little Lies* war es wichtig, die Kunstschaffenden angemessen zu bezahlen. Das ist ein politisches Statement, reicht aber nicht aus, um über den subkulturellen DIY-Charakter hinauszuführen.

Es ist das erste Mal, dass das Theaterkollektiv ILL zu solch einem Festival eingeladen hat. Das an sich ist bemerkenswert, denn queere Kultur ist in der Großregion so gut wie abwesend. Doch die Veranstaltung muss sich gewissermaßen noch selbst finden, inhaltlich-konzeptuell und im Anspruch präziser werden. Geladen waren alle, gekommen war vor allem die schwul-lesbische, trans-, bi-, und asexuelle Gemeinschaft (die oft weniger Wir-Gruppe ist als Zweckbündnis). Für die Aufführung Valérie Redings, deren Akt als einziger Besuchende jenseits der Wohlfühl-Nische anzog, war kein Publikumsgespräch vorgesehen. Das war schade, denn so wurde eine der raren Gelegenheiten verpasst, sich über die übliche Abgrenzung hinaus von „hier die Minderheit und da die Mehrheit“ auszutauschen. Wenn das überhaupt gewollt ist.

Arts anciens

Origines chinoises

Marianne Brausch

On connaît la richesse du patrimoine culturel de la Chine – son développement exponentiel actuel se faisant plutôt dans le sens effréné de la mondialisation. Le Luxembourg a ainsi des échanges nombreux avec la Province du Henan, cœur de la Chine d'aujourd'hui et berceau de la civilisation chinoise. Ce n'est donc pas seulement une exposition tournée vers le passé que l'on peut visiter avec *Les origines de la civilisation chinoise – Trésors archéologiques du Henan* au Fëschmart jusqu'au mois d'avril de l'année prochaine, mais on verra des objets qui éclairent la culture de la Chine et des Chinois d'aujourd'hui, nombreux désormais au Luxembourg. Le Henan Museum exposera en échange, en 2020, le patrimoine archéologique de

l'Antiquité romaine, dont les riches collections sont conservées au MNHA.

C'est la Bank of China – et Cargolux pour le transport depuis l'Extrême-Orient –, qui sont les associés du partenariat entre l'Administration de la Province du Henan pour l'Héritage Culturel et Archéologique et le MNHA, qui expose et explicite les mécanismes de l'émergence, des fonctionnements politique et culturel il y a quelques 2 000 ans avant Jésus-Christ de trois dynasties du Néolithique, Xia, Shang et Zhou.

La Province du Henan (pour mémoire, elle compte actuellement 94 millions d'habitants sur un territoire de 167 000 kilomètres carrés) est située dans



De par leur symbolique et leur rôle d'usage, les objets exposés explicitent la hiérarchie sociale

Une exposition exceptionnelle éclaire les débuts de la civilisation chinoise au MNHA

les plaines centrales fertiles du Fleuve Jaune et était déjà densément habitée au Néolithique. Ces conditions favorables permirent le développement de premiers États féodaux.

Parmi les 145 objets exposés au total, on verra dans la première partie de l'exposition, « La formation d'un Empire », des objets qui appartenaient, au souverain, à des familles aristocratiques et des objets de culte. De par leur symbolique et leur rôle d'usage, ils explicitent la hiérarchie sociale instaurée par un roi qui déléguait ainsi son pouvoir à des familles nobles et illustrent aussi des pratiques d'un culte religieux qui assurait la stabilité du système.

Des objets coulés dans du bronze ont été retrouvés dans un bon état de conservation sur des sites

de fouilles. Ainsi de récipients, qui étaient destinés à contenir de la viande pour des banquets ou des cérémonies religieuses. On verra entre autres un ding qui, selon la légende, avait été coulé dans des métaux de neuf provinces différentes, symbolisant le pouvoir souverain du roi Yu le Grand (dynastie Xia, vers 2000-1600 avant Jésus-Christ).

On apprendra que durant cette même période déjà, la musique jouait un rôle primordial : un ling (une sorte de cloche en bronze), le plus ancien prototype des instruments musicaux de la dynastie Shang et Zhou, est présenté ici. La musique, est-il dit, si elle n'était pas harmonieuse, pouvait présager de la chute de l'État...

Des cruches en céramique (l'une à pied en tripode de la dynastie Zhou, l'autre ayant un bec verseur en forme de tête de coq de la dynastie Xia), montrent également la maîtrise de la cuisson de la terre cuite. Le jade est également déjà taillé. Ainsi d'une dague-hache symbolisant dans une cérémonie religieuse, les faucilles utilisées par les guerriers conquérants pour trancher la tête de leurs ennemis (dynastie Shang, 1600-1000 avant Jésus-Christ).

La deuxième partie de l'exposition, « Artisanat et savoir-faire », est consacrée à l'unification de la Chine. Y sont présentés des parures et des objets de la noblesse, mais aussi des objets montrant l'importance du cheval, la production agricole et la vie au quotidien, ceci jusqu'au XII^e siècle de notre ère.

On admirera bien sûr le gisant recouvert de 2008 plaques de jade et cousu de fils d'or d'une princesse de la dynastie Han, (200 – 0 avant Jésus-Christ), ainsi qu'un chœur de statuettes funéraires et des maisons miniatures avec grenier à grain en céramique peinte. À côté des bijoux en jade et en or, on verra grâce à des représentations miniatures, les avancées de l'aquaculture, l'importation de chevaux de bonne race, des chiens veillant sur leur maître et que dès le deuxième siècle de notre ère, les Chinois étaient en contact avec d'autres peuples, comme en témoigne une statue d'un palefrenier tartare.

L'exposition *Les origines de la civilisation chinoise – Trésors archéologiques du Henan*, au Musée national d'histoire et d'art, Marché-aux-Poissons à Luxembourg-ville, est à voir jusqu'au 28 avril 2019 ; ouvert du mardi au dimanche de 10 à 18 heures, le jeudi nocturne jusqu'à 20 heures ; catalogue de l'exposition édité par le MNHA : 38 euros ; www.mnha.lu.

Théâtre

La femme n'est pas une éponge, à moins que...

Fabien Rodrigues

Après une édition très réussie la saison dernière, le Théâtre du Centaure persiste et signe avec sa production de *La Bibliothèque des livres vivants*, qui mettait cette année à l'honneur la femme et ses relations avec les hommes et le monde qui l'entoure grâce à Marguerite Duras et Octave Mirbeau. Une version différente, plus courte mais toute aussi entraînante qui a permis une fois de plus au public de (re)découvrir la littérature classique par le biais de l'être humain...

Le concept est simple et efficace, il colle parfaitement à la vision de l'acte théâtral du metteur en scène Frédéric Maragnani pour qui celui-ci doit donner à « entendre l'oralité et la musique des mots » : deux livres, dans leur version adaptée pour l'occasion, ont été appris par cœur par deux acteurs ou – dans le cas présent – actrices qui en deviennent les ambassadrices les plus fidèles. L'idée est de devenir le livre par l'apprentissage et non simplement d'en lire le contenu, le tout en moins d'une heure à chaque fois...

L'ouverture du bal est confiée à *La vie matérielle* de Marguerite Duras par Jeanne Werner qui campe tout d'abord une narratrice faisant – sinon le dithyrambe – au moins l'état très serein de sa dépendance à l'ivresse alcoolique, puis une femme esclave de sa condition féminine face à celle de l'homme avec un grand H, pas parce qu'il englobe l'humanité toute entière peu importe le genre, mais parce qu'il semble irrémédiablement maître de la situation, depuis toujours et pour ce qui semble être les siècles à venir... Il s'agit là en fait de l'adaptation d'un non-livre de Duras, l'auteure ayant d'ailleurs déclaré à son propos qu'il n'avait « ni commencement, ni fin » et que si un livre résultait d'une raison d'être, alors *La vie matérielle* n'en était pas un. De ce fait, elle y aborde librement les thèmes qui lui sont chers, sans vraiment de continuité, dans un style très identitaire.

Il est malheureusement parfois difficile de déceler les différents niveaux de lecture de cette figure mythique,



Jeanne Werner

L'idée de La Bibliothèque des livres vivants au Centaure est de devenir le livre par l'apprentissage

adepte de la déconstruction et c'est un peu le cas ici, avec un texte au charme suranné dans une société occidentale toujours très inégalitaire certes, mais dans laquelle la fluidification des genres est une réalité indéniable. L'interprétation très en légèreté de Jeanne Werner en font une version courte et toute mignonne avec ses quelques coupures de phrases aléatoires, un parti pris agréable mais manquant peut-être un peu de la profondeur qui aurait placé le texte dans un contexte plus actuel...

Puis cette fois pas d'entracte, pas de changement de décor : la première voix s'installe en fond de scène après quelques ajustements des deux tables et des quelques autres éléments matériels constituant le décor double pour laisser la place sans plus de formalités à Delphine Sabat, qui sera pendant près d'une heure la Célestine d'Octave Mirbeau, la femme de chambre intrigante qui se raconte dans son fameux journal paru à l'aube du vingtième siècle. Dans ce texte plutôt audacieux en son temps, puisque Mirbeau y donne la parole à une « vulgaire » soubrette, ce sont toute la misère, tout le dédain des nantis et la révolte qui peuvent vrombir au sein de la gent domestique de l'époque qui s'expriment ici par le truchement de l'excellente Delphine Sabat. Cette dernière assènera vérités crues et jugements sans merci les uns après les autres sans trembler, sans s'adoucir, sans jamais se défaire du cynisme et de la nausée qui auraient alors habité Célestine.

La jeune bonne, tout juste débarquée de Paris – où la vertu n'était a priori pas son fort – dans une famille de notables provinciaux au sein de laquelle elle n'aura d'autre choix que de se refaire une virginité, n'aura de cesse que de dépeindre avec alacrité et dédain ces êtres avares, petits et pauvres d'esprit qui l'embauchent et qui n'ont droit au respect exagéré de leur communauté que grâce à leur statut rare de millionnaires. Si la maîtresse de maison s'avère pour sa femme de chambre irrécupérable tant elle est vile, son mari soumis Isidore éveillera en elle quelque compassion, voire un certain désir aussi réciproque que refoulé. Mais c'est au final, au bout de quelques mois et d'autant de discussions poussives, auprès de son collègue cocher-jardinier bourru Joseph qu'elle trouvera le bonheur loin de là, dans le port de Cherbourg, malgré la violence latente qui rôde au fond de l'âme de son bien-aimé... L'interprète de Célestine lui fait honneur et fait résonner dans son ton et dans son texte des enjeux sociétaux encore visiblement bien présents de nos jours en France...

Réalisée en coproduction avec le Théâtre de Chelles (FR), *La Bibliothèque des Livres Vivants* (II) y sera présentée le 2 avril 2019.

Présentation le 17 décembre 2018 à 18h30 au Théâtre des Capucins
Les auteurs en discussion avec Christian Mosar

josée hansen
avec des images d'éric chenal

Piccolo
Teatro

Deux ans de rencontres théâtrales au Luxembourg

Éditions d'Lëtzebuerger Land
avec le soutien du Focuna et de la Fondation Indépendance

Theatre in London

Power and politics

Janine Goedert

A very very very dark matter is the latest play by Oscar-winning writer Martin McDonagh. Matthew Dunster directs this exuberant Gothic tale, with the marvellous Jim Broadbent in the role of Hans Christian Andersen, the 19th-century Danish author of fairy tales. As you walk into the airy space at the Bridge Theatre, you see that the box-office is selling *King Leopold's ghost*, Adam Hochschild's ground-breaking study on the Congo. Clearly then, this is not going to be a show about a little mermaid or an ugly duckling! In fact, McDonagh deals with what has long been associated with colonial rule under King Leopold II, namely slave labour, imprisonment, mutilation and mass murder. But he does so in his usual tone, i.e. with macabre humour and quick banter.

His Hans Christian Andersen is a creepy piece of work, a monster of cruelty who has kidnapped a young Congolese woman and locked her up in a towering attic, amidst puppets of all shapes and sizes. The woman he has decided to call Marjory sits in a box from which pages keep fluttering through a thin slot as she writes all his tales for him. Meanwhile, Andersen himself is being turned into a national hero venerated by the masses.



A very very very dark matter

Strangely enough, when Andersen visits Charles Dickens in London, we discover a disturbing parallel since the latter relies on a similar set-up. Celebrity is set against cruelty, exploitation against ambition. Still, at one point the skeletons that are literally tucked away in cupboards refuse to remain silent! And as soon as two red men from Belgium, blood-soaked Dupond et Dupont figures straight out of *Tintin*, appear on stage, the surreal takes over.

This is a more than intriguing evening filled with manic energy and gallows humour. It takes you to very very dark places indeed, though historians may balk at the time travel and the occasional oversimplification.

If you prefer to have a straightforward look at modern party politics, you should see *I'm not running*, the 17th play by David Hare that premieres at the National. Neil Armfield directs.

The action moves back and forth between present and past, between the personal and the political. We see Pauline Gibson (a very strong Siân Brooke) looking after her terminally ill mother; we also see her working as a doctor and campaigning to save the local hospital. Coincidentally, the two essays published in the programme quote the former Conservative Chancellor Nigel Lawson, who said that the NHS is "the closest thing the English people have to a religion".

In the process Pauline becomes a national icon and enters parliament as an independent. Single-issue militancy is set against party politics.

A very very very dark matter is a more than intriguing evening filled with manic energy and gallows humour

Still, she will have to join a party one day if she wants to climb up the greasy pole. And then, messy compromises are inevitably going to be on the agenda.

Oddly enough, Hare's play has a powerful pre-Brexit state-of-the-nation feel to it since it deals with all sorts of current issues that have been on hold for over two years now.

For a grander sweep, you should head for *Antony and Cleopatra* with Ralph Fiennes and Sophie Okonedo in the title roles. Last time this trage-

dy was shown at the National, Alan Rickman and Helen Mirren failed to live up to expectations. The 1998 staging was an embarrassingly dreary affair that lacked passion.

Now Simon Godwin directs. And the Egyptian court looks like a slightly decadent Versace advert full of colourful patterns and shimmering swimming-pools. Okonedo's Cleopatra is as flirtatious as she can be, but she is, above all, funny, which gives a fresh and puzzling edge not just to her as a character but to the production as a whole. Meanwhile Fiennes excels at being a languorous Mark Antony, who is torn between Rome and Egypt, between public responsibility and hedonistic flamboyance or what Shakespeare refers to elsewhere as sublunary love. There is a further twist at the very end, when the live snake that Cleopatra uses to kill herself quietly steals the show! Not to be missed.

A very very very dark matter, Bridge Theatre, SE1, to December 29; *I'm not running*, National Theatre, SE1, to January 31 (will come to Utopia cinema as part of *NT Live* on January 31); *Antony and Cleopatra*, National Theatre, SE1, to January 19.

Ministère du Développement durable et des Infrastructures

Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 06.02.2019 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs (DTN)
21, rue du Chemin de Fer
à L-8057 Bertrange
dans le bâtiment H1 au 2^{ème} étage

Intitulé :
Écran antibruit sur le côté Sud de l'autoroute A13 au niveau de l'échangeur de Dudelange-Burange.

Description :
– Fondations en béton armé : 785 m³
– Paroi acoustique : 7 000 m²
Délai d'exécution des travaux :
150 jours ouvrables
Début prévisible des travaux : été 2019

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être téléchargés à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :

Les offres portant l'inscription « Soumission pour : Écran Antibruit sur le côté Sud de l'autoroute A13 au niveau de l'échangeur de Dudelange-Burange » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et l'heure fixée pour l'ouverture.

Date de publication de l'avis 1801770 sur www.marches-publics.lu :
03.12.2018



Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 22.01.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840 1
Email : fb@fonds-belval.lu

Section II : Objet du marché

Description succincte du marché :
Soumission relative aux travaux de remise en état du monte-charge et installation d'une plate-forme élévatrice pour le haut fourneau A situé à Esch-Belval.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Les conditions de participation sont précisées dans les documents de soumission.

Réception des offres :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu) est obligatoire pour cette soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
03.12.2018

La version intégrale de l'avis n° 1801774 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures

Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 30.01.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'aménagements extérieurs et Infrastructures: forage et prolongation canalisations dans l'intérêt du projet LIH, bâtiments modulaires de bureaux et de laboratoires à Luxembourg.

Description succincte du marché :
Dans le cadre de la construction d'un bâtiment modulaire de laboratoires et de bureaux, le présent marché consiste en la réalisation des travaux de prolongation de canalisation par forage en vue du raccordement du site.

Envergure des travaux :
– Terrassement de tranchées : 1 000 m³
– Canalisation en PP DN 250 : 90 m

– Canalisation en béton armé DN 600 : 90 m
– Réalisation des canalisations par fonçage à forte inclinaison 2 x DN 600, dénivelé env. 30 m, longueur de chaque canal : 60 m
– Construction des ouvrages de départ et d'arrivée des canalisations foncées
Les travaux sont adjugés en entreprise générale.
La durée prévisible du marché est de 105 jours ouvrables à débuter en mai 2019.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
06.12.2018

La version intégrale de l'avis n° 1801806 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Avis officiel

Administration du cadastre et de la topographie

Le bureau régional d'Esch/Alzette (anciennement sis au 5-7 rue de l'Alzette à Esch/Alzette) est en déménagement.

Nouvelle adresse à partir du 10.12.2018 :
280, route de Longwy
L-1940 Luxembourg
BP 1761
L-1017 Luxembourg

Les numéros de téléphone et de fax resteront inchangés.

Communiqué par le ministère des Finances

d'LetzebuengerLand

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELLULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003



Plus de profondeur

Découvrez le Letzebuenger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Kino

Gabelstaplerkonflikte

Anina Valle Thiele

Es gibt Streifen, die gewollt auf Witz setzen (*Sonnenallee*, 1999) oder bedeutungsschwer und pädagogisch wie mit dem Hammer daherkommen (*Das Leben der Anderen*, 2006), um die Welt über die vermeintliche Realität der ehemaligen DDR aufzuklären. Stets mäandernd zwischen Saure-Gurken-Nostalgie und dem erhobenen Zeigefinger derjenigen, die wie einst Francis Fukuyama im Liberalismus das Erfolgsmodell und in der sozialen Marktwirtschaft das Ende der Geschichte sehen (gäh): Seht her, mit welch perfiden Methoden sich die Genossen im real existierenden Sozialismus ausspionierten! Und dann gibt es einige wenige, die jenseits jeder DDR-Nostalgie in kunstvollen Bildern zeigen, wie echte Solidarität aussehen kann; zum Beispiel in einem Supermarkt. So Thomas Stuber mit *Zwischen den Gängen*.

Dass Clemens Meyer, der gemeinsam mit Regisseur Stuber das Drehbuch zum Film schrieb (es basiert auf Meyers gleichnamiger Kurzgeschichte, die er 2008 in seinem Erzählband *Die Nacht, die Lichter* veröffentlichte), das Bedienen eines Gabelstaplers in Poesie zu verwandeln vermag, muss wohl daran liegen, dass er selbst drei Jahre als Gabelstaplerfahrer in einem Großmarkt gearbeitet hat. Für ihr Skript wurden Meyer und Stuber schon 2015 mit dem Deutschen Drehbuchpreis ausgezeichnet. Zu Recht.

Der Film entführt einen in den Mikrokosmos eines Großmarkts irgendwo in der sächsischen Provinz und besticht durch eine beeindruckende Kameraführung wie durch fantastische Regie. Zu den Klängen von Strauss’ *An der schönen, blauen Donau* als Ouvertüre wird man in den Großmarktalltag katapultiert, folgt das Auge dem schweisssamen, ungelenkten Christian (Franz Rogowski), wie er sich staunend zwischen den Gängen bewegt, Paletten einräumt und den Gabelstapler mit Karacho gegen die befüllten Regale fährt.

Von der Aufschrift in Großbuchstaben: „SO SIEHT SIE DER KUNDE!“ über dem Spiegel in den trostlosen Umkleidekabinen bis hin zum ranzigen Kabuff des Abteilungsleiters oder dem Zoom in den Raum der Lehrlinge in der Berufsschule, in dem ihnen ein Warnvideo von Mitarbeitern gezeigt wird, denen durch mangelnde Vorsicht die



Franz Rogowski als Christian und Sandra Hüller als Marion

Hände abgehackt werden wie in einem trashigen Zombiefilm, scheint die Zeit stehengeblieben. Das muffige Ambiente im Aufenthaltsraum des Supermarkts mit quietschbunter Palmentapete und Kaffeautomat meint man förmlich zu riechen ...

Das Auge folgt Christian, wie er sich den blauen Kittel überstreift, seine Ärmel nach unten zieht, um seine Tätowierungen zu überdecken, folgt den Arbeitern des Großmarkts, wie sie in den Pausen abgelaufene Waren aus der Tonne fischen und Würstchen naschen oder wie sie diese an Heiligabend grillen und dabei Sprüche klopfend zechen. Die Liebe steckt im Detail und der langsamen Kameraführung (Peter Matjasko), der den Mikrokosmos meist von oben filmt, so dass man wie durch ein Kaleidoskop in die fremde Welt blickt.

In den Gängen zeigt echte Solidarität und Zusammenhalt auf der einen Seite und zugleich die Hoffnungslosigkeit der Verlierer der Wende. Und er zeigt mit Christian einen sympathischen Außenseiter, der sich in Marion (Sandra Hüller) aus der Süßwarenabteilung verliebt. Wenn sich ein Rauschen über die Szene legt, in der Christian Marion das erste Mal zwischen den Regalen erblickt, fiebert man mit. Trotz dem unterlegten Meeresrauschen und der Palmentapete mit Sonnenuntergang im Aufenthaltsraum schafft es Stuber, Kitsch zu vermeiden. Die Hilflosigkeit seiner Protagonisten geht unter die Haut. Der Realismus seiner Bilder erinnert an die Dokumentarfilme Ulrich Seidls.

In den Gängen von Thomas Stuber zeigt echte Solidarität und Zusammenhalt auf der einen Seite und zugleich die Hoffnungslosigkeit der Verlierer der Wende

Solidarität ist die gemeinsame verbotene Zigarette auf der Toilette in der Dienstzeit und das Hamstern abgelaufener Ware. Romantik ist, wenn sich Marion aus der Süßwarenabteilung und Christian in der Kühlkammer des Supermarktes einen Eskimokuss geben.

In den Gängen von Thomas Stuber; Drehbuch: Clemens Meyer, Thomas Stuber; Mit: Sandra Hüller, Franz Rogowski, Peter Kurth; Kamera: Peter Matjasko. Deutschland 2018/125 Minuten

Tzeedee

Absence de folie

Est paru chez WPR (Waltzing-Parke Records) le nouvel album de David Laborier, *Next*. David Laborier est un talentueux guitariste de jazz et un compositeur accompli, à n'en pas douter. Figure centrale de l'ONJL (Orchestre National de Jazz Luxembourg) avec Gast Waltzing, il revient en solo avec un sept titres contrasté pour 38 minutes de musique. Avant d'envisager l'écoute du disque, on le prend en main pour étudier l'objet. Sur la pochette, on découvre le musicien en noir et blanc et en gros plan, pensif avec une main sous le menton. Derrière lui de gros pixels gris et bruns. Au verso, toutes les informations, plutôt mal mises en page. Une des premières règles est évidemment de ne pas juger le contenant, mais le contenu. Toutefois, avec tous les talents autochtones qui seraient ravis de travailler sur le design de tels albums pour une bouchée de pain, l'amateurisme qu'on découvre souvent dans l'industrie musicale luxembourgeoise, à un plutôt haut niveau, étonne toujours autant. Ceci étant précisé, c'est la musique qui nous intéresse et connaissant l'artiste, on part plutôt confiant.

Pour l'occasion, David Laborier a fait appel à cinq musiciens, tous *sidemen* récurrents plutôt demandés dans le milieu. Marc Huynen est à la trompette et au bugle, Pierre Cocq-Amann est aux saxophones (et son nom est mal orthographié sur la pochette), Tim Daemen est au trombone, Sebastian « Schlappe » Flach est à la section basse et enfin, Niels Engel est à la batterie. Les musiciens ont présenté l'album au public et aux professionnels lors du dernier Luxembourg Jazz Meeting à Neimënster et l'accueil fut plutôt encourageant. L'introduction de l'album, *Yes we can*, est un sympathique titre, plutôt enjoué en forme d'hommage à Wes Montgomery. D'emblée un solo de guitare assez blues nous explique que l'instrument électronique y sera mis à l'honneur, avis aux amateurs. S'ensuit *Step right up* et son solo au saxophone du plus bel effet, du côté de la basse et des cuivres, ça groove. *The wait is over*, plus long morceau du disque, est une ballade plus acoustique où la contrebasse est mise en avant. On pense parfois à la musique d'un film noir, avant qu'une cascade de solos viennent bousculer l'auditeur.

Arrive ensuite *Best served cold*. La guitare y est ultra-saturée et des boucles électroniques laissent perplexe. Un saxophone planant vient rééquilibrer le tout qui a des airs de musique New-Yorkaise assez prononcée. Évidemment la patte outre-Atlantique du compositeur est présente à tout instant. Mais les poussées à la guitare sont compliquées à défaut d'être complexes. *Closeness* est plus calme, plus introspectif sans doute. On ressent de la nostalgie heureuse avec les cuivres qui font penser à du Chuck Mangione. Le morceau suivant, *Pendulum*, démarre par un dialogue accordé entre saxophone et guitare. La basse vibre ou du moins fait vibrer le lecteur CD dans lequel l'album se trouve. De nouveaux effets à l'instrument à cordes font leur apparition, ils complètent une variété de jeux assez touffue tout au long du projet. Un passage tout en tension prouve encore qu'il s'agit peut-être du meilleur titre du disque, bien qu'assez décousu. Sur la conclusion *Baked goods*, le batteur se réveille ou plutôt se libère enfin pour d'intéressantes propositions.

Next est un projet cohérent, sans surprise, sans prise de risque mais avec une jolie liberté laissée aux musiciens. Les amateurs du genre s'en contenteront, tout en ressentant le manque d'un grain de folie (*labojazz.com*). Kévin Krocze

Kulturpolitik

Bronzen für Benin

Martin Ebner

Wo ist der Glaube an das Gute geblieben? Dass der französische Präsident ihnen Gutes will, wollen viele Afrikaner nicht glauben. Manche vermuten Machtspiele: Angesichts von Chinas Vormarsch wolle Frankreich sein miserables Image aufpolieren. Oder Ablenkungsmanöver: lieber ein paar Masken zurückgeben als über Ausbeutung und Schulden verhandeln. Andere vermuten, Afrikas Kunst sei den Europäern nicht mehr wichtig; sie wollten die Erinnerung an die Kolonialzeit loswerden. Der Philosoph Achille Mbembe aus Kamerun argwöhnt, Museumsstücke sollten jetzt wie Flüchtlinge abgeschoben werden.

Emmanuel Macron hatte vor einem Jahr Kolonialismus als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet. In einer Rede in Ouagadougou, Burkina Faso, kündigte er an, „innerhalb der nächsten fünf Jahre die Voraussetzungen für zeitweilige oder endgültige Restitutions des afrikanischen Kulturerbes an Afrika“ zu schaffen. Macron twitterte: „Das afrikanische Erbe darf kein Gefängnis europäischer Museen sein.“ Im März 2018 bestellte er dazu eine Studie von Bénédicte Savoy, Kunsthistorikerin an der TU Berlin und am Collège de France, und von Felwine Sarr, einem Ökonomen aus dem Senegal.

Am 20. November veröffentlichten Savoy und Sarr nun ihren Bericht. Auf 240 Seiten erläutern sie, wie Kulturgüter aus Afrika geraubt oder „unter unfairen Bedingungen“ angeeignet wurden. Über 90 Prozent des afrikanischen Erbes befinden sich heute außerhalb des Herkunftskontinents. Rund 100 französische Museen haben schätzungsweise 90 000 Objekte aus Afrika südlich der Sahara. Davon hütet allein das Musée du Quai Branly 70 000 Stück. Für das Prestigeprojekt von Präsident Jacques Chirac waren im Jahr 2006 verschiedene Völkerkunde-Sammlungen in Paris vereint worden.

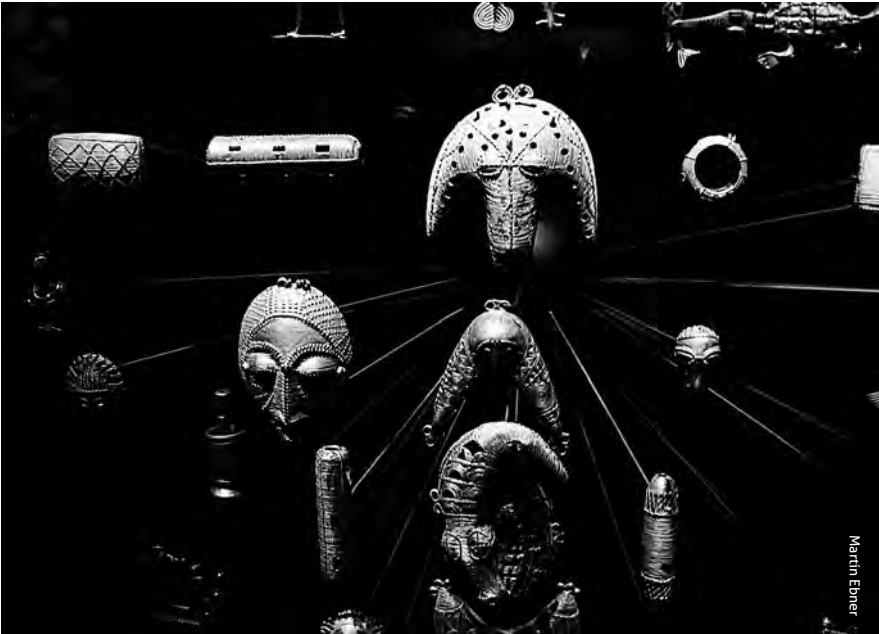
Um „das kulturelle Ungleichgewicht etwas auszugleichen“, empfehlen die Wissenschaftler einen Drei-Stufen-Plan: Bis Ende 2019 sollte Plünderungs- und Kriegsbeute zurückgegeben werden. Für einen „intensiven Dialog“ bis Ende 2022 sollten afrikani-

sche Institutionen die Inventare französischer Museen bekommen. Danach solle die eigentliche Rückgabe erfolgen, auf Antrag. Voraussichtlich würden nur einzelne, besonders symbolträchtige Kulturgüter zurückgefordert. Gesetze, die Veräußerungen aus nationalen Sammlungen verbieten, seien zu ändern. Die Beweislast sei umzukehren: Die reichen französischen Museen müssten einen ethisch akzeptablen Erwerb nachweisen, nicht arme Afrikaner den Raub.

Umgehend kündigte Präsident Macron an, „alle möglichen Formen der Zirkulation dieser Werke“ zu prüfen: „Rückgaben, aber auch Ausstellungen, Austausch, Leihgaben, Kooperationen usw.“ Zuerst sollen an Benin „ohne Verzögerung“ 26 Objekte zurückgehen, die französische Soldaten 1892 im Königspalast in Dahomey eingesackt hatten: Throne, Zepter, Statuen. Außerdem müsse man „vertieft“ mit anderen europäischen Staaten zusammenarbeiten, die ähnliche Sammlungen unter vergleichbaren Bedingungen erworben haben: Im Frühjahr 2019 sollten sich in Paris „alle afrikanischen und europäischen Partner versammeln, um gemeinsam diese neue Beziehung und Politik des Austausches aufzubauen“.

Frankreichs Nachbarn sind peinlich berührt. In Brüssel wird nach jahrelangem Hickhack am 9. Dezember das Königliche Afrika-Museum in Tervuren neu eröffnet: 180 000 Objekte, meist aus dem Kongo, kaum fair erworben. Museumsdirektor Guido Gryseels erklärte eilig, er sei „froh, dass das Thema auf die Tagesordnung kommt“. Im Kongo gebe es aber keine Infrastruktur, keine Aufbewahrungsorte: „Es bringt nichts, zu sagen, alles soll zurück nach Afrika.“ Die belgische Regierung will nun die Provenienz-Forschung verstärken und erst einmal eine Arbeitsgruppe bilden.

Deutschland kommt die Debatte ganz ungelegen. Mitten in Berlin wird gerade das Stadtschloss wieder aufgebaut. Da man lange nicht wusste, wozu eigentlich, werden Völkerkundemuseen vom Stadtrand dorthin umgesiedelt: allein aus Afrika 75 000 Objekte. Den Expertenbeirat hatte Bénédicte Savoy im vergangenen Jahr mit Eklat verlassen: „Ich will wissen, wie viel Blut von einem Kunstwerk tropft.“ Darauf versprachen CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag „die Aufarbeitung des Kolonialismus“. Ende 2019 soll der erste Teil des Humboldt Forums eröffnet werden, als „internationale Dialogplattform für globale kulturelle Ideen“.



Afrikanische Kulturgüter: gefangen, aber gut gepflegt im Musée du Quai Branly

Bei der Rückgabe von Raubkunst gibt es rechtliche und weitere Schwierigkeiten. Man weiß nicht einmal, wie man diese Leute, die ihr Zeug wiederhaben wollen, nennen soll. „Neger“ sagt man nicht mehr. „Dritte Welt“ und „Entwicklungsländer“ sind auch bäh. Vielleicht „die da unten“? Der Deutsche Kulturrat, eine Dachorganisation von mehr als 250 Kulturverbänden, spricht von „den Ländern des globalen Südens“. Wie man mit ihnen „partnerschaftlich zusammenarbeiten“ und auf Macrons Initiative reagieren soll, das alles und viel mehr werde demnächst im zuständigen Fachausschuss beraten.

Rapport sur la restitution du patrimoine culturel africain. Vers une nouvelle éthique relationnelle von Felwine Sarr und Bénédicte Savoy ist als Buch von den Éditions du Seuil zu haben – und im Internet (auch auf Englisch) unter *restitutionreport2018.com*

Frankreich will Raubkunst an Afrika zurückgeben

STIL



Fjällräven

Le sac du bobo : Pour une raison inexplicable, peut-être liée à son tarif manifestement exagéré (autour de 80 euros le bête sac à dos), c'est un succès depuis quelques années



Baghinter

Le sac bling bling : Avec un cadeau comme cela, vous affichez la couleur (de l'argent)

L'affaire est dans les sacs

Cyril B.

Saint Nicolas est derrière nous, il est maintenant possible de se concentrer sur le plus difficile, les cadeaux pour les adultes. Eux ont malheureusement passé l'âge de croire au Père Noël, de lui adresser une lettre détaillant très précisément ce qui leur ferait plaisir, et de s'émerveiller devant un train miniature. Il reste quelques jours pour se creuser la tête afin de trouver le cadeau qui fera plaisir, ou au moins qui sauvera les apparences. Parmi les classiques de Noël, à côté des indémodables « box-cadeau-j'ai-pas-d'idée », bijoux, foulards, livres illustrés et bouteilles de vin ou spiritueux, il est un classique toujours renouvelé : le sac.

Comme une voiture, outre son utilité première (à savoir, y ranger les clés de ladite voiture) le sac permet également d'afficher son statut social aux voisins, aux collègues de travail et même aux inconnus dont vous croisez le chemin. Du coup, offrir un sac à quelqu'un, c'est une façon de lui faire savoir dans quelle catégorie vous le classez. Stratégie peut-être payante avec votre petite copine, sans doute un peu plus risquée avec votre belle-mère... Vu d'un homme de quarante ans, voici une typologie approximative, dans l'ordre décroissant du montant à investir.

Le sac bling bling : style Louis Vuitton, Dior, Chanel ou Gucci. Qu'importe le flacon pourvu qu'on ait l'étiquette. L'essentiel est qu'il y ait un gros logo imprimé, brodé ou, encore mieux, métallique et doré. Le genre qui vous fait sonner comme une ambulance quand vous passez sous le portique de l'aéroport. Avec un cadeau comme cela, vous affichez la couleur (de l'argent). Si vous voulez faire à la fois plus discret, et plus exclusif, reste le choix du sac si chic et si cher : Hermès Kelly ou Birkin. Les prix peuvent atteindre, à peu près, ceux d'une voiture. L'avantage c'est que vous ne payez ni assurance ni essence. L'inconvénient, c'est que, une fois que vous aurez placé la barre aussi haut, plus question de décevoir l'année prochaine avec deux places pour le concert de Pascal Obispo au Casino 2000.

Le sac de starlette : style Michael Kors, Moschino ou Guess. Difficile de savoir ce que va penser de vous la dame, ou plus vraisemblablement la demoiselle, à qui vous allez offrir ce genre d'accessoire. Suivant les mêmes principes que le sac bling bling, mais avec un budget un peu plus abordable, qu'ils compensent par des finitions encore plus tape-à-l'œil, ces sacs sexy s'exposent. Pas seulement dans la rue, mais aussi et surtout sur Instagram. Aussi discrets que la publicité pour le PMU sur le maillot vert du meilleur sprinteur du Tour de France, ils donneraient presque l'impression d'être un homme sandwich (une femme sandwich ça existe ?), qui aurait payé pour avoir le droit de faire la publicité pour

une marque. Ça tombe bien, le but est justement de ressembler à une page de magazine.

Le sac du bobo : style Fjällräven Kånken. Si vous avez l'impression que c'était déjà le nom de votre table de salle à manger, c'est normal, cette marque vient de Suède. Un peu plus jeune qu'Ikea, elle se base sur le même modèle économique. Un design simple mais séduisant, des matériaux de qualité moyenne (du nylon en l'occurrence), une production de masse (le modèle a été produit à plusieurs millions d'exemplaires depuis 1978). Pour une raison inexplicable, peut-être liée à son tarif manifestement exagéré (autour de 80 euros le bête sac à dos), c'est un succès depuis quelques années. Si le géant de l'immobilier n'est pas vraiment un symbole de distinction, la marque au logo en forme de renard des neiges a détrôné chez les jeunes, et ceux qui se sentent encore appartenir à cette catégorie d'âge, des marques comme East Pack ou l'originale Freitag, qui continue à créer de nouveaux modèles à base de bâches de camion et de ceintures de sécurité recyclées.

Le sac de l'écolier : style Satch, Ergobag ou Kipling. À réserver aux classes d'âge inférieures, parmi la population qui ne croit plus au Père Noël. Les tarifs ne sont pas forcément bien inférieurs aux catégories précédentes. C'est un cadeau qui aura le mérite de donner bonne conscience à celui qui l'offre. L'enfant est ainsi, comme par magie, protégé des scolioses, des chocs, muni de bandes réfléchissantes et conforté dans son individualité par le fait qu'il a le même modèle que 80 pour cent de ses camarades. Avec un peu de chance, vous aurez choisi une couleur qui n'était pas encore trop portée dans la cour de récréation.

Le sac de l'écolo : style la *tote bag* en tissu sans marque. Avec l'interdiction du sac plastique, tout le monde a eu besoin de disposer de sacs réutilisables et, si possible, moins moches que les modèles multicolores en plastique tressé de chez Valorlux. Rajoutez la multiplication des moyens de transport alternatifs (*hoverboard*, vélo électrique, trotinette ou monocycles) qui vous imposent de devoir ranger vos affaires dans un sac que vous pourrez porter sur le dos ou à l'épaule. Les conditions étaient réunies pour que le bête sac en toile utilisé par les porteurs de journaux devienne un succès inattendu. Comme les T-shirts, l'intérêt de la chose est de trouver l'imprimé qui fera toute la différence : le message qui fait mouche, la typographie sympa ou le graphisme rigolo. Du coup, vous allez pouvoir chercher le modèle qui correspondra vraiment à la personne à qui vous l'offrez. Et puis, vu le prix, vous pourrez surtout ajouter un second cadeau, un peu plus original qu'un sac, et le glisser dedans !



L'endroit

C'est l'histoire de trois jeunes copains qui travaillaient dans la finance. Et qui éprouvaient l'envie de réorienter leur vie professionnelle vers quelque chose de plus utile. Ils commencèrent par passer des vacances communes à Hawaï. Où leur intérêt partagé pour la gastronomie et la découverte des « poke bowls » leur donna une idée. Ils avaient bien vu que chez nous plusieurs établissements commençaient à offrir la spécialité hawaïenne en mixant simplement divers ingrédients frais et naturels dans un bol. Or, dans la recette originale, qui se rapproche autant du ceviche péruvien que du sushi déconstruit, le poisson, en général du thon ou du saumon, se doit d'être agréablement mariné, à sec ou dans du soja pimenté, de l'ail-gingembre ou du coco-citron vert. En rentrant, ils demandèrent conseil auprès d'un chef à domicile bruxellois, qui allait leur servir de coach. Puis ils trouvèrent un petit espace au Forum Royal, côté rue des Bains, où depuis quelques jours, ils proposent du « ready to go » dans des bols et avec des couverts entièrement recyclables. Au **Honoloo**, on peut aussi se restaurer sur place sur quelques tabourets et mange-debout et le local a été agrémenté d'une joyeuse fresque qui illustre le principe du concept *made in Hawaï*. Pas d'alcool, pas de *flyers*, rien que des vitamines et des protéines dans ce bar qui respire le principe écologique et la bonne humeur. Et qui est ouvert du lundi au samedi à l'heure de midi, et le soir jusque 21 heures. (*honoloo.lu* ; photo : GD) GD

L'endroit

On peut se montrer surpris lorsqu'on rentre chez le nouveau traiteur **Victorine** de la rue des Bains (photo : GD), élégamment carrelé de blanc, les vendeuses portant de jolis tabliers fleuris. Car à part pour les rouleaux de printemps inédits, bien charnus et agréables à l'œil, on a un sérieux sentiment de déjà-vu. Il est vrai que si on nous y annonce plus de végété, plus de recyclage de matériaux et d'emballages, rien que du bio, du *home made* et du local, on ne s'y trompe pas, 80 pour cent de ce qu'on y voit est copie conforme de ce qu'on trouve une rue plus bas chez Cocottes. Plus du tout de surprise lorsqu'on apprend que l'initiateur du projet s'appelle Pascal Brasseur, ex-fondateur de l'Autre traiteur, puis du Wengé, et finalement récupéré par Stéphanie Jauquet pour le projet Cocottes après la faillite du Wengé Glacis. Il est vrai que celui que ses clients fidèles finirent par appeler Pébé est à la base de grand nombre de ces salades, soupes et plats à réchauffer. Mais si son sens créatif a toujours été hors pair, sa réputation de fustigeur de personnel le fut aussi. Ce qui le mena finalement à quitter le projet Cocottes. Avec un nouvel associé, Pébé essaie une fois de plus de se refaire une santé. Ses plats, il faut l'avouer, sont toujours aussi bons. Mais le côté « copier-coller » de son projet sent la maxime « la revanche est un plat qui se mange froid », ce qui est un peu regrettable. À voir si à l'avenir les suggestions maison se distingueront nettement de ceux de la concurrence. Ce qui serait dans l'intérêt de tout le monde. GD

L'endroit

Ce n'est que le début d'une nouvelle épopée gastronomique pour le groupe Steffen, qui a inauguré récemment son *take away* **Le Quai** dans l'enceinte de la gare de Luxembourg (photo : GD). Car suivra surtout le restaurant de la gare, promis pour le début du printemps, et vraisemblablement une série d'autres points de vente pour les salades, soupes, pâtes et sandwiches divers proposés pour l'instant uniquement à l'endroit ferroviaire. Pour ce faire, une nouvelle marque a été créée, l'atelier, dont le logo sera entouré d'une illustration graphique particulière pour chaque section de la division, laquelle ornera les packagings différents pour une meilleure reconnaissance. Ce ne fut pas sans fierté que la maison présenta son bilan en quelques chiffres-clés allant de ses 152 ouvriers aux 56 000 accessoires utilisés en restauration. Quant au Q de son nouveau logo, il semble vouloir visualiser autant d'atouts et garanties de la maison, allant de qualité à quadrature du cercle, en passant par quiétude, quintessence et quantité. « Manger moins, mais manger mieux » est un autre principe de la société, que nous prendrons au sérieux en revenant sur son développement futur. En attendant, un premier produit distribué gracieusement sur les quais de la gare en guise de cadeau d'ouverture nous a séduit d'office : ce n'était qu'un simple croissant, mais il était croquant à l'extérieur et bien moelleux à l'intérieur, ce qui reste malheureusement chose rare chez la plupart de nos boulangers et pâtisseries. GD

Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzebuurger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.